

**Karl-Liebknecht-Bund**  
**Internationale Kommunisten Österreichs**  
**Internationale Kommunisten Österreichs (Opposition)**  
**(1945-1963)**

Der folgende Text wurde vom Autor Eric Wegner freundlicher Weise für diese Publikation zur Verfügung gestellt und von Manfred Scharinger adaptiert. Ursprünglich wurde der Text in der von Eric Wegner und Manfred Scharinger verfassten Marxismus-Ausgabe 33, *Österreichischer Trotzismus*, Band 1 und Band 2, publiziert.

### **Karl-Liebknecht-Bund**

Ende 1944 – also noch während des Krieges – war, wie bereits geschildert, von Modlik und Drexler im Auftrag der Leitung der *Proletarischen Internationalisten* in der Radetzky-Kaserne der KLB gegründet. Eine wesentliche Rolle spielte in dieser Phase auch Hans Babnik, der wegen seiner TBC-Erkrankung nicht zum Militär eingezogen war. Was waren die Gründe für die Umbenennung in KLB? Drexler meinte, dass es für Modlik typisch gewesen sei, „immer was Neues“ präsentieren zu wollen. Da der Slogan *Der Hauptfeind steht im eigenen Land* stark in den Vordergrund gestellt wurde, ist davon auszugehen, dass es auch darum ging, sich mit einem Bezug zu einer relativ populären kommunistischen Tradition von der Volksfrontpolitik der Sozialdemokraten und der „Stalinpartei“ abzugrenzen.

Ab Jänner 1945 erschien nach fast zweijähriger Unterbrechung wieder ein Parteiorgan: *Der Spartakist*. Die erste Nummer befasste sich mit dem Bürgerkrieg in Griechenland, der vom KLB als Vorbote der bevorstehenden Entwicklung in Europa betrachtet wurde.<sup>1</sup> Die zweite Nummer, die sich mit der Krise des deutschen Imperialismus auseinandersetzte und ebenfalls im Jänner verfasst und im Februar herausgegeben werden sollte, wurde aufgrund der Kriegsergebnisse<sup>2</sup> erst Mitte Mai 1945 publiziert. Während der Kämpfe um und in Wien blieben alle Genoss/inn/en in der Stadt. Die Treffen wurden nur kurz ausgesetzt. Die Leitung stand in ständiger Verbindung. Die Genoss/inn/en unterrichteten auch unter den schwierigsten Bedingungen über die Lage in den verschiedenen Bezirken.

Nach dem Ende der Kämpfe begann wieder eine intensivere Tätigkeit des KLB. Es konnten mehr Genoss/inn/en in die Arbeit integriert werden. Mit einer etwas breiteren Propaganda wurde begonnen, darüberhinaus mit Fraktionsarbeit in KPÖ und SPÖ. Es wurde angefangen,

---

<sup>1</sup> In diesem Text, der angesichts der dürftigen Informationslage unter dem NS-Regime eine bemerkenswert treffende Einschätzung der Situation in Griechenland lieferte, findet sich abgedruckt in: Karl-Liebknecht-Bund (Internationale Kommunisten): Zur Lage – Der Kampf in Griechenland (Auszug), 1944. – in: Revolution und Konterrevolution in Griechenland. – Marxismus 25<sup>2</sup>, März 2010, S.549ff.

<sup>2</sup> Beispielsweise wurde Drexler Anfang 1945 von Wien nach Nordmähren verlegt.

Ansätze für einen Apparat zu schaffen (Archive, technische Geräte und so weiter). Bücher, die Jahre zuvor vergraben worden waren, wurden ausgegraben. Der redaktionelle Teil der Leitungstätigkeit erweiterte sich. Zu den Publikationen kamen Anweisungen für die Fraktionsarbeit hinzu. Insgesamt gab es eine Konzentration auf die Stabilisierung der Organisation, um bei den erwarteten Klassenkämpfen gerüstet zu sein. Das Verhalten war weiter konspirativ und vorsichtig, da klar war, dass von Seiten der Alliierten und vor allem von der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPÖ mit Repressalien zu rechnen war.

Trotz der Gefahr gab es letztlich den Entschluss, am 14./15. Oktober 1945 eine eininhalbtägige Konferenz abzuhalten. Dort wurde 1) der *Werdegang der Organisation*, 2) ein *Organisationsbericht*, 3) *Presse*, 4) *Propaganda und Schulung*, 5) *Fraktionsarbeit*, 6) *Politisches Referat* der Leitung und 7) *Anträge der Leitung* diskutiert. An der Konferenz nahmen 18 Genoss/inn/en teil.<sup>3</sup> Der KLB umfasste damals „50 Mitglieder, 16 Kandidaten, 17 Sympathisierende und 10 Propagandafälle“ – das waren „insgesamt 93 Genossen in 18 Zellen“.<sup>4</sup>

Zu Kriegsende 1945 existierte in Deutschland keine richtige Sektion der Trotzlist/inn/en (weil weitgehend von den Nazis zerschlagen): Es gab keine Organisationsstrukturen, sondern nur einzelne Individuen in Köln, Frankfurt und einigen anderen Orten. Demgegenüber verfügten die österreichischen Trotzlist/inn/en, die für ihre straffe Organisation in der internationalen Bewegung bekannt bis berüchtigt waren, nach Kriegsende etwa 100, Ende 1946 in der IKÖ (*Internationale Kommunisten Österreichs*) insgesamt über etwa 200 Genoss/inn/en (inklusive der in eigenen Zellen zusammengefassten Sympathisant/inn/en), die darüberhinaus gut organisiert waren. Über die 15 bis 20 meist sehr guten und beliebten Betriebsräte der IKÖ konnten außerdem einige 100 oder sogar einige 1.000 weitere Arbeiter/innen beeinflusst werden (freilich nicht mit trotzkistischer Propaganda im engeren Sinn – wegen dem illegalen Status der IKÖ in der Besatzungszeit).

Dass der österreichische Trotzkismus nach dem Krieg – etwa im Vergleich zum deutschen, der von den Nazis weitgehend zerschlagen wurde – so relativ gut überlebt hatte, dass er ohne internationale Hilfe eine funktionierende, zentralisierte Organisation herausbilden konnte, die trotz internationaler Isolation auch politisch weitgehend auf der Linie der IV. Internationale stand, ist sicher auf die strenge und systematische konspirative Arbeit zurückzuführen. Der österreichische Trotzkismus hatte da neben dem Freyschen Organisationskonzept wohl auch noch einen anderen Vorteil gegenüber dem deutschen: Die vier Jahre des austrofaschistischen Regimes, das weniger brutal wütete als die Nazis, hatten – ohne den *Kampfbund* zerschlagen zu können – eine Art „Aufwärmen“, einen Einstieg in die illegale Arbeit ermöglicht (während die deutschen Genoss/inn/en ab 1933 unmittelbar mit der vollen Härte des Naziterrors konfrontiert waren). Jedenfalls war – laut Drexler – die internationale Führung äußerst überrascht und konnte es kaum glauben, dass da in Wien nach sieben Jahren Nazi-Faschismus eine Organisation aus etwa hundert Trotzlist/inn/en bestand. Es wurden in den folgenden Jahren sogar Überlegungen angestellt, wie die Österreicher/innen zum Wiederaufbau einer Sektion in Deutschland, das als entscheidendes Land eingeschätzt wurde, beitragen könnten.<sup>5</sup>

Ein wichtiger Diskussionspunkt auf der Konferenz war die Fraktionsarbeit. Etliche Genoss/inn/en waren gleich nach Kriegsende – ohne die Organisation zu befragen – in die KPÖ eingetreten. Diese Vorgangsweise wurde von der Konferenz kritisiert, und sie sollte sich später auch als nachteilig herausstellen. Ebenfalls diskutiert wurde die Frage der Wahlempfehlung für

---

<sup>3</sup> siehe den Bericht *Besprechungen mit österreichischen Genossen*, der von einem – unter anderem nach einigen sprachlichen Formulierungen zu schließen – Schweizer Mitglied der 4. Internationale verfasst wurde.

<sup>4</sup> siehe Bericht auf der 1. Konferenz der IKÖ von 1946; im Bericht des Schweizer ist von 100 Genoss/inn/en, davon 40 Mitgliedern, die Rede.

<sup>5</sup> siehe dazu: Wegner, Eric: Korrekturen und Ergänzungen. – in: *Marxismus* Nr.5, S.224ff.

die KPÖ. Es wurde auch eine Diskussion zur Einschätzung der Weltlage geführt, die mit den Erwartungen der 4. Internationale für die Nachkriegszeit konform ging.

Auf der Konferenz trat der Genosse Stefan-Sirius<sup>6</sup> als Opposition auf. Er war für breitere Massenarbeit, stärkere Arbeitsteilung in der Organisation bei gleichzeitiger Dezentralisierung und Zurückdrängung des Einflusses der Leitung. Er kündigte außerdem die Absicht an, ein grundlegendes ökonomisches Werk zu verfassen. Er soll den Standpunkt vertreten haben, dass sich sowohl die Struktur des Weltkapitals als auch der Sowjetunion wesentlich geändert habe, dass die proletarische Revolution praktisch vorbei sei, dass es nicht mehr die alten Klassen gebe, dass eine neue Zeit mit neuem Namen angebrochen sei.<sup>7</sup> Er fand auf der Konferenz keine Unterstützung und hatte in der ganzen Organisation nur zwei Anhänger/innen (seine Frau und eine weitere Genossin). Nachdem er der Aufforderung, seine Ansichten innerhalb von zwei Monaten schriftlich darzulegen, nicht nachkam, wurde er aus der Organisation ausgeschlossen. Seine beiden Unterstützerinnen verließen in der Folge ebenfalls die Organisation. Stefan-Sirius soll dann angeblich die Leitung eines USIA-Betriebes übernommen haben.<sup>8</sup>

Der Aufbau der Organisation war weiterhin recht straff. Die Leitung, die einmal im Monat zusammentrat, bestand aus sieben Genoss/inn/en und teilte sich in ein *Pol-Büro* und ein *Org-Büro*.<sup>9</sup> Beide bestanden aus vier Genoss/inn/en (eine Überschneidung) und trafen sich mindestens einmal pro Woche. Das *Pol-Büro* war für alle politischen Entscheidungen verantwortlich und dem *Org-Büro* übergeordnet. Das *Org-Büro* war für alle organisatorischen Fragen zuständig und mit den drei *Gebietsleitungen* direkt verbunden. Die drei Mitglieder des *Org-Büros*, die nicht Mitglieder des *Pol-Büros* waren, waren gleichzeitig die Vorsitzenden der drei *Gebietsleitungen*. Die Gebietsleitungsmitglieder waren die Referenten in den *A-Zellen*. Diese hatten ihrerseits Verbindungen mit den *B-Zellen*, in denen die Schulungen für neue Genoss/inn/en stattfanden. Die drei Gebiete waren Ottakring (wohl inklusive Rudolfsheim-Fünfhaus), Margareten (wohl plus Meidling) und Landstraße, womit der KLB noch weitgehend ähnliche bezirksmäßige Schwerpunkte hatte wie die KPÖ (O) und der *Kampfbund* unter Frey. Ernest Mandel von der internationalen Führung betrachtete diese strengen Organisationsformen als übertrieben.<sup>10</sup>

Ab April 1946 kam es erstmals zu einem Kontakt zwischen dem KLB und dem Rest-Kampfbund, der sich politisch noch kaum stabilisiert hatte – Gründe dafür waren der fehlende Kontakt zu Josef Frey in der Schweiz, der Verlust der wichtigsten Genoss/inn/en an die PI, die nur langsame Rückkehr der Genossen aus dem Krieg und der Rückzug von Stadler aus der Politik.<sup>11</sup>

---

<sup>6</sup> Hier handelt es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um einen i-Namen. Der legale Name ist uns unbekannt. Laut dem Bericht des Schweizers war Stefan-Sirius seit Kriegsbeginn im KZ gewesen.

<sup>7</sup> siehe Bericht des Schweizers; so explizit findet sich das in den Konferenzprotokollen allerdings nicht – möglicherweise wurde in dem Bericht auf darüberhinausgehende Diskussionen Bezug genommen. Immerhin zeigt sich auch hier, dass so manche Einfälle der „Neuen Linken“ in den 1960er und 1970er Jahren weder besonders neu noch besonders originell waren.

<sup>8</sup> USIA-Betriebe: Der USIA-Konzern (USIA = Uprawnienie Sowjetskim Imuschestwom w Awstrij, Verwaltung des sowjetischen Eigentums in Österreich) bestand aus mehr als 300 Unternehmen, die von der UdSSR in der sowjetischen Zone in Österreich als Eigentum des Deutschen Reiches beschlagnahmt worden waren.

<sup>9</sup> Pol-Büro = Politisches Büro, Org-Büro = Organisatorisches Büro

<sup>10</sup> siehe Interview mit Franz Drexler; eine ähnliche Haltung wie Mandel nahm auch Heinrich Thomas ein. Thomas war vermutlich nie ein Vertreter des Organisationsperfektionismus, er kam auch nicht aus der Frey-Tradition.

<sup>11</sup> nach Informationen von Günter Schneider und Friederike Schlesak. Poldi Stadler, ein ehemaliger Arbeiterturner, war bereits in den 1930er Jahren ein enger Gefolgsmann Freys und Hauptverbindung des Kampfbundes zum *unabhängigen Schutzbund*. Während und unmittelbar nach dem Krieg war Stadler der wichtigste Genosse des Rest-Kampfbundes. Noch in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft in Ungarn rekrutierte er den ehemaligen Schutzbündler Wilhelm Schlesak für den Rest-Kampfbund und nach seiner Rückkehr nach Wien auch dessen Frau Friederike. Bald darauf gab er jedoch die

Allerdings konnte in der Frage der KKT keine Lösung der Differenzen gefunden werden.<sup>12</sup> Bereits in der zweiten Jahreshälfte von 1945 waren aber einzelne verbliebene Mitglieder der *Revolutionären Kommunisten* – wie zum Beispiel Heinrich Thomas und später Franz Pawelka (damaliger i-Name: Aldermann) – und der *Gruppe ‚Gegen den Strom‘* – wie zum Beispiel Leopold Kascha – zum KLB gestoßen.

## Internationale Kommunisten Österreichs

Im August 1946 erschien dann der amerikanische Trotzist Ted<sup>13</sup> als Vertreter der Vierten Internationale in Wien und drängte auf eine Vereinigung von KLB und Rest-Kampfbund. Ted war über die Frage der KKT nicht unterrichtet, worüber die Genoss/inn/en beider Gruppen sehr erstaunt waren. Ted beharrte mit der Autorität der internationalen Leitung darauf, die Vereinigung sofort zu vollziehen und die Entscheidung über die Differenzen auf später zu vertagen. Gegenüber dem Zweifel der *Kampfbund*-Genossen erklärte Ted: „*Ich bin fest davon überzeugt, dass ‚Dallet‘ zustimmen wird, wenn ich ihn darüber informieren werde.*“<sup>14</sup> Das sollte sich als falsch herausstellen und bald darauf massive Auswirkungen haben.

So unter Druck gesetzt, waren die beiden Gruppen bereit, der Vereinigung zuzustimmen. Der Rest-Kampfbund ging – angesichts seiner numerischen Schwäche – von seiner ursprünglichen Forderung nach Parität in der Leitung ab. Es wurde ein Einigungsdokument mit folgenden Punkten erstellt: 1) Der Name der neuen Organisation ist *Internationale Kommunisten Österreichs* (IKÖ). 2) Der Name der Zeitung ist *Der Spartakist*. 3) Die neue Leitung setzt sich aus sieben Genossen zusammen – Verhältnis 5 (KLB) zu 2 (Kampfbund). 4) Fraktionsrecht und Vertretung der Minderheit in allen wichtigen Strukturen, 5) Aufnahmegesuch als Sektion der 4. Internationale, 6) Sobald wie möglich Abhaltung einer Organisationskonferenz. Außerdem wurde beschlossen, die Frage der KKT in der vereinigten Organisation loyal zu diskutieren – bis dahin sollte der Standpunkt des KLB gelten. Die neue Leitung wurde aus Modlik, Babnik, Drexler, Franz Soucek<sup>15</sup> und Leopold Kascha für den KLB und aus Anton Turansky<sup>16</sup> und Hoch<sup>17</sup> für den Rest-Kampfbund gebildet. Zum Zeitpunkt der Vereinigung bestand die gemeinsame Organisation aus 62 Vollmitgliedern, von denen nur acht vom Rest-Kampfbund stammten (dazu kamen freilich einige Kandidat/inn/en und Sympathisant/inn/en).

Ende des Jahres – 30.11./ 1.12.1946 – fand bei Soucek in Mariahilf schließlich die erste Konferenz der IKÖ statt. 17 Delegierte repräsentierten 73 Mitglieder (53 Männer, 20 Frauen), 54 Kandidaten (35 Männer, 19 Frauen), 25 Sympathisierende und 42 sogenannte Propagandafälle – insgesamt 194 Genossen,<sup>18</sup> die in zehn A-Zellen, 13 B-Zellen und drei Prop-Zellen organisiert

---

Politik auf, übersiedelte nach Tirol, wo er über persönliche Beziehungen eine Anstellung bei Swarowski bekam. Sein Verlust war für den Rest-Kampfbund ein weiterer schwerer Schlag.

<sup>12</sup> Die Angaben bei Winfried Wagner, dass der Kampfbund-Rest bereits Ende 1945 gewonnen wurde, sind falsch.

<sup>13</sup> Ted oder T. alias Morgan (beides sind i-Namen), der als US-Kriegsberichterstatter nach Wien kam – möglicherweise handelte es sich dabei um Sherry Mangan (Terence Phelan), der als Auslandskorrespondent für die US-Zeitschrift *Time/Fortune* zahlreiche wichtige politische Missionen der 4. Internationale in Europa und Südamerika durchführte.

<sup>14</sup> Zitat nach dem Bericht des Schweizers; Dallet ist eines der zahlreichen Pseudonyme Josef Freys (andere sind unter anderem F. Dowien, Melt und E. Hirt).

<sup>15</sup> ein Schneidermeister aus Wien-Mariahilf, dessen Räumlichkeiten in der Filgradergasse in Mariahilf für den KLB und später die IKÖ zeitweise eine wichtige Rolle gespielt haben dürften.

<sup>16</sup> i-Name: Felix, von Beruf Verkäufer

<sup>17</sup> ein leicht körperbehinderter Student, der die politische Aktivität bereits Ende der 40er Jahre wieder aufgab; Hoch ist ein i-Name, der richtige Name ist uns nicht bekannt.

<sup>18</sup> Angaben nach dem Bericht an die Konferenz; Heinrich Thomas sprach von 80-100 Personen, die politisch und von der Aktivität voll dabei waren, hielt die Anzahl von an die 200 mit allem Drum und Dran für möglich, was dann im wesentlichen schon übereinstimmt. Der Begriff *Propagandafall* dürfte

waren. Das Durchschnittsalter der Mitglieder betrug 37 Jahre; eines war unter 20, sieben zwischen 20 und 30, 41 zwischen 30 und 40 und 24 über 40. Das Durchschnittsalter der Kandidat/inn/en lag bei 30 Jahren; vier waren unter 20, 26 zwischen 20 und 30, 18 zwischen 30 und 40 und sechs über 40. Es wurde festgestellt, dass die IKÖ jünger sei als die SPÖ und die „Stalinpartei“, dass die Mehrheit der Genoss/inn/en nach dem Februar 1934 „zur revolutionären Bewegung gestoßen“ seien, dass es aber notwendig sei, sich auf noch jüngere Schichten zu orientieren. Von den Mitgliedern wurden 37 als manuelle Arbeiter/innen, 32 als Angestellte und vier als Kleinbürger/innen (davon ein Intellektueller) ausgewiesen, von den Kandidat/inn/en 33 als manuelle Arbeiter/innen und 21 als Angestellte. Das wurde als sehr günstige soziale Schichtung betrachtet. Von den Angestellten seien außerdem die meisten ursprünglich Arbeiter/innen, sie hätten nur den Beruf gewechselt, um bessere Bedingungen für ihre politische Arbeit zu haben – in Berufe, wo „man sich nicht umbringt“, <sup>19</sup> etwa zur Gemeinde Wien oder zu den städtischen Büchereien. Von den Mitgliedern gehörten 47 Großbetrieben an, 16 waren in Klein- und Mittelbetrieben, 10 im Haushalt beschäftigt. Von den Kandidat/inn/en arbeiteten 23 in Großbetrieben, 15 in Klein- und Mittelbetrieben und 11 im Haushalt. Die meisten weiblichen Mitglieder waren die Ehefrauen der Genossen. <sup>20</sup>

Die Konferenz begann mit einer Gedenkminute für die hingerichteten Genossen Hartmann (Franz Kascha) und Jonas (Josef Jakobovits), für die gefallenen, verstorbenen oder im KZ ermordeten Genossen Jost, Kopetzki, Kurt, Otto, Rainer und die Genossinnen Margit und Mutz, <sup>21</sup> für die von den Faschist/inn/en oder Stalinist/inn/en ermordeten Genoss/inn/en der Internationale und für die Genoss/inn/en, die sich in bürgerlichen oder stalinistischen Kerkern befanden oder die noch in Kriegsgefangenschaft waren.

Diskutiert wurde dann als erstes über *Kasse und Solidarität*. Die Ernährung der Mitglieder stellte in der Nachkriegszeit ein großes Problem dar. Es kam wiederholt vor, dass die politische Arbeit von Genoss/inn/en durch physische Entkräftung gefährdet war. Die Konferenz selbst musste aufgrund der physischen Schwäche mancher Teilnehmer/innen mehrmals unterbrochen werden. Spendenpakete von anderen Sektionen der 4. Internationale (Dänemark, Schweiz, USA) spielten deshalb eine wichtige Rolle. Die Inhalte wurden nach verschiedenen Kriterien der Bedürftigkeit (Kinderzahl, Krankheit, ob im KZ gewesen...) verteilt. Es gab darüber hinaus Lebensmittelspenden von Genoss/inn/en der eigenen Organisation, die ebenfalls zentral verteilt wurden. Dass das so gehandhabt wurde, obwohl es sich um recht geringe Mengen handelte (23 Konserven, 1 kg Butter...), unterstreicht, unter welch katastrophalen Bedingungen die österreichischen Trotzist/inn/en damals lebten und kämpften.

Weiters gab es Berichte über die Entwicklung der Organisation, die Publikationen, die Propaganda, die Anerkennung als Sektion der 4. Internationale und ein Referat über die politische Situation auf internationaler und nationaler Ebene, das im Spartakist Nr.14/15 abgedruckt wurde. Eine wichtige Frage war außerdem die von Berufsrevolutionär/inn/en, also von Genoss/inn/en, die sich ausschließlich der politischen Arbeit widmen und dafür von der Organisation bezahlt werden sollten. Das war freilich sowohl mit einem finanziellen Problem (gehofft wurde auf Unterstützung seitens der Internationale) als auch mit einem Problem der Konspiration verbunden – es musste damit gerechnet werden, dass es auffallen könnte, wenn jemand keiner offiziellen Arbeit nachging.

---

jedenfalls sowohl Leute umfasst haben, die in Prop-Zellen organisiert waren, als auch lose Kontakte wie in Ottakring den zukünftigen Stadtrat Pfoch.

<sup>19</sup> Scharinger, Wegner, Interview mit Franz Drexler, a.a.O., S.27

<sup>20</sup> „Wirklich politische Frauen“ gab es – laut Drexler – in der Organisation nur wenige. – Scharinger, Wegner, Interview mit Franz Drexler, a.a.O., S.27

<sup>21</sup> bei den hier angeführten Namen handelt es sich sämtlich um i-Namen.

In jedem Fall kann die Konferenz von Ende 1946 als Höhepunkt der organisatorischen Entwicklung des österreichischen Trotzkismus in den zwei Jahrzehnten nach 1945 betrachtet werden. Alle Strömungen, die sich in Österreich zum Trotzkismus bekannten, waren in einer Organisation vereint. Bereits Anfang 1947 sollte ein gegenläufiger Prozess einsetzen.

### „Steiner“-Gruppe

Am 21. Jänner 1947 wurde der Linksoppositionelle Karl Fischer<sup>22</sup> in Linz an der amerikanisch-sowjetischen Zonengrenze von sowjetischen Behörden entführt und für acht Jahre nach Sibirien verschleppt. Wie groß die Rolle von KPÖler/innen bei dieser Angelegenheit war, ist unklar.<sup>23</sup> Knapp 14 Tage später tauchte ein dubioser angeblicher Angehöriger des „amerikanischen Arbeitsamtes“ bei dem IKÖ-Führungsmitglied Leopold Kascha<sup>24</sup> in der Wohnung auf und stellte ihm politische Fragen.

Die IKÖ-Führung, die von der Entführung Fischers durch dessen Mutter Marie Fischer (ein ehemaliges Mitglied der Gruppe *Gegen den Strom*) informiert worden war, reagierte auf die beiden Vorfälle alarmiert. Steiner und anderen ehemaligen Mitgliedern der OG (namentlich Gärtner und Brenner)<sup>25</sup> wurden schließlich drei Dinge vorgeworfen: \* mangelnde Konspiration gegenüber den organisationsfremden RK (Steiner hätte an Lang<sup>26</sup> Organisationsmaterial weitergegeben), außerdem hätte Steiner gegenüber dem ominösen „Amerikaner“ mangelnde Vorsicht an den Tag gelegt; \* Disziplinbrüche bezüglich Beschlüssen, die die Konspiration betrafen; \* ein politisches Naheverhältnis zu den ultralinken *Revolutionären Kommunisten*, die die *Trotzkisten* mit den *Sozialdemokraten* und *Stalinisten* in einen Topf geworfen hätten und die deshalb der 4. Internationale feindlich gegenüberstünden.

Man befürchtete, dass Kegel Informationen, die er von Steiner (über Lang) erhalten hätte, an die sowjetischen Besatzungsbehörden oder die Stalinist/innen verraten haben könnte, und sah die Organisation in Gefahr. Die Leitung argumentierte, es sei besser, übervorsichtig zu sein und die eine oder andere überflüssige Maßnahme zu treffen, als „die Helden zu spielen“. Die Arbeiterklasse brauche keine Märtyrer, sondern überlebende Führer. Um die Organisation zu schützen (so die Leitung), wurden Steiner und fünf weitere Genossen am 5. Februar 1947 umgehend „ab sofort von jeder organisatorischen Tätigkeit absentiert“ – nur sehr vorsichtiger Kontakt sollte gehalten werden. Um die suspendierten Genoss/innen zu schützen, wurden sie verpflichtet, sämtliches Material aus ihren Wohnungen zu schaffen und abzuliefern. Diese scharfe Reaktion war an sich sicher nicht unbegründet – nach der Entführung Fischers und all den Repressalien gegen nichtstalinistische Teile der Arbeiter/innen/bewegung, von denen man bereits aus osteuropäischen Ländern hörte.

Steiner seinerseits warf der Leitung Feigheit und Vernachlässigung der „*Verpflichtung der brüderlichen Solidarität*“ vor. Tatsächlich dürften die Versuche, Karl Fischer zu helfen, vor allem

---

<sup>22</sup> Fischer (i-Name: Kegel) hatte sich in den 1930er Jahren gemeinsam mit Georg Scheuer und Josef Hindels vom stalinistischen KJV abgespalten und die *Revolutionären Kommunisten* gegründet. Während des Krieges in Frankreich im Widerstand tätig, wurde er verhaftet und ins KZ Buchenwald deportiert. Nach politischen Konflikten mit den unter den politischen Häftlingen dominanten Stalinisten wurde ihm vom späteren hohen KPÖ- und ÖGB-Funktionär Otto Horn die Liquidierung angedroht. Nach der Befreiung aus dem Nazi-KZ 1945 verschwand Fischer ab 1947 in sowjetischen Gulags und kehrte erst 1955 aus Sibirien zurück. Er starb 1963 an den Spätfolgen seiner Zwangsarbeit in einem sibirischen Bergwerk, wo er auch einen Selbstmordversuch unternommen hatte.

<sup>23</sup> Der in obiger Fußnote erwähnte Horn hielt sich jedenfalls zur Zeit der Entführung in Oberösterreich auf – siehe Bericht an die IKÖ-Leitung auf der außerordentlichen Konferenz im September 1947.

<sup>24</sup> In den entsprechenden Dokumenten wird Leopold Kascha meist mit den Kürzeln „Sr“ oder „S“ bezeichnet, wohl eine Abkürzung für seinen i-Namen Steiner.

<sup>25</sup> Beides sind i-Namen.

<sup>26</sup> einer der i-Namen von Georg Scheuer (wohl auch eine Anspielung auf seine Körpergröße).

von Kascha ausgegangen sein. Dazu gehörten Proteste in der internationalen Presse und ähnliches, was von Kascha im Auftrag der IKÖ über Kontakte in die Sozialdemokratie – zum ehemaligen RK-Genossen Hindels, zu Benedikt Kautsky, zu Unterstaatssekretär Mantler (der Fischer aus dem KZ kannte) – arrangiert wurde. Andererseits muss aber auch gesagt werden, dass die Sache aussichtslos war. Es wurde in dieser Zeit von den sowjetischen Behörden ohne Rücksicht auf internationale Reaktionen selbst ein „immuner“ SP-Abgeordneter verhaftet – und die legale und staatstragende SPÖ war dagegen weitgehend machtlos. Die illegale IKÖ hatte de facto keine Möglichkeit, wirksam tätig zu werden. Steiner hielt sich jedenfalls nicht an die Beschlüsse der Leitung, kooperierte mit Scheuer bezüglich Fischer und verlangte eine Untersuchung der ganzen Angelegenheit in der IKÖ.

Um „den Fall einer vollständigen Klärung zuzuführen“, wurde von der Leitung schließlich beschlossen, die Suspendierung von Steiner, Gärtner und Brenner mit 30. April 1947 aufzuheben und gegen sie eine Disziplinaruntersuchung durchzuführen. Am 7. September fand dann eine außerordentliche Konferenz zu dieser Frage statt, die den Höhepunkt des Konflikts darstellte. Leitung und Untersuchungsausschuss fassten ihre Vorwürfe zusammen und fügten hinzu, dass Steiner nicht bereit sei, „sich zu korrigieren“ (was das Schlimmste an der Sache sei), und forderten seinen Ausschluss aus der IKÖ. Steiner und Co. fassten ihrerseits ihre Sicht der Dinge zusammen. Nach einer heftigen Debatte wurde schließlich Kascha „wegen a) qualifizierter Disziplinbrüche, b) Nichtanerkennung der Org.disziplin, c) unkommunistischer Auffassungen in der Frage des Aufbaus und der Funktion der revolutionären Partei“ von den zwölf Delegierten mit zehn zu zwei Stimmen aus der IKÖ ausgeschlossen. Seine Anhänger/innen wurden nicht ausgeschlossen und erklärten sich auch bereit, loyal in der Organisation weiterzuarbeiten, folgten ihm aber bald nach.

Hinter den Kontroversen um die Disziplin stehen wohl zwei Dinge. Erstens dürfte in den internen Dokumenten zu dieser Auseinandersetzung zwischen den Zeilen ein persönlicher Konflikt herauszulesen sein. Auf der einen Seite standen die Genoss/inn/en der ehemaligen OG, die unter dem Naziregime besonders große Opfer bringen mussten, deren Gruppe von der Gestapo zerschlagen worden war, die wie Marie Fischer und Leopold Kascha im KZ waren (Leopold Kascha hatte durch die Mörder der Gestapo außerdem seinen älteren Bruder Franz verloren). Sie hatten außerdem mit den Genoss/inn/en der RK (die im Widerstand sehr aktiv waren und große Risiken eingingen) persönliche Verbindung. Auf der anderen Seite standen die Leitung und die Mehrheit der IKÖ, die sich in der Illegalität vor allem darauf orientiert hatten zu überleben – wohlgedacht nicht in rein persönlicher, sondern in politischer Hinsicht. Ihr Ziel war vor allem, durch die Nacht des Faschismus eine funktionierende, geschulte und zentralisierte Organisation aufrecht zu erhalten, um bei einer Verbesserung der objektiven Bedingungen bereit zu sein.

Die Genoss/inn/en riskierten ebenfalls viel, aber sie waren unserem Eindruck nach vorsichtiger und systematischer, weniger waghalsig. Für beide Haltungen lassen sich gute Argumente finden. Wir wagen es nicht, hier eine Bewertung abzugeben. Bei der IKÖ-Mehrheit existierte möglicherweise – auch in Hinblick auf das Aufliegen der OG 1943 – die Überlegung, dass es die Genoss/inn/en aus dieser Gruppe mit Konspiration und Sicherheit nicht genau genug nähmen und dass das für alle eine Gefahr darstellen könnte. Die Verzweiflung angesichts der Tatsache, dass der Freund und Genosse Karl Fischer, der gerade erst aus dem Lager der Faschist/inn/en heimgekehrt war, jetzt von den Stalinist/inn/en verschleppt wurde, verbunden mit dem Eindruck, dass die Leitung nicht alles tat, um zu helfen (auch wenn realistischere nichts zu machen war, was Fischer befreit hätte), dürfte umgekehrt bei Kascha und seiner Gruppe zu bitteren Vorwürfen und moralisch geprägten Anschuldigungen geführt haben.

Dahinter standen aber sicher auch politische Differenzen. Die eine war mit obigem Punkt verbunden. Die Steiner-Gruppe trat für eine etwas breitere, offenere, legalere, weniger konspirative Arbeit ein. Während die Mehrheit davon ausging, dass die Gefahr bestand, dass Österreich zur

*Volksdemokratie* werde und in diesem Fall mit blutiger Repression gegen die Trotzlist/inn/en zu rechnen sei (weshalb weiterhin strengste Konspiration nötig sei), argumentierte Kascha, der der Leitung Passivität und Resignation vorwarf, dass die Aufgabe gerade darin bestünde, durch vollsten Einsatz den Klassenkampf voranzutreiben und durch eine Machtergreifung der Arbeiter/innen/klasse nicht nur den Kapitalismus zu stürzen, sondern auch die stalinistische Volksdemokratie zu verhindern. Die Mehrheit konnte dieser Stoßrichtung klarerweise grundsätzlich zustimmen, hielt aber Steiners Einschätzung des momentanen Kräfteverhältnisses für unrealistisch und seine Vorschläge für eine Gefährdung der Sicherheit der Organisation. Steiner hatte in der Organisationsfrage wohl tatsächlich weniger zentralistische und strenge Vorstellungen. Dass die Vorsicht der Leitung keineswegs aus der Luft gegriffen war, zeigt auch folgende Begebenheit: Auf Weisung des KPÖ-Führers Friedrich Hexmann fing ein gewisser Fritz,<sup>27</sup> ein KPÖ-Mitglied, aus politischen Gründen ein Verhältnis zu Drexlers Schwester, einer IKÖ-Sympathisantin, an, um deren Aktivitäten zu beobachten und Zugang ins trotzkistische Milieu zu bekommen. Diesem Fritz wurde mit der Zeit dann klar, dass die Trotzlist/inn/en keine Faschist/inn/en waren (wie ihm von Hexmann und Co. erzählt worden war), und er gestand Drexler das ganze Unternehmen.

Die andere Differenz betraf den Charakter der Sowjetunion und ihre Verteidigung. Hier hatte die Steiner-Gruppe die alte halbherzige Haltung der OG. Die Reste der OG waren ohne tiefere gehende Klärung der Frage in den KLB eingetreten. Sie hatten sich wohl der Mehrheitsposition in der Zeit danach etwas angenähert. Mit dem Konflikt um die Disziplin rückte allerdings auch diese Frage wieder stärker in den Vordergrund. Und schließlich gab es ja zwischen der Position der RK und der OG zur Sowjetunion gewisse Übereinstimmungen. In seiner Zeit in der IKÖ hatte Steiner aber nie explizit vertreten, dass die Sowjetunion kein (bürokratisierter) Arbeiter/innen/staat mehr sei, so auch die Erinnerung von Franz Drexler.

Die Steiner-Gruppe – vermutlich lediglich etwas mehr als fünf Leute – existierte nach der Spaltung noch einige Jahre. 1950 gab sie anlässlich des Oktoberstreiks eine legale Broschüre (*Weder Lohnpakt noch Volksdemokratie!*) heraus, was von der IKÖ kritisiert wurde. Zeitweilig gab es mit der IKÖ auch eine teilweise Kooperation, nämlich in der Fraktionsarbeit gegenüber der SPÖ.

## **(Rest-) Kampfbund**

Bald nach dem Ausschluss von Leopold Kascha brach in der IKÖ der nächste fraktionelle Konflikt aus – diesmal mit Genoss/inn/en des ehemaligen (*Rest-*) *Kampfbundes*, mit dem sich der KLB 1946 zur IKÖ vereinigt hatte. Schon bald nach der Vereinigung drückte Josef Frey – in diesem Fall als Franz Dowien – in einer Stellungnahme zur Einigung seine Unzufriedenheit damit aus. Er beklagte erstens, dass der KLB und mit ihm die Führung der IKÖ die Verantwortung für die Spaltung zwischen dem *Kampfbund* und der *Internationalen Linksopposition* von 1929/1934 rückblickend dem *Kampfbund* (und damit Frey) zuschrieb. Frey beharrte darauf, dass er im Recht gewesen und dass der Fehler auf Seiten der Internationalen Linksopposition gelegen sei. Die IKÖ-Führung versuche lediglich, „*sich nach Oben beliebt zu machen*“. Es handle sich dabei um „*unehrliche, unehrenhafte Manöver*“, die bewiesen, dass sich die Führer der IKÖ „*vom Geist, von der Tradition des alten Kampfes, der alten Organisation abgekehrt haben*“.

Frey begrüßte, dass seine Schulungsunterlagen in der IKÖ verwendet würden, kritisierte aber, dass er nicht als Verfasser genannt werde, was „*unkorrekt, unstatthaft*“ sei. Er beschwerte sich außerdem darüber, dass die IKÖ Artikel aus seiner Feder nicht namentlich zeichnen wolle. Hier ist anzumerken, dass im *Spartakist* die Artikel generell ohne namentliche Zeichnung erschienen

---

<sup>27</sup> Der richtige Vorname und Nachname sind uns nicht bekannt.



(wohl unter anderem aus Gründen der Konspiration) und dass Frey hier für sich eine Sonderregelung einforderte. Darüberhinaus vermutete er, dass „Bayer, Horvath, Sykora“, also Modlik, Babnik und Holba,<sup>28</sup> „die Fusion unter dem Namen der alten Organisation“ (das heißt *Kampfbund*) deshalb ablehnten, weil sie sich von Geist und Tradition des alten Kampfes losgelöst hätten. So sei „die Einigung vorzeitig gekommen. Sie ist gekommen als bewusste Einigung gegen den Geist und die Tradition des alten Kampfes, der alten Organisation. In diesem Sinn ist es eine Einigung bewusst gegen und ohne den Hauptrepräsentanten dieses alten Kampfes, dieser alten Organisation.“<sup>29</sup> Daran mag die nachträgliche Einladung, sich der bewusst gegen ihn, ohne ihn vollzogenen Fusion anzuschließen, nichts ändern. Es ist eine Fusion, eine Einigung ohne ihn.“<sup>30</sup>

Schließlich beharrte Frey natürlich auch auf seiner Position der KKT, die im Falle eines neuen imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion in kapitalistischen Ländern, die mit ihr verbündet sind (er brachte als Beispiel Rumänien), zur Anwendung kommen müsse. Er führte die Frage der KKT inhaltlich aber kaum aus.

Zu diesem Zeitpunkt zog er aber noch nicht den Schluss, dass die Vereinigung rückgängig gemacht werden müsse. Er formulierte überhaupt keine Konsequenzen aus seinen Vorwürfen, sondern schien abzuwarten, wie weit es gelang, Anhänger/innen um sich zu scharen. Jedenfalls waren die Stellungnahme und auch andere Dokumente doch sehr deutlich von Freys persönlichen Eitelkeiten, seinem Ehrbegriff und seinem gekränkten Stolz geprägt. Dass gerade Frey, der doch stark „proletarisch-kollektive“ Eigenschaften propagierte, solche „kleinbürgerlich-individualistische“ Haltungen an den Tag legte, mutet eher eigenartig an. Ein gewisser Generationenkonflikt zwischen der selbstbewusster gewordenen neuen IKÖ-Führung (Modlik, Babnik, Drexler, Ferdinand Dworak<sup>31</sup> und Co.) und dem alten Führer, dem nicht die erwartete Achtung beziehungsweise Bewunderung entgegengebracht wurde, scheint ebenfalls evident zu sein.

---

<sup>28</sup> Franz Holba, schon vor 1934 Mitglied der KPÖ (O), Schuharbeiter und Betriebsrat bei Bally, Aktivist im Schuharbeiterstreik von 1948; wurde 1948 oder 1949 aus der IKÖ ausgeschlossen, weil er mit der Frau seines Freundes und Genossen Klement (i-Name) ein Verhältnis hatte. Vor allem Babnik argumentierte, dass das von einer Illoyalität zeuge, die für eine illegale Organisation ein Sicherheitsrisiko dargestellt habe. Drexler hielt das zwar für übertrieben, blieb mit seiner Ansicht in der Leitung jedoch isoliert. Die internationale Führung betrachtete diesen Ausschluss, von dem sie nachträglich erfuhr, als Fehler – man war in Paris der Ansicht, dass da in Frankreich die halbe Organisation ausgeschlossen werden müsse. Holba dürfte nach seinem Ausschluss einige kleinere Meinungsverschiedenheiten, die er mit Genoss/inn/en der IKÖ gehabt hatte, theoretisiert haben; er schloss sich dem neugebildeten Kampfbund an und war bis 1973 – dann mit dem i-Namen Rudolf – dessen geistiger Führer.

<sup>29</sup> das heißt ohne Frey selbst

<sup>30</sup> sämtliche Zitate aus einer Stellungnahme Freys vom 21. Oktober 1946, mit „Zur Einigung“ getitelt.

<sup>31</sup> Ferdinand Dworak, (1906-1969), Metallarbeiter und Arbeiterturner, kam 1934 gemeinsam mit Drexler und einer Gruppe anderer Schutzbündler aus Erdberg zum Kampfbund; Leitungsmitglied unter Freys Führung; i-Name: Fink; während des Krieges als „jüdisch versippt“ nicht zur Wehrmacht eingezogen, monatliche Meldung bei der Gestapo. Seine erste, aus Ungarn stammende Frau, die Genossin Franziska (i-Name: Margit), wurde in Auschwitz als Jüdin vergast. Dworak stand 1938 gemeinsam mit Frey gegen die Minderheit um Modlik, ging dann aber 1941 mit der Mehrheit des Kampfbundes zu den PI über. Er war nach dem Krieg jahrzehntelang Betriebsratsobmann in dem Wiener Metallbetrieb *Hübner & Mayer*, in dem er bereits während des Krieges gearbeitet hatte. Er agierte dort als engagierter – und entsprechend beliebter – Vertreter der Interessen der Belegschaft, trat jedoch nicht offen als Trotzkist auf. In den Auseinandersetzungen innerhalb des österreichischen Trotzkismus nach 1945 stand er immer auf der Seite Modliks. Bald nach dem Krieg hatte Dworak erneut geheiratet, seine deutlich jüngere Arbeitskollegin Gertrude, die durch ihn ins Umfeld der IKÖ kam, aber stets eine gewisse Skepsis gegenüber dem trotzkistischen Engagement behielt. Im April 1969 stürzte Ferdinand Dworak beim Aufstieg auf die Schneealpe im vereisten Karlgraben ab und zog sich dabei tödliche Verletzungen zu. Nach seinem Tod wurden in einem von ihm – für den Fall einer erneuten hefti-

„Der Josef“ wurde von den Genossen, die vom Rest-Kampfbund zur IKÖ gekommen waren, aber weiter als die zentrale Autorität betrachtet. Durch die Intervention Freys hatte das Festhalten an der KKT und vorhandene Zweifel an der Einigung sicherlich neue Nahrung bekommen. Die erste Konferenz der IKÖ stellte fest, dass die Vereinigung nur zum Teil vollzogen, zum Teil noch im Gange sei. Die Bereinigung der Frage der KKT sei erst die Voraussetzung für eine stabile und feste Einigung. Die Leitung müsse die Lösung der Frage „mit Geduld und Ausdauer“ verfolgen. Die entsprechende Resolution war damals einstimmig – also mit den Stimmen der Delegierten des ehemaligen Rest-Kampfbundes – angenommen worden.

Seit der ersten Konferenz war aber bezüglich der Lösung der Frage nichts geschehen. Die Differenz schwebte in der Organisation, wurde aber wie ein heißes Eisen nicht angerührt. Die Minderheit schien am Beginn einer klärenden Diskussion nicht interessiert gewesen zu sein. Sie fühlte sich politisch zu schwach, um die Auseinandersetzung ohne die Unterstützung von Frey bestehen zu können. Während die Leitung im Herbst 1947 „Geduld und Ausdauer“ erschöpft sah, wollte die Minderheit die Klärung der Frage bis zur erwarteten Rückkehr Freys aus der Schweiz aufschieben. Diese Rückkehr sollte freilich – was damals jedoch niemand wissen konnte – niemals eintreten. Frey starb 1957 in der Schweiz. Dass er in der Besatzungszeit nicht zurückkehren konnte, erklärt Drexler damit, dass Frey zwischen Oktober 1923 und August 1925 in Berlin in der Abteilung militärischer Nachrichtendienst der Roten Armee, also in der sowjetischen Spionage tätig war, was angesichts seiner zusätzlichen Bekanntheit als Trotzkist mit großer Wahrscheinlichkeit die Verschleppung durch die sowjetische Besatzungsmacht bedeutet hätte.

Nach dem Bruch mit der Steiner-Gruppe scheint die Leitung jedenfalls entschlossen gewesen zu sein, die lähmenden internen Konflikte vom Tisch zu bekommen, um sich als Organisation wieder stärker anderen Dingen zuwenden zu können. Auch die Frage der zweiten Minderheit sollte gelöst werden – entweder dadurch, dass die Minderheit zu einer Abkehr von ihrer Position gebracht wurde, oder durch einen Bruch mit ihr. Die Minderheit wurde aufgefordert, einer umgehenden Diskussion der Frage der KKT zuzustimmen, was diese jedoch ablehnte. Darauf fasste die Leitung Anfang November 1947 folgenden Beschluss:

*„Das Polbüro hat jetzt mit der Diskussion der noch offenen Frage der ‘Kombinierten Kriegstaktik’ begonnen, der überwiegende Teil der Genossen der Minderheit lehnt aber nicht nur jede Teilnahme an dieser Diskussion, sonder auch eine Präzisierung ihres Standpunktes in der Kriegsfrage ab. Eine solche Haltung steht sowohl im Widerspruch zu den im Einigungsprotokoll eingegangenen Verpflichtungen, als auch zu der oben zitierten Resolution.<sup>32</sup> Die Leitung erachtet es als unmöglich, dass eine Gruppe innerhalb der Organisation eine bestimmte politische Frage als ihr Privateigentum betrachtet, an dem man nicht rühren darf. Die kameradschaftliche Auseinandersetzung über alle Fragen des Kampfes gehört zum täglichen Brot und zur selbstverständlichen Praxis einer revolutionären Organisation. Die Leitung wird deshalb die Diskussion über die oben genannte Frage mit jenen Genossen der Minderheit, die zur loyalen und kameradschaftlichen Austragung der Differenz bereit sind, fortsetzen, sie stellt jedoch gleichzeitig fest, dass jene Genossen, die sich nicht an der Diskussion beteiligen, gegen die bei der Einigung eingegangenen und auf der Konferenz von den Delegierten bekräftigten Verpflichtungen verstossen und dadurch für sich die Vereinigung mit unserer Organisation hinfällig machen.“<sup>33</sup>*

---

gen Konfrontation zwischen Arbeiter/innen/klasse und Reaktion – angelegten Versteck etliche Gewehre und ein Maschinengewehr gefunden, die schließlich von Drexler in einer Nacht von der Reichsbrücke in Donau „entsorgt“ wurden.

<sup>32</sup> gemeint ist die entsprechende Resolution von der 1. IKÖ-Konferenz

<sup>33</sup> Interne Mitteilungen der IKÖ (Streng vertraulich! Nur für A-Zellen!) Nr.10, 13. Dezember 1947, Anlage 3; Die Rechtschreibfehler stammen aus dem Original.

Das kam einem Ausschluss gleich. Die deutliche Mehrheit der Genoss/inn/en (etwa zehn), die vom Rest-Kampfbund zur IKÖ gekommen waren, verließen die IKÖ wieder und bildeten eine Organisation, die sich erneut *Kampfbund* nannte. Einige ehemalige (Rest-) Kampfbündler/innen blieben jedoch in der IKÖ, sodass die Frey-Anhänger/innen, die in der IKÖ durchgängig als eine Art Fraktion existiert hatten, die einjährige IKÖ-Episode mit einem personellen Minus verließen. Die Ausgeschlossenen/Ausgetretenen warfen der IKÖ vor, sich – anstatt die wichtigen Fragen der österreichischen Arbeiter/innen/schaft zu diskutieren – auf die nicht aktuelle Frage der KKT zu konzentrieren, was Kraftvergeudung sei. Andererseits meinten sie, die Leitung wolle dem politischen Problem durch organisatorische Maßnahmen aus dem Weg gehen. Sie bezeichneten die IKÖ-Führung als „bewusste Parteiliquidatoren“, die bereits 1938 mit ultralinken Positionen und „unter Anwendung der skrupellosesten Mittel“ an der Zerstörung des *Kampfbundes* gearbeitet hätten. Sie wehrten sich außerdem gegen den Vorwurf des „Sozialpatriotismus“. In einer bald darauf verfassten *Resolution über die Reaktivierung des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse* fand dann – mit der Handschrift Freys – ein Positionswechsel statt. Darin heißt es unter anderem:

*„Schließlich wurden die Genossen 1946 durch List eines internationalen Vertreters – unter der Vorspiegelung, die Zustimmung des im Ausland befindlichen führenden Genossen sei sicher – in die Einigung mit den Liquidatoren hineingelockt. Versuche, durch Entgegenkommen ein die Kontinuität der revolutionären Organisation seit 1923 wahrendes Kompromiss zustande zu bringen, scheiterten an den Liquidatoren, die gerade durch diese ihr Verhalten wieder und wieder unterstrichen, dass es ihnen um die völlig bewusste Liquidation des Kampfbundes gegangen war und weiter ging. Um diese Liquidation zu verhindern, gerade darum schloss sich der im Ausland befindliche führende Genosse der erlisteten ‚Einigung‘ nicht an. Und auch die alten Genossen, die 1923 zusammen mit ihm den Kampf aufgenommen und ihn so lange Jahre aufopfernd aktiv mitgeführt hatten, schlossen sich dieser ‚Einigung‘ nicht an; so bekundeten sie tatsächlich, dass sie die Liquidation des Kampfbundes ablehnten.<sup>34</sup> Die Genossen, die 1946 durch List in jene ‚Einigung‘ hineingelockt wurden, haben inzwischen ihren damaligen Fehler klar erkannt. Sie kehrten zurück in die Reihen derer, die 1923 den Kampf aufgenommen. Sie nehmen mit ihnen den Kampf auf, um den zerrütteten Kampfbund zu reaktivieren.“*

War kurz zuvor noch kritisiert worden, dass man aus der IKÖ gedrängt wurde, wurde jetzt die Vereinigung als Fehler betrachtet. Überdies wurde es so dargestellt, als wäre Frey von Anfang an gegen die Einigung gewesen. Aus seinen diesbezüglichen Stellungnahmen geht das jedenfalls nicht hervor. Er schien vielmehr eher zugewartet zu haben. Auch kann zwischen Sommer 1946 und Herbst 1947 sicher nicht von einer organisatorischen Kontinuität des Kampfbundes außerhalb der IKÖ gesprochen werden.

Dass die Genoss/inn/en des Kampfbundes bereit waren, mit Frey in die nationale und internationale Isolation zu gehen (dessen Beschwerlichkeit ihnen vermutlich mehr oder weniger bewusst war), ist sicher nur aus der überragenden Autorität von Josef Frey, die mit seiner Rolle als Führer des Wiener Soldatenrates und später der KPÖ zusammenhängt, zu erklären. Frey muss – das geht aus allen Schilderungen eindrucksvoll hervor – eine überwältigende Fähigkeit gehabt haben, auch komplizierte politische Zusammenhänge Arbeiter/inne/n verständlich zu erklären.

Die IKÖ hatte also in der zweiten Jahreshälfte 1947 die beiden Minderheitsströmungen, die 1945/1946 zum KLB gestossen waren, wieder verloren. Sowohl die „ultralinken“ OG-/Steiner-Leute als auch der (zumindest was die Kriegsfrage betrifft) „rechte“ Kampfbund-Rest, in die-

---

<sup>34</sup> Mit den *alten Genossen* sind einige frühe Kampfbund-Mitglieder (vor allem aus Floridsdorf) gemeint. Sie dürften an der Vereinigung zur IKÖ aber überwiegend aus politischer Passivität und weniger wegen politischer Differenzen nicht teilgenommen haben. Auch im späteren Kampfbund scheinen sie meist nur dann auf, wenn in Protokollen ihr Fehlen festgestellt wird.

sem Sinn die beiden Flügel der IKÖ, standen wieder außerhalb der Organisation. Die IKÖ entwickelte als Konsequenz eine Kritik an der sogenannten „*Vereinigungspraxis des IS*“. Man zog damit die Lehren aus den gescheiterten Fusionen, die auf Drängen der internationalen Führung ohne vorherige politische Klärung zustande gekommen waren. Wie wir sehen werden, gab es für diesen Desintegrationsprozess aber noch tiefliegendere Ursachen – Ursachen, die internationale Zusammenhänge haben.

## Kontakt zur internationalen Führung

In der unmittelbaren Nachkriegszeit fand in Europa eine Reorganisierung der 4. Internationale statt. In der Zeit des Faschismus waren ganze Sektionen der Internationale zerschlagen worden, viele (führende) Kader waren dem faschistischen (aber auch dem stalinistischen) Terror zum Opfer gefallen. Während des Krieges war die 4. Internationale in Europa als zentral funktionierende Organisation zerfallen. Ihre Fragmente hatten in der Folge teilweise schwere politische Richtungskämpfe durchgemacht. Nichtsdestotrotz waren viele Trotzist/inn/en in national oder regional isolierten Gruppen weiter aktiv geblieben – sowohl in unbesetzten Ländern wie Großbritannien oder der Schweiz als auch in etlichen besetzten Ländern wie Frankreich oder Belgien, aber eben auch in Österreich.

Die stärkste Sektion der IV. Internationale, die US-amerikanische, die im Krieg zwar auch von Verfolgung betroffen gewesen war,<sup>35</sup> nicht aber von einem Terror wie die Sektionen in Europa und die auch ihre erfahrene Führung erhalten konnte, hatte sich stark auf ihr nationales Terrain zurückgezogen<sup>36</sup> und sich nicht im vollen Ausmaß ihrer Möglichkeiten um die Reorganisation der europäischen Sektionen und die Schaffung einer internationalen Leitung gekümmert. Trotzdem hatten es die europäischen Trotzist/inn/en geschafft, bereits ab 1944 wieder eine europäische Leitung zu installieren, die *Europaexekutive* der 4. Internationale, und an der Neuformierung der Sektionen in Europa zu arbeiten. Da die erfahrensten europäischen Führungskader ermordet worden waren, kristallisierte sich eine neue Führungsgeneration heraus. Sie bestand im Kern aus dem in Frankreich lebenden Griechen Michailis Raptis (i-Name: Michel Pablo), dem Belgier Ernest Mandel und dem Franzosen Pierre Frank.

Während zum Beispiel in Deutschland die Organisation so gut wie vernichtet wurde – bis auf einige Individuen wie etwa Oskar Hippe oder Georg Jungclas, die aber über keine Strukturen verfügten –, blieb in Österreich, wie erwähnt, zur Überraschung der sich neu formierenden internationalen Leitung eine doch nicht so kleine Gruppe, der als deutschsprachige Organisation zusätzliche Bedeutung zukam. Wie gelang es den österreichischen Trotzist/inn/en aber nun, den Kontakt zur internationalen Führung aufzunehmen?<sup>37</sup>

---

<sup>35</sup> Auch in den westlichen Demokratien fanden während des Krieges größere politische Prozesse gegen die die dortige imperialistische Kriegsführung bekämpfenden Trotzist/inn/en statt – so zum Beispiel in den USA 1941 und in Großbritannien 1944.

<sup>36</sup> Es existierten in der amerikanischen Sektion, der *Socialist Workers Party* (SWP), auch Tendenzen der politischen Anpassung an die Kriegspropaganda des US-Imperialismus vom *antifaschistischen Krieg gegen Hitler*. So wurde teilweise für einen Krieg der USA gegen Nazideutschland „unter der Führung der Arbeiterklasse“ eingetreten. Die Führung der SWP gab damit der Versuchung nach, durch solche halbherzige Formulierungen einer noch massiveren Verfolgung durch die US-Gerichte zu entgehen und sich von der Mehrheit der US-Arbeiter/innen/schaft, die der „antifaschistischen“ Kriegspropaganda auf den Leim ging, nicht zu sehr zu isolieren. Sie nahm zum revolutionären Defaitismus insgesamt eine schwankende Haltung ein. Es muss aber auch erwähnt werden, dass Genoss/inn/en der SWP, insbesondere Matrosen und Wehrpflichtige der US-Army, eine wichtige und mutige Rolle bei der Aufrechterhaltung und später der Wiederherstellung der Kontakte nach Europa spielten.

<sup>37</sup> Die folgende Darstellung stützt sich im Wesentlichen auf Kaschas Referat zum Punkt *Internationale* auf der 1. Konferenz der IKÖ 1946, darüber hinaus auf mündliche Ausführungen Drexlers.

Erste Versuche von österreichischer Seite, unmittelbar nach Kriegsende in Verbindung mit der Internationale zu kommen, scheiterten an den chaotischen politischen und verkehrstechnischen Zuständen: unüberwindliche Zonengrenzen, Postzensur durch die Besatzungsbehörden und so weiter. Nach dem Misserfolg dieser Versuche musste die Initiative dem *Internationalen Sekretariat* (IS) überlassen werden, was letztlich auch Erfolg haben sollte.

Der erste indirekte Kontakt mit der Internationale wurde im März 1946 hergestellt, indem das IS einen Kurier zu Karl Fischer nach Linz (amerikanische Zone) sandte. Fischer war durch seine Verbindung zur RK-Gruppe in Frankreich und durch Aufrufe zur Solidarität und Hilfe „für uns“<sup>38</sup> dem IS bekannt geworden – möglicherweise wurde durch ihn erst die Existenz einer österreichischen Gruppe bestätigt. Fischer übersetzte das überbrachte Material aus dem Französischen ins Deutsche – es wurde dann teilweise im *Spartakist* veröffentlicht –, gab dem Kurier der Internationale einen ersten Bericht über den KLB in Wien und übergab ihm vier ihm bekannte Adressen von Mitgliedern des KLB. Dadurch konnte das IS direkte Verbindung zum KLB aufnehmen, die für Ende April 1946 angekündigt wurde.

Tatsächlich kam es Ende April zu einem kurzen Besuch des Genossen Owens<sup>39</sup> als Vertreter des IS. In der sehr beschränkten Zeit wurden die wichtigsten Fragen der Verbindung und ihrer technischen Lösung, Fragen der Organisation, der materiellen Unterstützung und der Solidarität, der politischen Lage der internationalen Arbeiter/innen/bewegung, der Internationale und der österreichischen Gruppe besprochen. Die Besprechung hatte stark informativen Charakter. Bezüglich der österreichischen Gruppe wurden außerdem die Frage der Legalisierung der Organisation und die Frage von Berufsrevolutionären besprochen. Die diesbezüglichen Hindernisse wurden im materiellen, vor allem aber im politischen Bereich gesehen, da die Besatzungsbehörden in keinsten Weise Presse- und Organisationsfreiheit gewähren würden. Ein wesentlicher Teil der Aussprache war entsprechend dem Wunsch von Owens der Frage der Vereinigung zwischen KLB und Rest-Kampfbund gewidmet. Der KLB ermöglichte die erste Kontaktknüpfung mit den Frey-Anhänger/innen.

Im August traf dann – mit einem Monat Verspätung –, wie bereits erwähnt, mit dem amerikanischen Trotzkisten Ted der zweite Vertreter des IS ein. Er blieb sechs Tage in Wien, was ausführlichere Gespräche ermöglichte. Er drängte im Auftrag des IS auf eine Vereinigung zwischen KLB und Rest-Kampfbund – obwohl ihm wie Owens die Frage der KKT nicht bekannt war. Nachdem er in die Differenzen eingeführt worden war, bezeichnete er – laut Leopold Kascha – die KKT als prinzipielle Abweichung, die zum Sozialpatriotismus führen könne. Dennoch wurde unter Mitwirkung von Ted auf Grundlage des sogenannten Einigungsprotokolls die Vereinigung vollzogen. Darüberhinaus gab Ted einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der Internationale ab 1938. Außerdem wurde von Ted die Zusicherung der Finanzierung von zwei Berufsrevolutionären gegeben. Bei der Umsetzung dieses Punktes gab es – zumindest bis zur 1. Konferenz – allerdings Schwierigkeiten (vermutlich bezüglich des Zukommenlassens des Geldes). Bei der außerordentlichen Konferenz von 1947 war aber – in Zusammenhang mit einem Vorwurf der mangelnden Konspiration – bereits davon die Rede, dass die Gruppe über *Dollars* verfüge.

Um von Seiten der österreichischen Gruppe Verbindung ins Ausland aufzunehmen, gab es weiterhin kaum Fortschritte. Leopold Kascha konnte lediglich von einem „*geglückten Versuch eines Genossen, wenn auch nur für ein paar Stunden in die Schweiz zu gelangen und mit den Schweizer Genossen zu sprechen*“, berichten. Die legalen Reisemöglichkeiten waren durch die

---

<sup>38</sup> Zitat Leopold Kascha; für wen diese Aufrufe explizit waren, geht aus dem Dokument nicht hervor.

<sup>39</sup> von Drexler so bezeichnet; in Leopold Kaschas Bericht kommt nur das Kürzel „O.“ vor; es handelt sich mit Sicherheit um einen i-Namen. Owens war Offizier der US-Army. Er fuhr im Jeep zwischen KLB und Rest-Kampfbund hin und her. Die Art, wie der große und stämmige Owens seinen Chauffeur anherrschte, wirkte auf Drexler und die anderen ausgehungerten österreichischen Genoss/innen einigermaßen befremdlich.

Besatzungsmächte extrem eingeschränkt. Deshalb wurden – im Zusammenhang mit den Gefahren stärkerer politischer Verfolgung – die Möglichkeiten von illegalen Grenz- und Demarkationslinienübertritten, die Schneelage im Gebirge und so weiter diskutiert. Es wurde auch die Schaffung einer Tarnorganisation – einer humanitären Hilfsorganisation – durch schweizerische und österreichische Genoss/inn/en versucht, um bessere Reisemöglichkeiten zu bekommen.

Anfang Oktober 1946, also kurz vor der 1. Konferenz der IKÖ, fand ein Besuch eines Genossen<sup>40</sup> aus der Schweiz statt. Er überbrachte als Vertreter der Internationale die Nachricht von der Anerkennung der IKÖ als österreichische Sektion der 4. Internationale durch das IS. Außerdem schlug das IS vor, dass ein österreichischer Genosse als ständiger Mitarbeiter ins IS kommen und dass die österreichische Sektion „*das deutsche Proletariat im IEC*“, also im *Internationales Exekutivkomitee*, dem höchsten internationalen Leitungsgremium, aus dessen Reihen das IS (als permanent arbeitender Arbeitsausschuss) gewählt wurde, vertreten sollte. Generell wurde in der nächsten Phase diskutiert, wie die österreichische Sektion beim Wiederaufbau einer deutschen helfen könnte. Neben diesen drei offiziellen Besuchen von Vertretern der Internationale fanden zwischen April 1946 und November 1946 vier weitere Besuche von Kurieren statt, die hauptsächlich dem Post- und Materialaustausch dienten.

1947 gelang schließlich der erste reale Auslandsbesuch eines österreichischen Genossen. Drexler fuhr zur internationalen Leitung nach Frankreich. Ermöglicht wurde diese Reise durch einen ehemaligen französischen Zwangsarbeiter, mit dem sich Drexler während des Krieges in einem Betrieb angefreundet hatte und der ihm nach dem Krieg die offizielle Einladung nach Frankreich ausschrieb.<sup>41</sup>

## Die IKÖ von 1947 bis 1963

### *Entrismus sui generis* und die Spaltung der IKÖ

Die internationale Orientierung auf den tiefen Entrismus hatte für den österreichischen Trotzismus weitreichende Bedeutung. Sie führte zu einer nahezu fünfjährigen Spaltung der IKÖ. Wie kam es nun dazu? Wie sah die Entwicklung im Detail aus? Und wie wurde von den verschiedenen Seiten argumentiert?

Unmittelbar nach Kriegsende ging der Karl-Liebknecht-Bund (KLB) davon aus, dass die KPÖ, die im Widerstand eine aktivere Rolle gespielt hatte als die Sozialdemokratie, massiven Zulauf haben würde. Um Zugang zu diesen Arbeiter/innen zu bekommen, traten Mitglieder des KLB in die KPÖ ein. Man rief im Herbst 1945 zur kritischen Wahlunterstützung der KPÖ auf und gab eine illegale Fraktionszeitung – *Der Leninist* – heraus, die allerdings nur zweimal erschien (Dezember 1945 und Februar 1946). Es zeigte sich bald, dass die „Stalinpartei“ lediglich eine Minderheitsströmung darstellte, dass durch ihre bürokratisch-monolithische Organisation ein Eindringen kaum möglich war und dass die überwiegende Mehrheit der Arbeiter/innen/klasse der neu gegründeten SPÖ folgte. Die Folge für die IKÖ war eine Umorientierung auf diese Mehrheit der Klasse – was allerdings nicht ganz leicht war: Etliche führende Genossen waren Mitglieder der KPÖ und als solche bekannt.<sup>42</sup> Ein Übertritt zur SPÖ war seitens der Sozialdemokrat/inn/en mit starkem Misstrauen gegenüber den „KPlern“ verbunden.

---

<sup>40</sup> Das „Sch.“ bei Kascha steht vermutlich als Kürzel für den i-Namen Schwab.

<sup>41</sup> Wegner, Korrekturen und Ergänzungen, a.a.O., S.224ff.

<sup>42</sup> Neben Modlik und Babnik galt das vor allem für Fritz Schuster (ca. Jahrgang 1910), ehemaliger Arbeiterturner (Leichtathlet) aus Wien-Landstraße, von Beruf Dreher, führendes Mitglied der IKÖ nach 1945; langjähriger, sehr beliebter Arbeiterbetriebsrat bei Siemens & Halske (und das obwohl er formal KP-Betriebsrat war); in den IKÖ-internen Auseinandersetzungen in den 1940er und 1950er Jahren auf

Nach dem organisatorischen Abschluss der internen Differenzen mit den Steiner-Anhänger/innen und dem Rest-Kampfbund Ende 1947 lief die Orientierung auf die SPÖ 1948 verstärkt an. Allerdings traten bereits Ende 1948 ernste Meinungsverschiedenheiten darüber auf, wie diese Intervention angelegt sein sollte. Es bildeten sich in der Führung zwei Strömungen heraus: Die erste richtete sich – nicht nur in der Frage des *Entrismus sui generis* – zunehmend nach Pablo und dem IS und bestand unter anderen aus Modlik, Dworak und Soucek. Die zweite wehrte sich mehr oder weniger hartnäckig gegen Pablos Linie und bestand unter anderen aus Babnik, Drexler und Thomas.

Parallel mit Pablo auf internationaler Ebene ging auch die Gruppe um Modlik in Österreich in die Offensive – mit dem zehnsseitigen Dokument *Zur Frage der Eintrittstaktik*.<sup>43</sup> Darin wird grundsätzlich folgendes formuliert: „Sind also entwickelte Partei wie Parteikeim unbedingt an das Prinzip der programmatisch-politischen Unabhängigkeit gebunden, so gilt das Prinzip der organisatorischen Unabhängigkeit nur für die Partei, nicht aber für den Parteikeim.“ Aus diesem Schema wird dann für den „Parteikeim“ IKÖ die Möglichkeit des „Totaleintritts“ in die SPÖ abgeleitet. Es würde dabei nur vorübergehend die formelle Unabhängigkeit der Organisation aufgegeben werden. Bei der Fraktionsarbeit – die von Babnik, Drexler und Thomas im Unterschied zum Totaleintritt befürwortet wurde – sollte also die außerhalb der reformistischen Partei verbleibende Gruppe mit Programm und Namen auftreten, da sich die Interventionist/innen nicht dazu bekennen könnten: „Hier handelt es sich um die *offene* Fraktion, die nicht sofort wieder hinausbefördert werden kann; hier wird mit unserem *vollen revolutionären Programm*, mit *revolutionärer Kritik* frei und offen aufzutreten.“ Die Eintrittstaktik trage in der Folge „von vornherein den *Keim zur neuen Abspaltung* in sich“. Damit waren die Pablo-Anhänger/innen von der Argumentation Pablos, die sich gerade gegen ein Auftreten mit revolutionärem Programm wandte, noch deutlich entfernt – wohl auch, um sich mit den Entrismus-feindlichen Traditionen des österreichischen Trotzkismus nicht gleich zu frontal anzulegen.

Allerdings wurde in demselben Papier bereits die Schiene für zukünftige Entwicklungen gelegt: Die „programmatische Wachsamkeit und Festigkeit“ sei zwar „das Um und Auf“, sie dürfte aber „nicht mit Starrheit, Schematismus und Wortradikalismus verwechselt werden“. Einwände von Mitgliedern, die sich einen Totaleintritt (mit vollem Programm) aufgrund der Situation in ihrem Betrieb oder in der SPÖ nicht vorstellen konnten, wurden als „Praktizismus“ vom Tisch gewischt – und das, obwohl gleich anschließend (erneut in Widerspruch zu Pablos Konzept) folgendes postuliert wird: „Der Totaleintritt setzt die Gewährung des Rechtes auf Freiheit der Kritik und der Verbreitung unseres revolutionären Programms voraus.“ Dieses Recht war in der von Adolf Schärf und Oskar Helmer auf antikommunistisch getrimmten SPÖ in den späten 1940er Jahren mit Sicherheit nicht gegeben – ebenso wenig eine weitere von den Entrist/innen angegebene Entrismus-Bedingung: „Der Totaleintritt setzt Veränderungen im Bewusstsein der Arbeiter voraus. Ohne diese nach links weisenden Veränderungen, ohne eine ernstliche Linkstendenz der Arbeiter, die auf die (...) reformistischen Spitzen drücken, werden die Bedingungen des Totaleintritts kaum entstehen.“

Die Entrist/innen der IKÖ argumentierten damit 1948 noch eher wie Trotzki für den klassischen Entrismus Mitte der 1930er Jahre als wie das IS mit seinem *Entrismus sui generis*. Sie gingen allerdings – in Konsens mit Pablo – von einer falschen Einschätzung der objektiven Lage aus. Tatsächlich gab es Ende der 1940er Jahre tendenziellen Unmut in der Arbeiter/innen/schaft, der sich in einigen kleineren Streiks, im Schularbeiter/innen/streik von 1948 und

---

der Seite von Babnik, Drexler und Thomas (gegen Modlik); in den 1950er Jahren aus der IKÖ ausgeschlossen, weil er entgegen dem IKÖ-Wahlauf Ruf nicht SPÖ, sondern KPÖ gewählt hatte (Drexler hält den Ausschluss rückblickend für einen Fehler).

<sup>43</sup> *Zur Frage der Eintrittstaktik* – von den Genossen Hammer, Kant, Lersé und Luis, 18.11.48, in: *Mitteilungen für die Mitglieder der IKÖ*, Nr.17 (Sondernummer), 20. November 1948

schließlich im so genannten Oktoberstreik von 1950 ausdrückte. Die entgegen gerichteten Tendenzen der reformistischen Integration ins System und der antikommunistischen Blockbildung waren aber deutlich stärker, wodurch eine offene revolutionäre Fraktion in der SPÖ, deren Eliminierung sich die Bürokratie aufgrund der Sympathie von Teilen der Basis nicht so leicht erlauben hätte können, de facto unmöglich war. In der Folge näherten sich Modlik und seine Anhänger/innen immer mehr den Vorstellungen Pablos an.

Ebenfalls im November 1948 verfasste Drexler einen *Diskussionsbeitrag zur Frage des „Entrismus“*,<sup>44</sup> in dem er dem IS Prinzipienlosigkeit vorwarf. Drexler argumentierte dabei allerdings – durchaus in Tradition des Kampfbundes von 1934 – grundsätzlich gegen den Entrismus und trat für ein „Prinzip der organisatorischen Selbständigkeit“ ein. Er meinte, dass sich „Lerse und Co.“ heute noch vom Standpunkt des IS abgrenzten, wodurch sie ihre Prinzipienlosigkeit einschränken wollten, prophezeite aber: „Das wird sich bald ändern, die Fahrt wird schneller werden.“

Auf der zweiten Konferenz der IKÖ Mitte Februar 1949 erreichte die Auseinandersetzung ihren ersten Höhepunkt. Der Mitgliederstand war aufgrund der beiden Abspaltungen 1947 und einiger weiterer Verluste seit der ersten Konferenz gesunken: 66 Vollmitglieder, 21 Kandidat/inn/en und etliche Sympathisant/inn/en. Über die 30-seitige Resolution *Die Lage und ihre Perspektiven* war man sich einig, konstatierte zwar die „politische Konsolidierung der österreichischen Bourgeoisie“, hielt aber eine Zuspitzung der Klassenkampfsituation für unvermeidlich. Zur Resolution *Der Weg zur proletarischen Klassenpartei*, in der es vor allem um die Frage des Entrismus ging, gab es allerdings heftige Differenzen. Babnik, Drexler und Thomas konnten sich schließlich mit sieben zu fünf Delegiertenstimmen durchsetzen. Die Resolution der Mehrheit<sup>45</sup> argumentiert wie folgt:

„Die Beschlüsse des zweiten Weltkongresses unterstreichen mit Recht die objektiv günstigen Bedingungen für unsere revolutionäre Arbeit innerhalb der SP. Aber die ‚Taktik‘, die dabei den Sektionen der IV. Internationale vorgeschlagen wird, ist, soweit sie den totalen Eintritt betrifft, als prinzipiell unzulässig abzulehnen. (...) Der Totaleintritt einer revolutionären Klassenorganisation, einer Sektion der IV. Internationale in eine opportunistische Partei, Organisation, bedeutet die Preisgabe des Prinzips der organisatorischen und letzten Endes auch der politischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Ausgehend von der Erkenntnis, dass weder SP noch Stalinpartei zu gesunden, sondern klassenfremde Parteien und nicht mehr imstand sind, die Interessen der Arbeiterklasse zu verwirklichen, treten die Trotzkisten seit 1934 für die Schaffung einer neuen revolutionären Klassenpartei, Internationale ein.“

Nach dieser Absage an Pablos Ansicht vom revolutionären Potenzial von Stalinismus und Co. werden die Probleme beim Aufbau der 4. Internationale neben den objektiven Ursachen auch auf mangelnde Kaderschulung zurückgeführt, was durch den Entrismus nicht verbessert werde:

„Die ‚Entristen‘ unter Führung des IS wollen das langsame Wachstum und teilweise Stagnieren der einzelnen Sektionen durch Experimentieren und Manövrieren überwinden. Der ‚Entrismus‘ oder Totaleintritt ist so ein Manöver, das der Ungeduld entspringt. (...) Dieselben Ziele, die die ‚Entristen‘ vorgeben, erreichen zu wollen (...), können ohne Preisgabe der revolutionären Organisation durch Fraktionsarbeit erreicht werden. Im Gegenteil, die Existenz der unabhängigen Klassenorganisation kann den Klärungsprozess innerhalb des linken Flügels nur beschleunigen. (...) Denn besonders unter illegalen Bedingungen ist es möglich, dass ein Großteil der Organisation, oder unter Umständen die gesamte Organisation Fraktionsarbeit leistet, wenn es ihr *gleichzeitig* gelingt, die eigene illegale Organisation, das eigene Organ, die eigene Disziplin aufrechtzuerhalten.“ „Da sich Fraktionsarbeit den spezifischen Bedingungen der Umgebung, in der sie geleistet

<sup>44</sup> *Diskussionsbeitrag zur Frage des „Entrismus“* – von Gen. Sachs, 17.11.48, in: ebd.

<sup>45</sup> veröffentlicht in: *Der Spartakist*, Nr.42, März 1949



wird, anpassen muss, (...) ist es doppelt wichtig, die revolutionäre Propaganda in einem unabhängigen Organ aufrechtzuerhalten. In diesem Organ muss sich die unabhängige Organisation von jedem Opportunismus scharf abgrenzen (...). Das beste Rekrutierungsfeld für die revolutionäre Organisation findet sich in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Hier können die Trotzkisten, am Klassenkampf teilnehmend, am günstigsten eine unabhängige Position gegenüber den beiden Verratsparteien wahren.“

Außerdem – so die Mehrheitsresolution – stehe die „Vereinigungspraxis des IS“, von der neben der IKÖ 1946/47 noch einige andere Beispiele angeführt werden, „in engstem Zusammenhang mit dem ‚Entrismus‘“, sie sei „ebenso prinzipienlos wie dieser“:

„Eine Vereinigung zweier Organisationen, die in prinzipiellen Fragen differierende Auffassungen haben, führt nur zu einer Scheineinheit. Diese Scheineinheit bedeutet keine Stärkung der Gesamtbewegung, sondern nur unfruchtbare Fraktionskämpfe und trägt sogar den Keim des vollständigen Zerfalls in sich. (...) Nur solche Vereinigungen können von Dauer und fruchtbar sein, denen eine gründliche Diskussion der Differenzen vorausgegangen ist, bei der eine Einigung in prinzipiellen Fragen erzielt wurde. Die Verpflichtung zur Aktionsdisziplin nach außen genügt nicht, denn Abweichungen in prinzipiellen Fragen verpflichten unter Umständen sogar, die Aktionsdisziplin zu brechen.“

Die vom IS festgestellte „Entpolitisierung unserer Bewegung“ könne jedenfalls durch den Entrismus nur verschlimmert werden. Statt organisatorischer Manöver und rein quantitativer Überlegungen müsse auf die „Verbesserung der Qualität, die verstärkte Politisierung unserer Bewegung“ gesetzt werden.

Damit hatte sich die Mehrheit der IKÖ in deutliche Opposition zu Pablo und dem IS gestellt. Und auch die Minderheit um Modlik war in ihrer Konferenzresolution<sup>46</sup> Anfang 1949 noch nicht völlig auf Pablos Position übergegangen:

„Als *grundlegende* Bedingung zur Durchführung dieser Taktik forderte schon Lenin die *Freiheit, innerhalb der opportunistischen Organisation für das revolutionäre Programm, für die revolutionäre Politik aufzutreten und an der opportunistischen Politik revolutionäre Kritik zu üben.* (...) *Objektiv* muss die Lage eine solche sein, dass die opportunistische Partei, ihre Führung (unter dem Druck ihrer Arbeiterbasis) gezwungen ist, die revolutionäre Propaganda und Kritik in ihren Reihen zuzulassen. Die *subjektiven* Voraussetzungen bestehen vor allem in der politisch-propagandistischen Festigkeit der den Total-eintritt vollziehenden revolutionären Organisation.“

Beim Total-eintritt würde nur die „formale, äußerliche organisatorische Unabhängigkeit“ aufgegeben, die Organisation jedoch niemals wirklich aufgelöst. Es wäre natürlich falsch, die Eintrittstaktik als einziges Mittel zur Schaffung einer revolutionären Partei zu betrachten, sie wäre aber unter den heutigen Bedingungen „ein wichtiges taktisches Mittel“. Außerdem bleibe es natürlich Aufgabe der einzelnen Sektion, die aktuelle Anwendbarkeit zu überprüfen.

Damit lag die Argumentation der österreichischen Entrist/inn/en 1949 weiterhin eher bei Trotzki von 1934 als bei Pablo von 1948/1951. Darüber, ob die recht behutsame Argumentation von Modlik zu diesem Zeitpunkt auch dem Versuch geschuldet ist, sich in der IKÖ die Chance auf eine Mehrheit nicht völlig zu verbauen, kann nur spekuliert werden. Jedenfalls blieben die Entrist/inn/en in der Minderheit, die IKÖ betrieb weiterhin Fraktionsarbeit.

Im Laufe des Jahres 1949 spitzte sich die interne Situation deutlich zu. Im März hatten die IKÖ, zwei Mitglieder der SPÖ-Student/inn/en und Genoss/inn/en der Steiner-Gruppe begonnen, das illegale Fraktionsblatt *Der Sozialist* herauszugeben, mit dem in die SPÖ-Arbeiter/innen/schaft interveniert werden sollte. Nachdem die beiden Studenten bereits nach der ersten Nummer wieder abgesprungen, kündigte die IKÖ-Leitung, die von den Genossen der Mehrheit gestellt wurde,

---

<sup>46</sup> abgedruckt in; *Mitteilungen für die Mitglieder der IKÖ*, Nr.20, 29. März 1949

die *Arbeitsgemeinschaft* mit den Steiner-Leuten, da eine solche nur für den Fall der Einbeziehung von Genoss/inn/en der SPÖ-Basis als sinnvoll erachtet wurde.<sup>47</sup> *Der Sozialist* sollte nun von der IKÖ allein herausgegeben werden. Die Oppositionellen um Modlik betrachteten diese Vorgangsweise als sektiererisch und vermuteten außerdem, dass es der Leitung darum ginge, dem Einfluss der Oppositionellen, die die beiden IKÖ-Vertreter in der *Sozialist*-Redaktion gestellt hatten, in der Intervention in die SPÖ ein Ende zu setzen.

Die Redaktion des *Sozialist* wurde der *Fraktionsarbeitsgemeinschaft*, dem IKÖ-Gremium, in dem die Fraktionsarbeit vorbesprochen wurde, übertragen. Nachdem dann Ende Mai 1949 zwei oppositionelle Genossen aus dieser Fraktionsarbeitsgemeinschaft abgezogen worden waren und der bezahlte Sekretär der IKÖ, der Oppositionelle Gludowatz (i-Name: Louis), seines Postens enthoben worden war, ging die Opposition mit einem *Offenen Brief an die Mitglieder der IKÖ*<sup>48</sup> in die Offensive und warf der Leitung vor, politische Differenzen mit „organisatorischen Maßnahmen“ lösen zu wollen. In ihrer Antwort<sup>49</sup> richtete die Leitung wiederum den Vorwurf an die Opposition, die Mehrheitsbeschlüsse nicht loyal mitzutragen, sondern zu versuchen, schleichend die eigene Linie zu verwirklichen. Außerdem sei es schließlich auch die Ansicht der Opposition, dass umstrittene Interventionsstrukturen mehrheitlich von Genoss/inn/en besetzt sein sollten, die die Organisationslinie vertreten. Die Opposition solle jedenfalls nicht länger die Umsetzung der Konferenzbeschlüsse behindern.

Als dann im Herbst 1949 mehrere linke SPÖ-Mitglieder von außerhalb Wiens, zu denen man durch die Herausgabe des *Sozialist* Kontakt hatte, zum SPÖ-Parteitag nach Wien kamen, sollte Kant/Soucek ein Treffen mit ihnen und mit von der Leitung beauftragten Genoss/inn/en der IKÖ organisieren. Als dieses Treffen nicht zustande kam und Soucek stattdessen die SPÖler/innen zu einem Treffen mit dem inzwischen von jeder Organisationstätigkeit suspendierten Louis<sup>50</sup> und anderen brachte, eskalierte die Situation. Die Leitung betrachtete die Angelegenheit als „nur das letzte Glied einer ganzen Reihe von Disziplinlosigkeiten“ und schloss Soucek und Gludowatz aus der IKÖ aus. Sie erklärte gleichzeitig die Absicht, „sich von allen jenen, die sich mit den anarchistischen Methoden von Kant und Louis fraternisieren sollten, zu trennen“.<sup>51</sup> Als sich die anderen Oppositionellen mit Soucek und Gludowatz solidarisierten, gemeinsam mit Soucek und Gludowatz die *IKÖ (Opposition)* formierten und mit der Herausgabe des *Mitteilungsblattes der Opposition der IKÖ* begannen, schloss die Leitung 17 weitere Genoss/inn/en<sup>52</sup> aus.

---

<sup>47</sup> Die *Protestresolution der Steiner-Gruppe an die Leitung der IKÖ* (gezeichnet von Bach und Bux, beides i-Namen) wurde von der IKÖ-Leitung mit einem Brief *An die Genossen Bach und Bux!* vom 7. Juli 1949 beantwortet.

<sup>48</sup> *Offener Brief an die Mitglieder der IKÖ*, 30. Juni 1949, gezeichnet von: Beer, Fink, Hammer, Kant, Klinger, Louis.

<sup>49</sup> *Antwort der Leitung auf den Offenen Brief der oppositionellen Genossen!*, 9.7. 1949

<sup>50</sup> Louis (d.h. Gludowatz) war wegen einer eigenmächtigen Vervielfältigung von Materialien suspendiert worden. Dass man es damit so genau nahm, lag nicht nur an den Bedingungen der Konspiration in der Illegalität, sondern auch an Materialmangel und an finanziellen Problemen mit der Herstellung von Literatur. Selbst die Parteizeitung, *Der Spartakist*, wurde in einer recht geringen Auflage (nie über 200 Stück) produziert, nur an Angehörige der IKÖ, Sympathisant/inn/en und Kontakte weitergegeben, ein Exemplar oft von mehreren gelesen. Sonstige Texte, etwa interne Materialien, wurden in niedrigen Auflagen produziert und teilweise von einem zum anderen weitergereicht. Louis hatte außerdem die vervielfältigten Texte der Organisation mit einem zusätzlichen Kommentar versehen, der zwar nicht besonders bedeutend gewesen sein dürfte, was aber die Leitung zusätzlich kritisierte.

<sup>51</sup> *An alle Angehörige der IKÖ!*, Die Leitung, 5.11.1949

<sup>52</sup> Es waren dies: Albin, Alma (d.i. Grete Happel/Kraupa, 1907-1990), Beer (d.i. der Drucker Lutz), Fink, Floda, Gabler (d.i. der Beamte Karl Kraupa, 1900-1991), Hammer, Klinger (möglicherweise der Bruder von Lutz), Lerse, Liebert (eine Zahnarztassistentin), Mader (d.i. der Tischler Alois Fuchs), Matev, Most, Osten, Reiter, Santos (d.i. Johanna Soucek), Simon (d.i. der Arzt Dr. Heinrich Schüller); siehe: *An alle Mitglieder der IKÖ!*, Die Leitung, 12.11.1949

Im *Mitteilungsblatt der IKÖ (O)*, das sich ausschließlich an Mitglieder und Kandidat/inn/en der IKÖ richtete, wurden die Ausschlüsse von Soucek und Gludowatz als „Fraktionsbeschluss“ der Leitung bezeichnet, die Verletzung der Statuten durch die Leitung<sup>53</sup> kritisiert. Die Oppositionellen stellten außerdem fest, dass sie „sich nach wie vor als der IKÖ, Sektion der IV. Internationale in Österreich, angehörig“<sup>54</sup> betrachteten. Die Oppositionellen machten die Leitung für die Spaltung verantwortlich und gingen insgesamt in die Offensive – mit einer wiederholten Darstellung ihres Standpunktes, mit Aufforderungen zur Kooperation und mit einer hartnäckigen Propaganda für den Totaleintritt in die SPÖ: Beim Totaleintritt gehe es auch um die Überwindung der nur individuellen Rekrutierung (über die Propaganda in den Betrieben) und der Schulung in isolierten Zirkeln, um die Umwandlung der Organisation in eine revolutionäre Kampforganisation in Form einer geheimen Fraktion in der SPÖ. Es war zwar weiterhin davon die Rede, dass sich das politische Auftreten „dabei natürlich in der von unserem Übergangsprogramm vorgezeichneten Richtung bewegen“ werde, die notwendige Freiheit der revolutionären Propaganda und Kritik wird allerdings nicht mehr erwähnt.<sup>55</sup>

Dass die Opposition zu dieser Offensive, die ihr die Unterstützung einiger weiterer Genoss/inn/en einbrachte, in der Lage war, lag wohl nicht nur daran, dass sie mit Modlik über den erfahrensten politischen Kader der IKÖ verfügte, sondern auch daran, dass sie – praktisch und psychologisch – auf die Rückendeckung des IS rechnen konnte. Letzteres war aufgrund der politischen Positionen evident und hatte sich auch bereits in einem Brief des Internationalen Sekretariats (IS) an die IKÖ vom 1. Oktober 1949 – also vor den Ausschlüssen – ausgedrückt. In diesem Brief, den die IKÖ-Leitung vorerst nur einem Teil der Mitgliedschaft zugänglich gemacht hatte, wird einerseits die ungeduldige und undisziplinierte Haltung der Minderheit kritisiert, andererseits die Suspendierung von Gludowatz als schwerer Fehler betrachtet. Als letztlisches Mittel zur Überwindung der Probleme wird aber schlussendlich die Konzentration aller Kräfte auf den Totaleintritt eingeschätzt – und damit die Opposition unterstützt.

Am 24. November 1949 hatte sich die Opposition erstmals direkt an das IS gewandt. Darin wurde die eigene Sichtweise der Ereignisse dargestellt, die Befürwortung des Totaleintritts betont und eine „Konferenz der *gesamten* österreichischen Sektion“ vorgeschlagen, zu deren Zustandekommen das IS beitragen solle. Ein zweiter Brief folgte Mitte Dezember, ein dritter am 28. Dezember, der vom IS eine rasche Intervention forderte, die der Opposition „eine selbständige Aktion auf dem Boden der Beschlüsse des Weltkongresses und des IEK gestatten“<sup>56</sup> müsse. Das IS antwortete am 12. Jänner 1950 – durchaus im Sinne der Opposition:

„Das IS hat die Ausschlüsse, die die Leitung durchgeführt hat, einstimmig und schärfstens gerügt. Es rügt diese Ausschlüsse umso mehr, als sie gegen den ausdrücklichen Wunsch und Rat des IS stattfanden und dadurch als eine Nichtbeachtung der internationalen Führung angesehen werden können. (...) stellt das IS fest, dass diese Ausschlüsse (...) einen Bruch mit allen Traditionen und dem Wortlaut der Statuten unserer Bewegung darstellen. (...) Sie bedeuteten (...) einen Schlag gegen die Interessen unserer Bewegung in Österreich und in ganz Europa.“

Am nächsten IEK solle unter Teilnahme von Vertretern beider Seiten die österreichische Krise besprochen werden. Die Entscheidungen des IEK würden für beiden Seiten bindend sein. Zur

---

<sup>53</sup> Das in Punkt 18 der IKÖ-Statuten festgeschriebene Recht auf ein Schiedsgericht wurde Soucek und Gludowatz vorenthalten.

<sup>54</sup> *Erklärung der Opposition der IKÖ* von der provisorischen Oppositionsleitung (Fink, Hammer, Kant, Klinger, Lers, Louis, Simon), 10.11.1949, in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.1, 11. November 1949

<sup>55</sup> siehe die Beiträge von Louis und Lers in *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.3, 9. Dezember 1949

<sup>56</sup> Brief der provisorischen Oppositionsleitung an das IS vom 28. Dezember; zitiert nach: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.6, 25. Feber 1950

Vorbereitung für die IEK-Mitglieder forderte das IS von beiden Seiten zusammenfassende Darstellungen ihrer Positionen an.

Die Leitung schickte das 23-seitige Dokument *Eine notwendige Zwischenbilanz*<sup>57</sup> ein, das gleichzeitig auch ihre umfassende Antwort auf die Offensive der Opposition darstellte:

„Wenn wir sagen, dass der Kern der kommenden Klassenpartei sich nicht mit revolutionsfremden Parteien oder Gruppen vermischen darf, so bezieht sich das selbstverständlich auf diesen Kern als Organisation, nicht aber auf die Tätigkeit ihrer Mitglieder. (...) Der Entrismus ist nicht identisch mit der notwendigen Durchsetzung opportunistischer Arbeiterorganisationen mit Trotzlisten, sondern er ist in der Praxis die Vereinigung der revolutionären Organisation mit der opportunistischen; er führt zur Liquidierung der revolutionären Organisation und zur Preisgabe ihres Programms.“

Auch wenn auch hier wieder auf den Entrismus an sich verallgemeinert – und damit Entrismus unter jeglichen Bedingungen prinzipiell abgelehnt – wird, so ist die obige Darstellung der Konzeption Pablos durchaus nicht völlig unzutreffend.

Die IKÖ-Leitung weiter: „Unsere Kritiker übersehen die Wechselbeziehung zwischen dem objektiven Stand des Klassenkampfes und der Herausbildung des subjektiven Faktors – der Partei.“ Den Entrismus mit dem Erfolg der amerikanischen SWP in den 30er Jahren zu rechtfertigen, sei unsinnig, da damals in den USA ein Aufschwung der Arbeiterbewegung stattgefunden hätte, durch den Fortschritte im Aufbau der revolutionären Partei ermöglicht worden seien (unabhängig vom Entrismus). Die objektiven Bedingungen seien in Österreich völlig andere, die europäische Arbeiterbewegung hätte die Stagnation nicht überwunden, der ideologische Druck auf die Revolutionäre sei besonders groß. Man müsse davon ausgehen, was ist. Deshalb sei es nötig, sich besonders eng zusammenzuschließen, die Genossen auf dem Boden des revolutionären Programms zu Kadern zu erziehen, die Kontinuität der revolutionären Führung zu sichern und so die Voraussetzung für größere Erfolge nach einer Veränderung der objektiven Bedingungen zu schaffen. Das hätte nichts mit Pessimismus, sondern mit Ausdauer und Weitblick zu tun. In Wahrheit würde das Schaffen von Illusionen, die dann letztlich an der Wirklichkeit zerschellen, den Pessimismus erzeugen.

Während die Minderheit um Modlik sicher den initiativeren Teil der IKÖ darstellte, erkannte die Mehrheit wesentlich eindeutiger den Zusammenhang zwischen der objektiven Situation und den Möglichkeiten von revolutionärer Tätigkeit in reformistischen Organisationen. Und vor allem hatte die IKÖ-Strömung um Babnik, Drexler und Thomas – obwohl auch sie von einer unvermeidlichen Zuspitzung der Klassenkämpfe ausging – doch eine deutlich realistischere Einschätzung der österreichischen und europäischen Wirklichkeit als Modlik (und Pablo). In einem späteren Rückblick hält die Leitung außerdem fest, dass sie sich darüber im Klaren gewesen sei,

„dass die lang andauernde Stagnation innerhalb der österreichischen Arbeiterklasse sich auch auf die Entwicklung unserer Organisation auswirkte, dass die Bestrebungen der Opposition nichts anderes waren als das Nichtwahrhabenwollen oder Nichtverstehen dieser Tatsache, dass ihre Politik nichts anderes ist als der Versuch über den eigenen Schatten zu springen.“<sup>58</sup>

Bezüglich der Ausschlüsse heißt es in der *notwendigen Zwischenbilanz*:

„Das IS irrt, wenn es meint, dass unsere Beschlüsse gegen die Entristen dem Bestreben entspringen, die politische Diskussion zu unterbinden und durch die Anwendung organisatorisch-administrativer Maßnahmen zu unseren Gunsten zu entscheiden. (...) statt die Leitung in der praktischen Organisationsarbeit zu unterstützen, begannen sofort nach der

---

<sup>57</sup> *Eine notwendige Zwischenbilanz*, Die Leitung, 28.1.1950, in: *Der Spartakist* Sondernummer Ende Jänner 1950 („Nur für Angehörige der IV. Internationale“)

<sup>58</sup> *Protokoll der III. Konferenz der IKÖ* (7./8. Juli 1951), Bericht der Leitung an die Konferenz

Konferenz einige ‚führende‘ Entristen, eine Praxis zu entfalten, die nicht anders denn als Sabotage der Organisationsarbeit zu werten und die mit den größten Disziplinbrüchen verbunden war.“

Es wäre auf die Dauer unmöglich gewesen, dem mit verschränkten Armen zuzusehen. Schließlich attackiert das Papier der Leitung den Kurs des IS: Es sei beim IS und der Opposition zwar davon die Rede, dass „kein Jota des revolutionären Programms preisgegeben“ werde. In der Praxis des Entrismus des IS, beispielsweise bei der Eintrittserklärung der RCP-Mehrheit, sei davon aber nichts zu merken. Die „Eintrittstaktik“ des IS hätte dort, wo sie nicht zur völligen organisatorischen Liquidierung geführt habe, das ideologische Niveau der Avantgarde gesenkt, was „sich in den oft krassen Schwankungen ganzer Sektionen (und des IS selbst) in der Richtung zum Sozialdemokratismus oder Stalinismus“ geäußert habe.

Die Politik des IS führe zur Tendenz, die Quantität der Arbeit über die Qualität zu stellen, was wiederum unvermeidlich zum Praktizismus führe. Außerdem würde auf die Propaganda der revolutionären Endlosungen verzichtet. Dem IS komme es hauptsächlich auf das formale Bekenntnis zur 4. Internationale an, es verwische politische Gegensätze – wie man nicht nur an der vom IS gepushten Vereinigung der IKÖ mit dem Kampfbund-Rest sehen könne, sondern auch an geplanten Vereinigungen mit allen möglichen „Konfusionisten“ in Deutschland und anderen Ländern. Außerdem wurden „die Anbiederungsversuche an den ungeratenen Sprössling der russischen Stalinbürokratie, die Titoclique“, <sup>59</sup> angeprangert. Die IKÖ dürfe sich jedenfalls nicht vom IS überreden lassen, sondern müsse im Gegenteil der ganzen Internationale helfen, die gegenwärtige Linie zu überwinden. Damit dürften für das IS die letzten Unklarheiten beseitigt gewesen sein.

Das Papier der Opposition an das IEK – *Zur Lage in der österreichischen Sektion der Vierten Internationale*<sup>60</sup> – fasste die Entwicklung des Konfliktes aus der Sicht der Opposition zusammen: Die zweite Konferenz der IKÖ hätte zwar die allgemeine Orientierung auf die SPÖ bestätigt, die Mehrheit hätte aber auf den „Methoden der nur individuellen Rekrutierung und der abstrakten Schulung in isolierten Zellen“ beharrt. „Selbst die etwas verbreiterte schriftliche Propaganda sollte nach ihrer Ansicht lediglich die individuelle Propaganda erleichtern. Die Eintrittstaktik lehnte sie nach wie vor als prinzipienloses Liquidatorentum entschieden ab.“ Nach diesem politischen Signal an das IS ging die Opposition aber jetzt noch einen Schritt weiter und deutete dem IS mit einer Selbstkritik die Bereitschaft an, der internationalen Linie noch weiter entgegenzukommen: Der in der Mehrheitsresolution „zum Ausdruck kommende prinzipienlose Versuch, zwischen dem Sektierertum und einer Aktivität auf der Linie der Beschlüsse unseres zweiten Weltkongresses zu vermitteln, erschwerte die politische Klärung ungemein. Eine hemmende Rolle spielte ferner der Umstand, dass auch die Minderheit nicht ganz frei von Empirismus war.“ Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass sich die Opposition, die es in organisierter Weise im übrigen erst seit Herbst 1949 gäbe, für die Verbreitung des Offenen Briefes des IS an die KPJ stark gemacht habe – was allerdings an der IKÖ-Mehrheit gescheitert sei.

Nachdem man sich damit endgültig als verlässlicher Parteigänger der Pabloschen Linie ausgewiesen hatte, wurde – im Bewusstsein, dass das IS nicht mit seinen Anhängern brechen werde – auf die Bedeutung des neuerlichen Briefes der Opposition an das IS vom 21. Jänner 1950 hingewiesen: „Er schließt die mit der Spaltung vom 5. November eröffnete Etappe unseres oppositionellen Kampfes ab und bildet den Ausgangspunkt zu einer selbständigen Aktivität der Opposition nach außen.“ Man nehme auf die Leitung der IKÖ keine Rücksicht mehr, sei aber zu Zusammenarbeit bereit. Zu diesem Handeln werde man gezwungen, weil man durch die

---

<sup>59</sup> siehe dazu weiter unten.

<sup>60</sup> *Zur Lage der österreichischen Sektion der Vierten Internationale*, Die provisorische Leitung der Opposition der IKÖ, 23. Feber 1950; in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.6, 25. Feber 1950

Leitung nicht als Opposition anerkannt werde. „Nach der Lage der Dinge ist nunmehr die selbständige Aktion der Opposition nach außen die einzige reale Möglichkeit für eine durchgreifende Umbewaffnung, Umorientierung und Erneuerung der österreichischen trotzkistischen Bewegung.“ Die „bei uns seit je herrschende abstrakte Erziehung“<sup>61</sup> stelle das eigentliche Hindernis für die Durchsetzung der Linie des IS dar. Die entscheidende Ursache der Spaltung der IKÖ liege jedenfalls „nicht in der ‚Nervosität‘, ‚Ungeduld‘, ‚Unerfahrenheit‘ oder ‚Unreife‘ auf dieser oder jener oder auf beiden Seiten, sondern die Spaltung vom 5. November war letzten Endes eine zwangsläufige Folge des Sektierertums bzw. seiner speziell österreichischen Variation!“ Mit dieser leichten Kritik am Brief des IS vom 1. Oktober sollte – in Kombination mit einer politischen Loyalitätserklärung – das IS zu einer noch eindeutigeren Stellungnahme zugunsten der Opposition bewegt werden. Dementsprechend der abschließende Appell: „Was den Eintritt in die SPÖ betrifft, so ist es nach unserer Ansicht eine dringende Aufgabe der Internationale, uns diese Tätigkeit unter ihrer direkten Disziplin zu gestatten.“

Im April 1950 fand schließlich in Paris das 8. Plenum des IEK statt. Nach vorausgegangenen Verhandlungen, an denen auch Drexler für die IKÖ und Modlik für die IKÖ (O) teilgenommen hatten,<sup>62</sup> wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Zur Überwindung der Spaltung in der österreichischen Sektion beschließt das IEK wie folgt: 1) Die IKÖ bleiben die offizielle Sektion der IV. Internationale in Österreich. Diese ist allein berechtigt, in deren Namen und als deren Sektion zu handeln in diesem Lande. 2) Die Opposition wird zur an die IV. Internationale angeschlossenen Gruppe erklärt bis zur definitiven Regelung der österreichischen Frage am nächsten Plenum oder spätestens am nächsten Weltkongress. Sie hat das Recht, die Fraktionsarbeit in der SP nach ihren eigenen Auffassungen durchzuführen. 3) Das IEK beauftragt das IS, ein internes Bulletin herauszugeben, in welchem das IS, die IKÖ und die Opposition ihre Standpunkte der ganzen Internationale darlegen. Gleichzeitig verpflichten sich die IKÖ und die Opposition, die Diskussion über ihre Differenzen wieder aufzunehmen, am Beginne durch eine schriftliche Diskussion. 4) Nachdem eine gründliche Diskussion und die Überprüfung der Standpunkte durch die beiden Organisationen im Licht der eigenen Erfahrung stattgefunden hat, wird das 9. Plenum oder spätestens der nächste Weltkongress eine endgültige Entscheidung in der österreichischen Frage treffen.“<sup>63</sup>

Das IS fügte in einer Erklärung hinzu, dass diese Resolution keineswegs eine Anerkennung der Ausschlüsse bedeute. Drexler erklärte, dass er ohne Optimismus und nur, um eine ernsthaft vorbereitete Diskussion in der internationalen Führung zu ermöglichen, für die Resolution gestimmt habe. Auch würde dadurch die Opposition durch die IKÖ nicht anerkannt. Modlik erklärte, dass die Resolution zwar nur provisorisch sein könne, dass sie aber für die Opposition

---

<sup>61</sup> Inwieweit damit nur die im österreichischen Trotzkismus tatsächlich vorhandenen, aus der Frey-Tradition und der langjährigen konspirativen Existenz stammenden dogmatischen Züge als Hindernisse für Pablos *Entrismus sui generis* betrachtet werden – oder auch das marxistisch-trotzkistische politische Fundament der trotzkistischen Kader in Österreich –, sei der Interpretation durch die Leser/innen überlassen.

<sup>62</sup> Drexler und Modlik waren generell die österreichischen Vertreter im IEK. Auch vor der Spaltung nahmen entweder beide oder – aus finanziellen Gründen – abwechselnd einer von ihnen an den IEK-Sitzungen teil. Bei den Gesprächen im Vorfeld des 8. Plenums des IEK war Mandel – so die Erinnerung von Drexler – sehr überrascht, dass die unabhängig voneinander gemachten Auskünfte der Kontrahenten über die Mitglieder- und Kandidat/inn/enzahlen beider Gruppen so exakt übereinstimmten. Das war ihm noch nie zuvor vorgekommen, da bei solchen Gelegenheit oftmals etwas zu eigenen Gunsten gemogelt wurde. Bei Drexler und Modlik schlug hier wohl noch die Genauigkeit der Frey-Tradition durch.

<sup>63</sup> Beschluss des 8. Plenums des IEK zur österreichischen Frage, April 1950; in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.8, August 1950

einen Fortschritt darstelle. Sie erlaube, dass sich durch die kommenden praktischen Erfahrungen der Standpunkt der Opposition vollständig bestätigen werde. Die Haltung Drexlers bezeichnete er als Fortschritt, da dieser den angeblich „beabsichtigten Bruch mit der IV. Internationale nicht vollzog“<sup>64</sup> – wohl ein weiterer Versuch, die Opposition beim IS als die geeignetere Vertretung der Internationale in Österreich anzupreisen.

Der IEK-Beschluss stellte einen eindeutigen Erfolg für die Opposition dar – sie wurde als Teil der Internationale anerkannt und berechtigt, nach ihren eigenen Vorstellungen zu intervenieren. Ausschlaggebend für die ungewöhnliche Entscheidung, in einem Land zwei konkurrierende Gruppen der Internationale zuzulassen, war klarerweise die politische Nähe des IS zur Opposition. Die Opposition war nach dem IEK gestärkt, die IKÖ politisch isoliert und in die Defensive gedrängt. Die Leitung der Opposition kostete den Erfolg auch dementsprechend aus: Man habe „im Interesse der Internationale noch Geduld. Freilich nicht für unbeschränkte Zeit. Sollte auch die Sprache der Ereignisse und Tatsachen von der IKÖ-Leitung überhört werden, dann wird die Zeit für entscheidende Schritte gekommen sein. Wir sind eine internationale Partei und in ihr entscheidet nicht die mehr oder weniger zufällige Mehrheit in dieser oder jener nationalen Sektion, sondern jene Mehrheit, die sich im internationalen Maßstab ergibt.“<sup>65</sup>

Mit der in Punkt 3 der IEK-Resolution beschlossenen Diskussion über die Differenzen dürften es vorerst beide Gruppen nicht besonders ernst genommen haben. Bis zum Weltkongress im September 1951 war davon kaum etwas zu merken. Auch wenn es weiter zu Schlagabtauschen kam, setzten im Wesentlichen beide Gruppen darauf, vorerst einmal ihre Perspektiven – unabhängig von den anderen – in die Tat umzusetzen. Die IKÖ (O) nahm sich diesbezüglich auch kein Blatt vor den Mund: „Die Zeit bis zur endgültigen Entscheidung der Internationale gibt jeder der beiden Gruppen Gelegenheit, die Richtigkeit ihrer Anschauungen in der Praxis nachzuweisen. (...) Der Worte sind genug gefallen, denken wir.“<sup>66</sup>

### Wiedervereinigung unter der Ägide der Internationale

Vom Frühjahr 1950 bis zum Sommer 1951 konzentrierten sich die beiden Teile der österreichischen Sektion also auf die Umsetzung ihrer jeweiligen Perspektive. Die IKÖ setzte auf individuelle Propaganda und Rekrutierung in Betrieben und durch die Fraktionsarbeit, auf Schulung der Kader und Stabilisierung der durch die Spaltung geschwächten Organisation. Die IKÖ (O) – von der Mehrheit auch als *Aktivisten* bezeichnet – begann mit ihrem Entrismus in der SPÖ und gab weiter ihr *Mitteilungsblatt* heraus, das sich vor allem durch die Publikation verschiedener Texte Pablos – so wie *Der Spartakist* – mit verschiedenen internationalen Fragen (zum Beispiel dem Koreakrieg) beschäftigte. Gestützt auf die Einschätzungen des IEK erwartete die Opposition eine Zuspitzung der internationalen Lage und der Klassenkämpfe in Österreich:

„Gescheitert bei seinen vielfachen Versuchen, die der Imperialismus seit dem letzten Krieg gemacht hat, um den Verfall seines Weltsystems aufzuhalten und sein Gleichgewicht wieder herzustellen, bedroht von einer neuen Krise der Überproduktion, setzt er heute die beschleunigte militärische und politische Vorbereitung eines neuen Weltkrieges in Gang.“<sup>67</sup>

In der Tendenz stimmten beide Teile der österreichischen Sektion dieser Einschätzung zu – für die Opposition galt das aber in noch ausgeprägterer Weise, da sie wie das IS daraus ja auch ihre

---

<sup>64</sup> ebd.

<sup>65</sup> Vorbemerkung der Leitung der Opposition der IKÖ zum Beschluss des 8. Plenums des IEK, in: ebd.

<sup>66</sup> ebd.

<sup>67</sup> *Thesen über die internationalen Perspektiven und den Kurs der Bewegung der IV. Internationale*, beschlossen vom 9. Plenum des IEK im Dezember 1950, in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.10, Februar 1951

Perspektive ableitete. Durch den Koreakrieg fühlte sich die Opposition in ihrer Sichtweise weiter bestärkt.

Im Frühjahr 1951 gab es jedenfalls einen neuerlichen Kontakt zwischen der IKÖ-Leitung und dem IS, „wobei auch eine Aussprache zwischen den Genossen des IS, unseren Genossen und den Genossen unserer ehemaligen Opposition stattfand“.<sup>68</sup> Dass sich mittlerweile auch die Opposition von Soucek und Gludowatz getrennt hatte, wurde von der IKÖ als Bestätigung ihrer Haltung gegenüber den beiden aufgefasst – außerdem wurde damit ein nicht unwesentliches Problem für eine Wiederannäherung reduziert. „Ferner wurden bei dieser Gelegenheit mit den Genossen der ehemaligen Opposition fallweise Aussprachen bezüglich einer gemeinsamen Linie in der Fraktionsarbeit in der S.P. vereinbart.“<sup>69</sup>

Anfang Juli 1951 fand dann die 3. Konferenz der IKÖ statt. Aus dem Bericht der Leitung (Babnik, Drexler, Thomas) geht hervor, dass die IKÖ zu diesem Zeitpunkt 32 Vollmitglieder, sieben Kandidat/inn/en und acht Sympathisierende organisierte<sup>70</sup> und dass nach der Spaltung die Zellenleiter/innen/besprechungen die Gebietsleitungen, die bisherige Verbindung zwischen Leitung und Zellen, ersetzt hatten. Die Leitungstätigkeit vor der Spaltung wird als insofern unfruchtbar bilanziert, „als wir uns praktisch nur damit zu beschäftigen hatten, uns mit den Vorschlägen und Anträgen der Opposition auseinanderzusetzen, deren Inhalt darin bestand, von hintenherum der Organisation ihre politische Linie aufzuzwingen“.<sup>71</sup> Als die Opposition gemerkt habe, dass sie auch damit nicht durchkomme, habe sie zunehmend zu Disziplinbrüchen gegriffen, was zur Spaltung geführt habe. Es müsse aber auch ausgesprochen werden, dass nicht alle Genoss/inn/en, die die Mehrheit unterstützten, das aus einem klaren Verständnis der falschen Linie der Opposition taten, sondern „aus einer gewissen Müdigkeit oder Bequemlichkeit heraus. Sie sahen in der Differenz nichts anderes, als bei der Opposition eine maximale und bei uns eine minimale Tätigkeit.“<sup>72</sup> Die von Drexler vorgestellte und einstimmig angenommene Resolution *Die IKÖ und die „Opposition“* trat für die Fortsetzung der „Zusammenarbeit in technischen Fragen, in Fragen der Konspiration und in der Fraktionsarbeit“ ein, wobei sich die Opposition dabei strikter an die Abmachungen des 8. Plenums des IEK halten müsse, und forderte von der IKÖ (O) eine offene Selbstkritik in der Frage des Ausschlusses von Soucek und Gludowatz. Die Frage des Wiedereintritts der Opposition sei aber vor allem eine politische, weshalb es sich um einen Prozess handle und die IKÖ die Einigungspraxis des IS ablehne – der Rat der Internationale sei zwar willkommen, man wolle sich aber vom IS nichts aufzwingen lassen.<sup>73</sup>

Laut Leitungsbericht habe man in der Fraktionsarbeit wichtige Erfahrungen gesammelt. Die Erfolge des *Sozialist* seien zufriedenstellend, jedenfalls sei er bei Teilen der fortschrittlichen SP-Arbeiter bekannt und nicht ohne Wirkung. Personelle Gewinne aus der SPÖ waren aber ausgeblieben – wobei es der Opposition da nicht besser ging. Die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der IKÖ wurde durch die so genannte *gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft* koordiniert, die sich vor allem mit aktuellen Tagesfragen und der Situation in den einzelnen Betrieben beschäftigte. Im Frühjahr 1950 war allerdings die IKÖ-Flugschrift *Der revolutionäre Betriebsarbeiter*, die seit dem Schuharbeiter/innen/streik 1948<sup>74</sup> herausgegeben worden war, eingestellt worden. Aufgrund der beschränkten personellen Kräfte und finanziellen Mittel konzentrierte man sich jetzt lieber auf den – ebenfalls illegalen – *Sozialist*. Nach einer kurzen Einschätzung

<sup>68</sup> Bericht der Leitung der IKÖ an die 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951

<sup>69</sup> ebd.

<sup>70</sup> Die IKÖ (O) dürfte im Sommer vor dem 3. Weltkongress etwa über 25 Vollmitglieder plus einige Kandidat/inn/en und Sympathisant/inn/en verfügt haben.

<sup>71</sup> Bericht der Leitung der IKÖ an die 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951

<sup>72</sup> ebd.

<sup>73</sup> siehe Resolution: *Die IKÖ und die „Opposition“*, beschlossen auf der 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951, in: *Interne Mitteilungen*, Nr.31, Juli 1951

<sup>74</sup> siehe unten



des Oktoberstreiks 1950<sup>75</sup> schloss die Leitung bilanzierend ab, dass es als Erfolg zu werten sei, dass es gelungen sei, die Organisation über einen kritischen Punkt hinwegzubringen.

Als Ergebnis der Vorbereitungsdiskussion zum 3. Weltkongress der 4. Internationale wurde eine Resolution zu den *Thesen über die internationalen Perspektiven und den Kurs der Bewegung der 4. Internationale* beschlossen – ebenso einstimmig wie eindeutig: Die darin vorgegebene Linie des Totaleintritts sei nicht nur zu allgemein, sondern auch opportunistisch, weil sie die Preisgabe der unabhängigen Organisation und des Programms bedeute. Das würde zwar nicht offen ausgesprochen, die Totaleintritte in England, Indien und Belgien würden es aber beweisen. Die Arbeit in opportunistischen Parteien und in den Gewerkschaften sei notwendig. Die Sektionen müssten diese Arbeit aber „mit der Notwendigkeit der Auslese und Schulung eigener Kader verbinden und sie dieser unterordnen. (...) Ungeduld wird hier ebenso schaden wie borniertes Sektierertum, das mit einer von Stalinisten oder Reformisten geführten Bewegung überhaupt nichts zu tun haben will.“<sup>76</sup> In den Ländern des Glacis sei bezüglich der Stalinparteien größte Vorsicht geboten, da die Trotzist/inn/en mit der physischen Ausrottung bedroht seien. In den asiatischen Ländern bestehe aufgrund der Linie der Thesen die Gefahr, dass die Sektionen lediglich zu Linksoptionen der stalinistischen Parteien würden, dass jene Politik fortgesetzt würde, die die 4. Internationale zeitweilig zu einem politischen Anhängsel des Titoismus gemacht habe. Insgesamt behauptete also die IKÖ ihre politischen Positionen gegenüber der Linie der Opposition und des IS weiter.<sup>77</sup>

Die IKÖ (O) war damit klarerweise wenig zufrieden. In ihrem Beitrag *Vorwärts zur Schlussbilanz!* wirft sie der IKÖ vor, für die internationale Diskussion erneut die *Notwendige Zwischenbilanz* vom Jänner 1950 vorgelegt zu haben und „die Erfahrungen von mindestens fünfzehn Monaten entrüsteter Arbeit einfach zu ignorieren“.<sup>78</sup> Anschließend wird erneut die dringende Notwendigkeit des Entrismus hervorgehoben, denn „die objektiven Bedingungen zehren am Mark des Reformismus“<sup>79</sup>. Die IKÖ würde die gewaltigen Fortschritte der kolonialen Revolution vergessen, „jenen Hauptfaktor, der heute die Basis des Imperialismus entscheidend untergräbt“, sie sehe „Europa grau in grau“ und zeige damit zur Genüge, „dass sie den wahrhaft revolutionären Charakter unserer Epoche nicht zu erfassen imstande“ sei. Der revolutionäre Optimismus der Opposition sei

„die Widerspiegelung einer sozialen Wirklichkeit, die überreichlich mit Explosivstoffen geladen ist. (...) Der dritte Weltkrieg, sollte er nicht durch revolutionäre Erschütterungen verhindert werden, wird die Doppelnatur von Krieg und Revolution zeigen, noch viel entschiedener, als dies das Ende der beiden früheren Weltkriege zeigte. Was damals am Ende stand, die revolutionäre Massenbewegung, wird beim kommenden Krieg am Beginn stehen. (siehe M Pablo: ‚Wohin gehen wir?‘, wo das sehr gut gesagt wird.) Darauf bereiten wir uns vor, das ist unsere Prognose. Sie hat mit dem sich als Nüchternheit ausgebenden Skeptizismus der IKÖ nichts gemein!“<sup>80</sup>

Da Vertreter der IKÖ-Mehrheit – möglicherweise als Versuch, die Konfrontation mit dem IS vor dem Kongress nicht völlig zu eskalieren – neuestens gemeint hätten, dass zwischen Fraktionsarbeit und Entrismus in der Praxis kaum ein Unterschied bestehe und die Opposition ja in

---

<sup>75</sup> siehe unten

<sup>76</sup> Resolution zu den *Thesen über die internationalen Perspektiven und den Kurs der Bewegung der IV. Internationale*, beschlossen auf der 3. Konferenz der IKÖ, in: *Interne Mitteilungen*, Nr.31, Juli 1951

<sup>77</sup> Am Ende der Konferenz wurde eine fünfköpfige Leitung gewählt, der neben Drexler, Thomas und Heger (i-Name) auch Friedrich (i-Name von Franz Pokorny) und erstmals Ottinger (i-Name des Gerngross-Verkäufers Skritek, Bruder des SPÖ-Nationalratsabgeordneten Otto Skritek, von 1945 bis zum Ende der IKÖ 1963 dabei) angehörte.

<sup>78</sup> *Vorwärts zur Schlussbilanz – Antwort auf die „Notwendige Zwischenbilanz“ der IKÖ*, Die Leitung der IKÖ (O), Juni 1951, in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Juli 1951

<sup>79</sup> ebd.

<sup>80</sup> ebd.

Wirklichkeit auch Fraktionsarbeit betreibe, wurde der Unterschied aus der Sicht der Opposition erneut zusammengefasst:

„Die ‚Fraktionsarbeit‘ der IKÖ ist natürlich in Wahrheit nur Anhängsel der individuellen Propaganda, die für sie das Um und Auf ist. (...) Für die entristische Taktik ist die Gewinnung von einzelnen Arbeitern, ihre Aufnahme in die revolutionäre Organisation Nebenprodukt der Tätigkeit, die sich auf die Schaffung eines ersten linken Flügels in der opportunistischen Partei konzentriert.“<sup>81</sup>

Am 3. Weltkongress der 4. Internationale im September 1951 wurde schließlich die von der Österreich-Kommission vorgeschlagene *Resolution zur österreichischen Frage* beschlossen. Sie verzichtete auf eine massive Hervorhebung der erwarteten revolutionären Zuspitzung ebenso wie auf die Begriffe *Entrismus* oder *Totaleintritt*, stimmte aber in sämtlichen inhaltlichen Punkten mit den Positionen der IKÖ (O) überein – ja es wurde sogar betont, nicht offen mit dem revolutionären Programm aufzutreten. Da dieser Resolution für die Zukunft der IKÖ entscheidende Bedeutung zukommen sollte, sei sie hier im vollen Wortlaut wiedergegeben:

- „1. Beide Gruppen sind der Ansicht, dass sich jede Verschärfung der Klassenkämpfe in Österreich vor allem in der Verschärfung der inneren Gegensätze der SPÖ ausdrückt, weil diese auf Grund ihrer historischen Entwicklung und infolge der Erfahrungen der österreichischen Arbeiter mit der Stalinpartei die große Mehrheit des Proletariats [umfasst].
2. Aus diesem Grund wird von beiden Organisationsteilen anerkannt, dass sich ihre Kraft auf die SP-Arbeiter zu konzentrieren hat. Das bedeutet Arbeit in den SP-Sektionen, in der SJ sowie in der SP-Betriebsarbeiterschaft.
3. Die Arbeit in der SP ist so zu führen, dass sie die Schaffung einer breiten linken Strömung innerhalb der Partei mit dem Ziel der Herausbildung eines linken Flügels fördert und unterstützt. Dieser linke Flügel soll die Erfahrungen und den Kampfeswillen breiterer Schichten der Arbeiterklasse ausdrücken und wird nur einen ersten Schritt in Richtung zum revolutionären Programm tun können. Den Aufgaben, die sich aus dieser Orientierung ergeben, sind alle anderen (die individuelle Rekrutierung für die eigene Organisation beispielsweise) unterzuordnen. Im Verlaufe der Bildung und Entwicklung dieses linken Flügels wird sich ein reales Arbeitsfeld auch für das Wachstum der eigenen Organisation ergeben.
4. Die erfolgreiche Verwirklichung der dargelegten Orientierung erfordert, dass die Mehrzahl der Mitglieder beider Teile der Organisation Mitglieder der SP oder der SJ werden und sich aktiv an der Arbeit dieser Organisation beteiligen. Ausnahmen sind bei Genossen möglich, bei denen persönliche Gründe oder die Notwendigkeiten für das Funktionieren der eigenen Organisation der Arbeit in der SP entgegenstehen. Die Arbeit unserer Mitglieder in der SP wird unter der festen Anleitung der Führungen der beiden Teile der Organisation erfolgen.
5. Die Aktivität unserer Mitglieder in der SP wird folgenden Richtlinien folgen: a) Kein Auftreten als Trotzlisten mit unserem vollen Programm. b) Keine programmatischen und prinzipiellen Fragen in den Vordergrund stellen. c) Am jeweiligen Bewusstseinsniveau der Arbeiter in den verschiedenen Aktivitätsbereichen anknüpfen und die Gefahr der Isolierung durch zu weites Vorpreschen vermeiden. d) Vorantreiben der Differenzierung in der Partei mit Hilfe der zentralen Tagesfragen, für die eine breitere Schicht von Arbeitern zu kämpfen bereit ist (Löhne und Preise, Mieten, Koalitionspolitik etc.). e) Vorantreiben und Ermutigen von linksorientierten Splern, die von uns beeinflusst ein breiteres Umfeld bilden können. Die allgemeine Linie dieses Auftretens muss dahin zielen, die in der Partei und Jugend entstehenden linken Gruppierungen mit den fortgeschrittensten Schichten der SP-Betriebsarbeiterschaft zu verbinden.

---

<sup>81</sup> ebd.

6. Für die Arbeit in der SP zur Herausbildung und Festigung einer linken Strömung ist ein Fraktionsorgan, das die in Punkt 5. definierte Linie ausdrückt, eine wichtige Stütze. Das Organ Y<sup>82</sup> der IKÖ, das auf dieser Linie ausgerichtet ist, soll so lange beibehalten werden, bis aus den Bemühungen linksorientierter SPler, die wir in dieser Hinsicht zu unterstützen haben, ein breiteres Organ der Linken entsteht.

7. Die hier festgelegte Orientierung setzt voraus, dass die beiden Organisations-teile, weit davon entfernt sich aufzulösen, unter den Bedingungen doppelter Illegalität, so fest wie zuvor organisiert bleiben, mit ihrer eigenen Führung, ihren eigenen Zellen und Schulungstätigkeit und einer regen Anteilnahme am politischen Leben der Internationale. Die IKÖ geben ein eigenes Organ heraus, dessen Vertrieb auf die Mitglieder und Sympathisierenden beschränkt ist und das deshalb kein Hindernis für die Haupttätigkeit in der SP darstellt.

8. Diese Resolution drückt den Beschluss des Weltkongresses bezüglich der Orientierung der Arbeit beider Teile unserer österreichischen Sektion aus und wird von beiden Teilen als sofortige Basis ihrer Arbeit anerkannt. Es wird ein paritätisches Komitee aus vier Mitgliedern gebildet, das 14tägig zusammentritt, die Richtlinien dieser Resolution verwirklicht, die sich daraus ergebenden praktischen Schritte koordiniert und in wachsendem Ausmaß die Linie des Y bestimmt. Auf Grundlage der praktischen Erfahrungen dieses Komitees wird die Frage der Wiedervereinigung der beiden Teile der Organisation auf die Tagesordnung gestellt werden.“<sup>83</sup>

Mit dieser Resolution des 3. Weltkongress wurde die Linie des IS und der IKÖ (O) für Österreich für verbindlich erklärt. Die IKÖ-Mehrheit wurde damit vor die Alternative gestellt, sich entweder dem internationalen Beschluss unterzuordnen oder den Bruch mit der Internationale zu vollziehen. Da – wie Drexler heute offen einräumt – nicht nur „Modlik an Pablos Mund gehangen“, sondern die ganze IKÖ vom IS politisch abhängig gewesen sei,<sup>84</sup> traute man sich letzteres nicht zu. Für die Aufnahme eines Kampfes gegen das IS in der Internationale und damit eine weitere Zuspitzung der Konfrontation, die wohl letztlich in einer eigenständigen politischen Existenz hätte münden müssen, fühlte man sich politisch zu schwach – zumal man mit seiner Kritik am IS um Pablo in der Internationale völlig isoliert war und deshalb mit großer Sicherheit in nationaler Isolation gelandet wäre – noch dazu unter Bedingungen der Illegalität. In der Folge akzeptierte die IKÖ-Mehrheit die Resolution des Weltkongresses und versuchte, mit der Opposition zu einer Einigung zu kommen, die einem erlaubte, das Gesicht zu wahren. Im ersten Jahr nach dem Weltkongress dürfte das Klima zwischen den beiden Gruppen allerdings weiter eher frostig geblieben sein. Man kooperierte – wohl oder übel – und ließ etwas Gras über die Sache wachsen, das Kontaktkomitee dürfte aber nicht zur Zufriedenheit der Internationale funktioniert haben. Erst mit einem Ergänzungsprotokoll/Zusatzresolution vom August 1952 unter Beteiligung der internationalen Führung, worin unter anderem die IKÖ den Vorwurf des Liquidatorentums an die Opposition zurücknahm, änderte sich die Situation, und die Zusammenarbeit wurde verbessert.

Im April 1953 richtete die Leitung der IKÖ dann einen Brief *An die Leitung und an die Konferenz der IKÖ (Opposition)*, in der gefordert wird, alles zu unternehmen, „um die Hindernisse, die einer Überwindung der Spaltung im Wege stehen, beiseite zu räumen“.<sup>85</sup> In der Frage des

---

<sup>82</sup> Damit gemeint ist *Der Sozialist*.

<sup>83</sup> *Resolution zur österreichischen Frage*, beschlossen vom 3. Weltkongress der 4. Internationale, September 1951; Die hier vorliegende Fassung orientiert sich weitgehend an einer deutschen, vermutlich von IKÖ oder IKÖ (O) übersetzten Fassung, bei offensichtlichen grammatikalischen Fehlern oder Übersetzungsungenauigkeiten wurde auf das Original zurückgegriffen und entsprechend korrigiert.

<sup>84</sup> siehe Gespräch mit Franz Drexler in dieser Nummer vom *Marxismus*;

<sup>85</sup> *An die Leitung und an die Konferenz der IKÖ (Opposition)*, die Leitung der IKÖ am 15.4.1953

Ausschlusses von Soucek und Gludowatz wurde die Opposition erneut zu einer „offenen Korrektur“ aufgefordert, gleichzeitig aber angemerkt, dass die IKÖ daraus „keine Frage sine qua non“ mache. Es wurde dann betont, dass die IKÖ auf dem Boden des Ergänzungsprotokolls von 1952 stünde und deshalb die entsprechenden Punkte aus der *Notwendigen Zwischenbilanz* nicht mehr aufrecht seien:

Die IKÖ hätte sich davon überzeugen können, dass die „Eintrittstaktik“ der Internationale nicht zur Aufgabe der revolutionären Organisation geführt hätte. Die Sorge von 1949 sei aber berechtigt gewesen, da „die damals führenden Leute der Opposition“, Soucek und Gludowatz, tatsächlich eine prinzipienlose Umwandlung in eine „geistige Interessengemeinschaft“ vorgehabt hätten. Nachdem auf diese Weise die beiden inzwischen aus der IKÖ (O) Ausgeschlossen zum Hauptproblem der Spaltung stilisiert wurden, schlug die Leitung der IKÖ – um „Klarheit in dieser Frage zu schaffen“ – vor, „die Arbeit in der SP nicht ‚Eintrittstaktik‘, sondern ‚Fraktionsarbeit in der SP‘ oder kurz ‚SP-Arbeit‘ zu nennen“. Aber auch das solle keine Frage sine qua non sein, denn es komme „nicht auf den Namen, sondern auf den Inhalt an. Und über den Inhalt dieser Arbeit, dieser Taktik sind wir uns, wie die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, im Wesentlichen einig.“

Die Erfahrungen im Kontaktkomitee seien – seit Sommer 1952 – weitgehend positiv. Angesichts dessen, dass die darin aufgetretenen Differenzen nicht größer seien als in jeder Organisation mit innerer Demokratie, sei es ein Problem, dass es dort keine Mehrheitsbeschlüsse gebe und das Komitee deshalb praktisch beschlussunfähig sei. Die Differenzen im Komitee seien so gering, „dass sie allein keineswegs die Aufrechterhaltung der Spaltung auf die Dauer rechtfertigen“. Der Zusammenschluss der beiden Organisationen müsse gut vorbereitet werden und sich auf ein Dokument über die praktischen Aufgaben der österreichischen Sektion stützen, das vom Kontaktkomitee ausgearbeitet werden solle. Dabei müsse der Blick auf die Gegenwart und die Zukunft gerichtet werden. Schließlich wird um die Teilnahme eines Vertreters der IKÖ-Mehrheit auf der Konferenz der Opposition angesucht.<sup>86</sup> Die zentrale Argumentationslinie dieses Briefes – Einigkeit in der Praxis – sollte für die IKÖ-Mehrheit zur wichtigsten Rechtfertigung der Wiederannäherung werden.

Die Opposition, in einer Position der Stärke, wollte es anfänglich so einfach nicht geben. Zwar wurde ein Vertreter der Mehrheit auf der Konferenz zugelassen, dort allerdings eine Resolution beschlossen, die auf der Bestätigung der eigenen Linie in expliziter Weise beharrte:

„Seitdem die IKÖ (Mehrheit) ernsthaft den entrüstischen Weg zur Schaffung der revolutionären Klassenpartei in Österreich betreten hat, ist die Wiederherstellung der Einheit der Sektion noch dringender geworden. Die IKÖ (O) sieht die seitens der IKÖ (M) seinerzeit erschienenen Schriften zur Frage des Entrismus usw. (...) für hinfällig an, da sie aus einer nunmehr überwundenen Periode herrühren. Die Wiederherstellung der Einheit (...) wird von Seiten der IKÖ (O) von keinerlei Bedingungen abhängig gemacht. Ihr Ziel muss die größtmögliche Einheit und Geschlossenheit der Sektion auf der vom 3. Weltkongress beschlossenen politischen und taktischen Linie sein.“<sup>87</sup>

Nach diesen Seitenhieben gegen die IKÖ-Mehrheit, die wohl – unter anderem der Mitgliedschaft der Opposition – beweisen sollten, wer den Ton angibt, ist der Begleitbrief zum Resolutionsentwurf<sup>88</sup> freundlicher gehalten: Der Ausschluss von Soucek und Gludowatz mag richtig gewesen sein, der Ausschluss der Opposition wäre aber dadurch nicht gerechtfertigt gewesen.

<sup>86</sup> sämtliche obigen Zitate und Ausführungen: ebd.

<sup>87</sup> *Resolution der 2. Konferenz der IKÖ (Opposition) zur Frage der Wiederherstellung der Einheit der österreichischen Sektion der IV. Internationale*, beschlossen auf der Konferenz der IKÖ (O), Anfang Mai 1953, in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.24, Juni 1953.

<sup>88</sup> *An die Leitung der IKÖ (Mehrheit)*, Hammer und Lersé i.A. der Leitung der IKÖ (O), 24. April 1953; Im Resolutionsentwurf der IKÖ (O) waren übrigens einige weitere Seitenhiebe gegen die Mehrheit enthalten, die sich in der angenommenen Fassung nicht mehr finden.

Die Opposition werde deshalb keine „offene Korrektur“ vornehmen, sondern es bei der praktischen (Ausschluss von Soucek und Gludowatz) belassen. Vor allem dürfe es aber bei verschiedenen Ansichten über die Vorgangsweise gegenüber Disziplinbrüchen nicht zu Spaltungen kommen. Man sei bereit, für die gemeinsame Arbeit den Ausdruck *SP-Arbeit* zu gebrauchen, was aber nicht bedeute, dass man diese Linie nicht als entristisch ansehe. Man stimme zu, dass der Blick nach vorne gerichtet werden müsse, weshalb der „enge, inquisitorische Geist, der eine dumpfe Atmosphäre und eine Disziplin auf Krücken schafft“, <sup>89</sup> keinen Platz mehr haben dürfe. Im nächsten Jahr wurde die Zusammenarbeit weiter intensiviert und vom Kontaktkomitee Resolutionsentwürfe für die Einigung erarbeitet. Nach einem vorübergehenden Konflikt um eine von Modlik vorgeschlagene Aktion im April 1954 fand schließlich am 27. Mai die 4. Konferenz der IKÖ statt, an der neben acht Delegierten auch Lerse und Hammer<sup>90</sup> für die IKÖ (O) teilnahmen: Der von Thomas eingeleitete Bericht der Leitung<sup>91</sup> hielt fest, dass die IKÖ in fünf Zellen organisiert war, die sich mit Betriebsarbeit, Fraktionstätigkeit und der Diskussion von internationalen Dokumenten beschäftigten. Sie hatte 26 Mitglieder und acht Sympathisierende, von den Mitgliedern waren neun als Arbeiter/innen in größeren Betrieben und neun als Angestellte in Betrieben tätig. Fünf Mitglieder waren Betriebsräte. Die Ursachen für die zahlenmäßigen Verluste seien vor allem den objektiven Bedingungen geschuldet: Unmöglichkeit, offen aufzutreten (wegen Besatzungsrecht und SP-Arbeit), und keine Perspektive für linke SPler in der kleinen illegalen IKÖ. Modlik, dessen IKÖ (O) ebenfalls von einigen Verlusten betroffen war, fügte hinzu: „Man kann die Frage des Wachstums der Organisation nicht nur vom zahlenmäßigen Standpunkt sehen. Ein Teil der Genossen ist dem Einfluss der SP erlegen, wenn wir aber 2/3 behalten haben, ist das ein politischer Fortschritt.“<sup>92</sup>

In der SP-Arbeit, dem „wichtigsten Arbeitsgebiet“, wären in der „1. Etappe, das ist die Eingliederung und Verwurzelung unserer Genossen in der SP unzweifelhaft Fortschritte erzielt“ worden, obwohl einige Genossen aufgrund von persönlichen Gründen oder wegen der Skepsis der Sozialdemokratie noch nicht in der SP tätig seien. Gegenwärtig seien jedenfalls „von unseren Genossen 20 in der SP organisiert, davon leisten 12 praktische F-Arbeit. 5 sind parteilos, 1 KP. Auf Bezirkskonferenzen sind 6 unserer Genossen ständig delegiert“ (darunter Drexler und Thomas).

„Wir üben in diesen Arbeitsbereichen einen ständigen politischen Einfluss auf das Milieu dieser Organisation aus. Wenn es uns bisher nicht gelungen ist, in der 2. Etappe unserer SP-Arbeit, der Mitarbeit an der Herausbildung eines linken Flügels, wesentliche Erfolge zu erzielen, so liegt das an den allgemeinen Bedingungen auf diesem Gebiet. Die politischen Auswirkungen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus auf die Massen, die ‚Erfolge‘ der rechten SP-Führung bei den letzten Wahlen, das Fehlen eines sichtbaren linken Flügels in der SP und die Passivität der Massen. Diese Bedingungen werden sich aber in der kommenden Etappe zu unseren Gunsten ändern.“

Nach einer recht realistischen Lageeinschätzung wird also auch von der IKÖ-Mehrheit wieder die obligate Perspektive der sich zuspitzenden Klassenkampfsituation, die vom IS vorgegeben wurde, angehängt – und das, obwohl im März 1953 *Der Sozialist*, der seit März 1948 44-mal erschienen war, aufgrund der „objektiven Bedingungen in der SP“ eingestellt werden musste:

„Als nicht gezeichnetes Organ konnte er auf Dauer ohne das wirkliche Entstehen einer ernstesten Linken in der SP nicht zum Sammelpunkt dieser Linken in der SP werden. Wir selbst konnten uns in unserer praktischen SP-Arbeit auf die Dauer nicht auf die im S.

<sup>89</sup> ebd.; Dieser Satz, der von der IKÖ-Mehrheit klarerweise als Attacke begriffen wurde, wurde von der Opposition bereits einige Tage später zurückgenommen.

<sup>90</sup> i-Name von Josef „Pepperl“ Hofer, Schutzbündler aus Wien-Margareten, der nach 1934 zum Kampfbund kam; nach 1945 einer der wichtigsten Unterstützer von Modlik gegen die IKÖ-Mehrheit.

<sup>91</sup> *Protokoll der 4. Konferenz der IKÖ am 27.5.1954*, Beilage: *Bericht der Leitung*

<sup>92</sup> *Protokoll der 4. Konferenz der IKÖ am 27.5.1954*

gebrachten Argumente offen berufen, wenn wir nicht frühzeitig entdeckt werden wollten.“

Dass die SP-Intervention ab Frühjahr 1953 ohne systematische schriftliche Unterstützung auskommen musste, wurde so legitimiert: „Das beste Mittel und die beste Waffe unserer kleinen Organisation auf propagandistischem Gebiet sind gegenwärtig die Kaderelemente (...)“

Positiv bilanziert wurde der Kontakt mit der internationalen Führung, besonders die gemeinsam mit Opposition und IS organisierte Kaderschulung im August 1952 in Tirol, an der sieben Genoss/inn/en der IKÖ teilnahmen und erstmals die Möglichkeit erhielten, direkten Kontakt mit Genoss/inn/en anderer Länder aufzunehmen. Im Rahmen des Leitungsberichts gab schließlich Drexler einen Bericht über die Krise der Internationale, die mit der Abspaltung des *Internationalen Komitees* (IK) entstanden war. Beide Teile der österreichischen Sektion standen hier geschlossen auf der Seite des IS. Für die Opposition war das nicht weiter verwunderlich, Modlik war seit Jahren das Sprachrohr des IS und im besonderen Pablos in Österreich. Bereits im September 1952 hatte das *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ* eine umfangreiche Solidarisierung mit dem IS und der Minderheit der französischen Sektion um Pierre Frank gegen die ausgeschlossene Mehrheit der PCI veröffentlicht. Im Januar 1954 folgte schließlich die Veröffentlichung der IEK-Resolution<sup>93</sup> zur Spaltung vom Dezember 1953, die von Modlik und Drexler im IEK unterstützt worden war, und einer entsprechenden Erklärung<sup>94</sup> der Opposition, in der das IK scharf verurteilt wird.

Aber auch die IKÖ-Mehrheit solidarisierte sich mit dem IS: Im März 1954 wurde das 23-seitige IEK-Dokument *Zur Verteidigung der IV. Internationale*<sup>95</sup> veröffentlicht, das ebenfalls auch von Modlik und Drexler mitbeschlossen worden war und eine ausführliche Abrechnung mit dem IK beinhaltete. Auf ihrer 4. Konferenz beschloss die IKÖ dann – in Übereinstimmung mit der Konferenz der Opposition und auf Initiative Modliks – erneut eine Loyalitätserklärung mit dem IS.

Was waren die Gründe für diese Haltung der IKÖ? Warf nicht das IK dem IS vor, vor dem Stalinismus zu kapitulieren? Gab es da nicht Berührungspunkte mit der IKÖ-Mehrheit? Die jetzigen IK-Gruppen hatten jahrelang den Kurs des IS unkritisch unterstützt – auch und gerade in der Zeit von 1948 bis 1951, in der die IKÖ-Mehrheit eine oppositionelle Haltung zur internationalen Linie einnahm.<sup>96</sup> Ab 1951 hatte sich die IKÖ-Mehrheit entschieden, in der Internationale zu bleiben, und ihre Perspektive in der Wiedervereinigung mit der IKÖ (O) gesucht. Zu einer Aufgabe der Einigungsbemühungen und zu einem neuen Beginn einer Konfrontation mit dem IS war man offensichtlich nicht bereit – zumal das IK aufgrund seiner früheren Unterstützung für die Linie Pablos, seiner weichen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie und seiner ebenso katastrophistischen Weltlageeinschätzung auch keine glaubwürdige Alternative darstellte. Außerdem wurde auf der 4. Konferenz der IKÖ natürlich auf die Einigung eingegangen: Drexler und Modlik stimmen darin überein, dass die Vereinigung der beiden Gruppen notwen-

---

<sup>93</sup> *Resolution des 14. Plenums des IEK: Über die Ursachen und die Lehren der Krise der Internationale*, Dezember 1953, in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.25, Jänner 1954

<sup>94</sup> *Erklärung der Leitung der IKÖ (O) zur Lage der Internationale*, 8. Jänner 1954, in: ebd.

<sup>95</sup> *Zur Verteidigung der IV. Internationale - Antwort des Exekutiv-Komitees der IV. Internationale auf den Brief des National-Komitees der SWP an die Trotzisten der ganzen Welt*, einstimmig angenommen durch das 14. Plenum des IEK im Dezember 1953, in: *Der Spartakist*, Nr.80, März 1954

<sup>96</sup> Drexler kann sich daran erinnern, dass er im Vorfeld einer IEK-Sitzung in Paris von Pablo an Healy verwiesen wurde, der der Experte für den *Entrismus sui generis* sei und von dem sich Drexler entsprechend einweisen lassen hätte sollen. Bei dem daraus resultierenden Treffen fand der vergleichsweise armselige Nachkriegsösterreicher den auffallend exquisit gekleideten Healy nicht nur äußerst arrogant, Drexler war außerdem der Ansicht, dass Healy in Großbritannien gemachte Erfahrungen schematisch auf andere Länder übertrage. Insgesamt behielt Drexler den späteren IK-Führer also nicht in bester Erinnerung.

dig und ein wichtiger Fortschritt sei. Es wurden aufgrund von Vorschlägen des Kontaktkomitees von den Konferenzen von IKÖ und IKÖ (O) gleich lautende Resolutionen zur internationalen und österreichischen Lage beschlossen, das Datum des Zusammenschlusses wurde auf den 29. Juni 1954 festgelegt, auf beiden Konferenzen wurde eine gemeinsame Leitung aus Babnik, Drexler und Thomas (von der IKÖ) sowie Dworak, Hofer und Modlik (von der IKÖ (O)) gewählt. Die Konferenz der IKÖ-Mehrheit wurde in der Hoffnung beendet, dass die Einigung zu „einem Aufstieg des Trotzismus in Österreich“ führen werde. „Die neu gewählte Leitung der IKÖ fordert alle Mitglieder und Sympathisierenden der geeinten IKÖ auf, an die Verwirklichung der auf den Konferenzen beschlossenen Aufgaben zu schreiten. Die Einigung möge ein Ansporn zu erhöhter Aktivität sei.“<sup>97</sup>

Ab Sommer 1954 war die IKÖ und damit die damalige Hauptströmung des österreichischen Trotzismus wieder vereint – und zwar auf der politischen Grundlage des IS. Es ist Drexler wohl zuzustimmen, wenn er rückblickend sagte, dass die IKÖ in den 1950er Jahren, genau genommen ab 1951, von Pablo geführt wurde. Die Hoffnungen auf einen Aufschwung der IKÖ nach der Wiedervereinigung sollten sich nicht erfüllen – aus einer Reihe von Gründen. Doch dazu in einem späteren Kapitel.

## Die Einschätzung der Sozialdemokratie durch die IKÖ

Ausgehend von Pablos Konzept des *Entrismus sui generis* stellte die Art der Intervention in die Sozialdemokratie also einen zentralen IKÖ-internen Streitpunkt dar. Wie aber schätzte nun die österreichische Sektion der 4. Internationale die Entwicklungen (innerhalb) der hiesigen Sozialdemokratie ein?

Im Februar 1947 beschäftigte sich die IKÖ in einem Artikel<sup>98</sup> mit dem Parteitag der SPÖ, von dem sich große Teile der Arbeiterschaft Schritte in Richtung Verbesserung ihrer Lage erwartet hätten. Während ein Teil der Unzufriedenen apathisch würde, wäre der aktivere Teil der Arbeiterklasse „kampfwillig“. Das hätte sich unter anderem in Resolutionen einzelner Bezirksorganisationen ausgedrückt:

„Dabei müssen wir uns vor Augen halten, wie schwer es selbst im Bezirksmaßstab ist, gegen den mit allen Salben geschmierten bürokratischen Apparat, der mit sämtlichen ihm zur Verfügung stehenden Kniffen und Tricks arbeitet, eine solche Resolution durchzubringen. Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, erscheinen die Anträge zum Parteitag, die unmittelbar aus den Kreisen der Arbeiterschaft kamen, doppelt wertvoll.“

Und auch in den führenden Kreisen der Partei könnten einige Stimmen als Reflex der Stimmung in den Massen gewertet werden: so zum Beispiel ein Artikel von Franz Krones, der anerkennt, „dass der Staat die spezifische Organisation der herrschenden Klasse ist“<sup>99</sup>; so zum Beispiel ein Artikel Erwin Scharfs in der *Zukunft*,<sup>100</sup> der richtig festgestellt hätte, „dass sich der Kapitalismus immer mehr konsolidiert, dass sich die Machtverhältnisse in erschreckendem Maße zugunsten der Bourgeoisie verschieben, dass diese Tatsachen eine konsequente, sozialistische Klassenpolitik verlangen“. Auch wenn sich die meisten kritischen Anträge auf dem Parteitag auf taktische Fragen beschränkt hätten und im Rahmen der Partei beschränkt blieben, müssten sie doch als wichtige Symptome gewertet werden.

Da der weitaus größte Teil der Delegierten des Parteitages aus Mandataren der Partei, die sich in einer finanziellen Abhängigkeit befänden, bestanden hätte, wäre es freilich kein Zufall, dass der Tenor der Ausführungen die rechte Parteiführung um Schärf und Helmer unterstützt hätte:

---

<sup>97</sup> *Einigung der österreichischen Sektion der IV. Internationale*, Die Leitung der IKÖ, in: Der Spartakist, Nr.82, Juni 1954

<sup>98</sup> *Zum Parteitag der SPÖ*, Spartakist Nr.16, Februar 1947

<sup>99</sup> *Zukunft*, September 1946

<sup>100</sup> Ausgabe vom Oktober 1946

„Beteiligung an der Regierung, Koalitionspolitik ist das Gebot der Stunde. Die mit Beifall aufgenommene Forderung: ‚Wir lassen uns nicht mehr ausspannen‘, ist symptomatisch. Die konstruktive Kritik ging in die Richtung der Gewinnung von mehr Einfluss im Staat als dem Weg zum demokratischen Sozialismus. (...)

Die dominierende Rolle spielten die Rechten, die einen geschlossenen Block bildeten und organisiert auftraten. Die ‚Linken‘ traten unorganisiert auf, beherrschten die Technik des Parteitages nicht und wurden darum von den rechten Routiniers überspielt. Wie verhielten sie sich politisch? Es war der Auswirkung nach eine glatte Kapitulation. Vergessen waren Reden und Artikel über die Notwendigkeit einer proletarischen Klassenpolitik wie über die klassenmäßige Struktur des Staatsapparates! Schüchtern wagten sie den Versuch, einige Phrasen darüber zu verlieren, um dann bei der Abstimmung sang- und klanglos unterzugehen und gehorsam für die vorgelegten Resolutionen zu stimmen: *Die wichtigsten Beschlüsse wurden einstimmig gefasst*; der Vorsitzende Schärf konnte feststellen, *dass das Prinzip der Teilnahme der Partei an der Regierung unbestritten geblieben ist*. Doch auf dieser Linie sich bewegend, sind die ‚Linken‘ von vornherein zum Scheitern verurteilt. Man kann nicht mit der Bourgeoisie in der Regierung sitzen und gleichzeitig gegen sie kämpfen. (...) Die grundsätzliche Einstellung zur Kapitalistenklasse ist der Gradmesser für die Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit der Verhaltens der ‚Linken‘. Hier wäre für Scharf, Krones und die anderen der Ansatzpunkt gewesen, um zu beweisen, dass die Worte in der ‚Zukunft‘ nicht nur Worte waren. (...) Die Hauptlehre ist: Der wirkliche linke ‚Flügel‘ ist bei den Arbeitern, in den Massen, nicht in der Parteibürokratie zu suchen. Auf ihn müssen sich die Linkselemente in der SP stützen, sich mit ihm verbinden. Sie dürfen vor dem unvermeidlichen Kampf mit den Opportunisten und Verrätern nicht zurückschrecken, noch sich von ihnen durch das Argument der ‚Parteieinheit‘ ins Bockshorn jagen lassen. Man muss der Klasse die Treue halten, nicht den Schärf, Helmer und Co. Das ist die Aufgabe, die in den nächsten Monaten vor den ‚Linken‘ steht.“

Ein Monat später wurde im *Spartakist* erneut auf die Opposition in der SPÖ eingegangen: Bei beträchtlichen Teilen der Führung der ‚Linken‘ handle es sich um eine bürokratische Opposition, ein kleinerer Teil der Opposition könne jedoch zum „Ansatzpunkt für eine wirkliche revolutionäre Linke werden“.<sup>101</sup> Dazu müsse er sich allerdings gegenüber den Fragen der Koalition, des Staates und des außerparlamentarischen Massenkampfes, die von der IKÖ sämtlich in diesem Artikel aufgerollt werden, eindeutig positionieren. Jedenfalls werde

„das Kräfteverhältnis im Lande (...) nicht durch die Arithmetik des Stimmzettels, sondern durch das außerparlamentarische Kräfteverhältnis der Klassen bestimmt. Dieses kann nur geändert werden durch die außerparlamentarische Massenaktion, durch den außerparlamentarischen Kampf, durch die entscheidende Mobilisierung der Massen für deren unmittelbare tägliche Interessen, *was in seinen Konsequenzen den Bruch mit der Bourgeoisie und ihrem Staat bedeutet*. (...)

Die Stellung zur Koalition ist die wichtigste Frage der Innenpolitik; sie wird in der nächsten Zeit der Prüfstein für den wahren Charakter der ‚Linken‘ sein. Selbstverständlich gibt es noch eine Reihe anderer wichtiger Fragen, die beantwortet werden müssen. Es ist die Frage der Außenpolitik, die aufs engste mit dem proletarischen Internationalismus und seinen Konsequenzen zusammenhängt. Es ist die Stellungnahme zur heutigen Sowjetunion und ihrer Politik; es ist die Stellung zur so genannten ‚Kommunistischen‘ Partei. Es ist die Frage der Partei überhaupt, die Stellung der ‚Linken‘ zum Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, zur IV. Internationale. (...)

---

<sup>101</sup> Zur „Linken“ in der Sozialistischen Partei, *Spartakist* Nr.17, März 1947



Die Beendigung des Besatzungsregimes wird (...) in Österreich eine Ära offener Klassenkämpfe von größter Intensität einleiten. (...) *In der Arbeiterklasse wird ein großer Differenzierungsprozess einsetzen.* (...) Die kommenden Kämpfe werden von der ‚Einheit der Arbeiterklasse innerhalb der SP‘ keine Spur übrig lassen. Die stalinistische ‚KP‘ wird vor den Arbeitern schwer kompromittiert dastehen. Das alles gibt uns die größten Chancen. (...)

Die revolutionären Elemente in der heutigen ‚Linken‘ müssen mit all‘ dem rechnen. *Wenn sie in der SP sich wirklich für die Arbeiterforderungen einsetzen, wenn sie den Kampf auf dem Boden eines Programms aufnehmen, das den Arbeiterinteressen entspricht, das den tatsächlichen Bruch mit der Bourgeoisie bedeutet, dann können wir uns mit ihnen verständig, auch wenn wir in der Parteifrage noch auseinander gehen.“*

Der SPÖ-Parteitag von Ende Oktober 1947 bedeutete einen weiteren Schritt in der Konsolidierung des Kurses des rechten Parteiflügels um Schärf und Helmer. Gleichzeitig trat dort die SP- Opposition organisierter auf als im Jahr zuvor. Die IKÖ war der Ansicht, dass „sogar im friierten Bericht der ‚AZ‘“<sup>102</sup> die parteiinternen Widersprüche durchschienen. Die rechte Parteiführung hätte

„den Parteitag bürokratisch vorbereitet, um die zu erwartende Kritik möglichst abzu- schwächen. Die Resolutionen und Anträge der Bezirksorganisationen wurden nicht wie im Vorjahr von der ‚AZ‘ veröffentlicht, sondern in einem eigenen Heftchen den Delegierten erst kurz vor der Eröffnung des Parteitages zugänglich gemacht, und einzelne Resolutionen, wie z.B. die der Sozialistischen Jugend, auch hier nur gekürzt und entstellt wiedergegeben.“

Den entscheidenden Fragen der Koalitionspolitik und der Lohn-Preis-Entwicklung sei die Parteiführung erneut geschickt ausgewichen, was dazu beigetragen habe, dass sie erneut ein Mandat zur Fortsetzung ihrer Politik erhalten habe. Bei dem beschlossenen so genannten Aktionsprogramm handle es sich um eine papierene Augenauswischerei, bei der es vor allem darum gehe, wirklichen Aktionen auszuweichen. In der Frage der Außenpolitik hätte die SP-Führung zwar von der so genannten *dritten Kraft* geredet und wolle es sich auch mit der Sowjetbürokratie nicht völlig verscherzen, in Wirklichkeit hätte sie aber „auf die Karte der englischen Labour Party“ und die „Fortdauer der amerikanischen Dollar-Unterstützung“ gesetzt. Die Richtlinie des proletarischen Internationalismus, *Der Hauptfeind eines jeden Volkes steht im eigenen Land!*, würde von der SPÖ negiert, sie laviere lieber „auf der Basis des bürgerlichen Diplomatie- tiens“.

Die Opposition sei im Unterschied zum vorjährigen Parteitag „weit stärker“ und „besser vorbereitet“ aufgetreten und habe aus zwei Gruppen bestanden: Die erste gruppierte sich um Scharf, ihre Resolution, die von 44 Delegierten unterstützt wurde, verlangte einen schärferen Kurs gegen die ÖVP. „Die politische Schwäche der Führung dieser Gruppe besteht darin, dass sie mit der Sowjetbürokratie liebäugelt, auch wenn sie sich in Worten gegenüber der österreichischen Stalinpartei abgrenzt.“

Die zweite Oppositionsgruppe kam aus der Sozialistischen Jugend. Sie drückte nach Ansicht der IKÖ ebenfalls den Druck von unzufriedenen Arbeiter/inne/n aus. Ihre Resolution, die einen entschiedeneren Kampf gegen die ÖVP forderte und mit 170 zu 11 Stimmen abgelehnt wurde, sei zu allgemein und abstrakt. Sie beinhalte keine konkreten Forderungen und würde deshalb nicht angeben, wie der Kampf gegen die ÖVP geführt werden solle. „Ohne diese Ergänzung verwandelt sich die ‚linkeste‘ Resolution in eine linke Phrase. Die größte Schwäche dieser Resolution besteht darin, dass sie nicht grundsätzlich gegen die Koalitionspolitik Stellung nimmt.“

Im Februar 1948 ging die IKÖ schließlich grundlegend auf die Rolle der Sozialdemokratie in Österreich ein:

---

<sup>102</sup> *Der Parteitag der SPÖ*, Spartakist Nr.25, November 1947

„Einen sehr wichtigen Faktor in der Politik der österreichischen Bourgeoisie, sowohl nach außen wie nach innen, bildet die SP. (...) Der Einfluss der SP auf die Massen und auch ihre internationalen Beziehungen sind der österreichischen Bourgeoisie unentbehrlich geworden. Deshalb das gute Einvernehmen in der Koalition (...), deshalb aber auch der unverhältnismäßig große Einfluss der SP in Österreich.“<sup>103</sup>

Das sozialdemokratische Gerede von der dritten Kraft treffe sich haargenau mit der Linie des „immer wieder ausgesprochenen Wunschtraums der österreichischen Bourgeoisie von einer ‚österreichischen Schweiz‘, deren Neutralität von den Großmächten garantiert werden soll. (...) Aber die SP erweist sich nicht nur in der Außenpolitik, sondern erst recht in der Innenpolitik als braver Lakai der Bourgeoisie. Ihr Hauptfeuer richtet sie auf die Stalinpartei und leistet damit der Bourgeoisie die besten Dienste. (...)“

Und wie stellen sich die SP-‚Linken‘ dazu? Auch für sie ist die Koalitionspolitik nur eine Frage der Taktik, aber keine klassenfremde Linie, die den klassenfremden Interessen der SP- und Stalinbürokratie entspringt. Aber das können die Scharf, Czernetz & Co. nicht ‚begreifen‘, weil sie eben selbst zur Bürokratie gehören, zwar zu ihrem linken, schmolgenden Flügel, aber eben doch zur Bürokratie.

Die bürokratische SP-Führung muss bei ihrem Handeln Rücksicht auf ihre Arbeitergefolgschaft nehmen. Ohne diese Basis ist ihre bürokratische Existenz bedroht, ohne diese Basis verliert sie jeden Wert als Koalitionspartner für die Bourgeoisie. Um sich den Arbeiterschwanz zu erhalten, kämpft die Bürokratie für Reformen. Aber sie ist dabei ängstlich bemüht, bei diesem ‚Kampf‘ jede Mobilisierung der Massen zu vermeiden. Der tatsächliche ‚Kampf‘ spielt sich hier hinter den Kulissen ab, wo am Verhandlungstisch mit der Bourgeoisie die einzelnen Gesetze ausgeschachtelt werden. Was die SP-Bürokraten hiezu in Parlament, Arbeiterkammer, Versammlungen usw. reden, dient nur als Staffage, ist nur Scheinkampf.“

Im Winter 1948/1949 beschäftigte sich die IKÖ anlässlich des Ausschlusses von Scharf aus der SPÖ erneut ausführlich mit internen Konflikten in der Sozialdemokratie. Eingangs warf man einen kurzen Blick auf die Meinungsverschiedenheiten über Lohnerhöhungen zwischen der Parteiführung einerseits und den Gewerkschaftsführern Johann Böhm, Friedrich Hillegeist und Karl Mantler andererseits und stellte fest,

„dass es sich hier um taktische Differenzen unter Bürokraten handelt. Die Böhm & Co. wünschen beileibe keinen proletarischen Klassenkampf. Sie fürchten die außerparlamentarische Mobilisierung der Massen ebenso sehr wie die Scharf & Co. Doch dürfen die *Gründe* dieser Differenzen nicht ignoriert werden: Die Auflehnung der Arbeiter gegen die Fortsetzung der gegenwärtigen Politik der SP. Ihr Druck wirkt sich auf die Mantler & Co. viel unmittelbarer aus als auf die Parteibürokratie (...).“<sup>104</sup>

Anschließend wandte sich der Beitrag der Opposition in den sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu:

„Je weiter nach rechts die Führung der SP geht, desto mehr werden die vorgeschrittenen Teile ihrer Basis nach links getrieben. Zu gleicher Zeit muss aber auch die Differenzierung und Kristallisation unter den mehr oder weniger linken Strömungen fortschreiten. So sind z.B. die Entwicklungstendenzen der führenden Kerne der SJ und der Sozialistischen Studenten in den letzten Monaten noch klarer zum Ausdruck gekommen.

Die Sozialistischen Studenten waren die einzigen, die auf dem letzten Parteitag mit einer oppositionellen politischen Resolution hervorgetreten sind. Ihre Stellung in der Frage der Koalitionspolitik ist zwar noch sehr unklar, doch ihre Resolution und ihr mutiges Auftreten gegen die Parteibürokratie zeigen, dass sie ernstlich den Weg nach links suchen.“

<sup>103</sup> *Die Rolle der SP in Oesterreich*, Spartakist Nr.29, Februar 1948

<sup>104</sup> *Die Krise in der SPÖ*, Spartakist Nr.39/40, Dez.48/Jan.49

Die wesentlichere Organisation sei aber die SJ, in der in der Frage des Bundesheeres drei Strömungen sichtbar geworden wären: der rechte Flügel um den Verbandssekretär Paul Blau, die „Mitte“ um den Verbandsobmann Peter Strasser und der linke Flügel um den zweiten Verbandsobmann und Schulungsreferenten Hindels. Hindels hätte zwar richtig erkannt, dass die Arbeiterklasse vor der Verwirklichung des Sozialismus nicht pazifistisch sein dürfe, dass der Geist eines Heeres vom Offizierskorps bestimmt wird und das österreichische Bundesheer eine Waffe der Kapitalisten sein würde. Dass Hindels *zum Schutz der Grenzen* statt dem Bundesheer auf Großmachtgarantien und strikte Neutralität setzen wolle, hätte gezeigt, dass Hindels letztendlich doch ein Reformist sei, der auf die „revolutionäre Kampfkraft des Weltproletariats“ lieber verzichtet. Letztlich hätte sich in der SJ eine Kompromissresolution durchgesetzt, über die von der Parteiführung drüber gefahren worden sei.

Über die Ernsthaftigkeit einer linken Opposition entscheide aber letztlich die Praxis – und dabei hätte die SJ-Führung versagt. Nicht nur, dass die SJ anlässlich des neuen Jugendschutzgesetzes, das viele Forderungen der Jugendlichen nicht erfüllte, eine gemeinsame Demonstration mit den stalinistischen Jugendorganisationen sektiererisch sabotiert und dadurch den tatsächlichen Kampf für ihre Forderungen hintertrieben hätte. Vor allem der Parteitag hätte

„der SJ-Führung Gelegenheit geboten, sich gegen die ins Verderben führende Politik der Scharf & Co. aufzulehnen. Auf dem kurz vorher stattgefundenen SJ-Verbandstag hätte sie ihre gesamte Organisation darauf vorbereiten können. Nichts dergleichen geschah! Die SJ trat mit keiner oppositionellen Resolution auf und unterstützte nicht einmal die der Sozialistischen Studenten! (...)

Es besteht kein Zweifel mehr, dass es sich Strasser und Hindels zur Aufgabe gemacht haben, das ‚revolutionäre Gewissen der Partei‘, d.h. in Wirklichkeit die scheinlinke Deckung der Scharf, Helmer & Co. zu werden. In der Praxis bemühen sie sich, der SP den Nachwuchs an Funktionären heranzubilden. Sie haben große Teile der SJ fest in der Hand, erwecken bei diesen politische Hoffnungen und Illusionen. (...) Zum Unterschied von der aufrecht-proletarischen Tendenz der Studenten und von der prostalinistischen Erwin Scharfs bemühen sich die Führer der SJ, diese zum linken Flügel des ‚demokratischen Sozialismus‘ auszubauen.“

Auch in diesen Passagen wird deutlich, dass die IKÖ zu diesem Zeitpunkt die größten Hoffnungen auf die Opposition der sozialdemokratischen Student/inn/en setzte. Mit einigen von ihnen sollte sich schließlich ja auch eine kurzzeitige Zusammenarbeit bei der Herausgabe der Fraktionszeitung *Der Sozialist* ergeben. In späterer Folge sollte sich jedoch herausstellen, dass diese studentische Opposition nicht die gewünschte Konsequenz aufbrachte und auch weniger langlebig war als die Strömung um Hindels. Auf die Hindels-Opposition und ihre Anhänger/innen sollte sich die IKÖ schließlich über längere Zeit orientieren, etliche ihrer Genoss/inn/en intervenierten später als Fraktionsarbeiter/innen oder Entrist/inn/en in dieser Strömung, während man in der Scharf-Gruppe nur einen Genossen drinnen hatte.

Scharf war nach der Veröffentlichung seiner Broschüre *Ich darf nicht schweigen* im Herbst 1948 aus der SPÖ ausgeschlossen worden. Er begann mit der Herausgabe der Wochenzeitung *Neuer Vorwärts*. Die Einschätzung der IKÖ:

„Dieser Zeitung wird in Arbeiterkreisen ein mehr erwartungsvolles als zustimmendes Interesse entgegengebracht. Scharf hat bisher drei öffentliche Versammlungen abgehalten, von welchen jedenfalls die letzte am 12.12. in Wien ein Erfolg für ihn war. Die SP-Bürokratie versuchte sie zu stören. Ihrer provokatorischen Aufforderung, die Sozialisten mögen demonstrativ den Saal verlassen, folgten nur einige wenige. Die ganze Störaktion endete mit einem kläglichen Fiasko der SP-Bürokratie.“

Die Politik Scharfs sei auch nicht besser als die von Hindels, weil er die Bildung der Konzentrationsregierung nach 1945 wegen „der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten jener

Zeit“<sup>105</sup> für richtig hält, während die IKÖ auseinandersetzt, dass diese Regierung nur dem kapitalistischen Wiederaufbau und der Festigung der Macht der Bourgeoisie genutzt und den Arbeiter/innen geschadet hätte.

„Scharf lehnt die Koalitionspolitik nicht grundsätzlich ab und tritt folgerichtig auch für die ‚Demokratisierung des Staatsapparates‘ mittels der Infiltration von sozialistischen Beamten ein.

Aber während die Führer der SJ der sagenhaften ‚dritten Kraft‘ huldigen, macht Scharf der ‚Volksdemokratie‘ die Mauer. Die Sprecher der SJ sind labouristisch, Scharf ist stalinistisch orientiert. (...) Im Wesentlichen fußt seine Politik trotz aller Worte nicht auf der revolutionären Kampfkraft der Massen, sondern auf bürokratischen Kombinationen und Manövern (...).

Er tritt für die ‚Verteidigung der SU‘ ein, was für ihn die Billigung des Stalinschen Regimes einschließt. (...) Dort, wo Scharf die SU gegen den Imperialismus verteidigt, muss er unterstützt und dort, wo er der Parole ‚Wer die Russen kritisiert ist eine Feind der SU!‘ folgt, muss er bekämpft werden.“<sup>106</sup>

Abschließend fasste die IKÖ zusammen: „Die Stellung des Proletariats zur Koalitionspolitik ist eine grundsätzliche und keine taktische Frage. Das nächste politische Ziel der ehrlichen SP- Oppositionellen und aller vorgeschrittenen Arbeiter muss daher lauten: *Bruch mit der ÖVP, mit der gesamten Bourgeoisie! Grundsätzlicher Bruch mit der Koalitionspolitik!*“ Die Koalitionsregierung müsse gestürzt und durch eine auf Organe und Aktionen der Massen gestützte Regierung aus Vertretern von SPÖ, KPÖ und ÖGB ersetzt werden: „*Vorwärts zur kapitalistenfreien Regierung!*“ Da die Reformisten jeden Schritt in diese Richtung mit Korruption, Verleumdung und Terror bekämpfen würden, wäre es „notwendig, dass sich die vorhandenen ehrlich-linken Strömungen zu festen und disziplinierten Gruppen organisieren!“

Auch in der Resolution der zweiten Konferenz der IKÖ vom Februar 1949, der letzten Konferenz vor der Spaltung zwischen Fraktionsarbeiter/innen und Entrist/innen, wurde klarerweise auf die Sozialdemokratie eingegangen:<sup>107</sup>

„Die SP nimmt offen das ‚Gelingen‘ des kapitalistischen Wiederaufbaues, die ‚Rettung vor dem Chaos‘, ‚vor der Inflation‘ usw. für sich in Anspruch. Sie drückt damit nur aus, dass ihre Politik identisch ist mit der Politik des weitsichtigen Teils der Bourgeoisie, der sich angesichts des völligen Zusammenbruchs 1945 zur offenen Zusammenarbeit mit der SP entschließen musste, um das kapitalistische Wrack wieder einigermaßen seetüchtig zu machen. Die ‚Staatspolitik‘ der SP, ihre Berücksichtigung der ‚staatspolitischen Notwendigkeiten‘ hat die heutige Lage der Massen herbeigeführt, andererseits die Bourgeoisie wieder fest in den Sattel gesetzt. (...) Allen Rauboffensiven der Bourgeoisie hat die SP willig den Weg geöffnet. Worauf sie sich beschränkte, waren bestenfalls Herabmilderungen des Raubes (...).“

Die stalinistische Besatzungspolitik hätte wesentlich dazu beigetragen, dass sich die SPÖ trotz der Rechtsentwicklung ihrer Führung die Gefolgschaft der Hauptmassen des Proletariats weiterhin sichern konnte. Die Verbürgerlichung der SP-Spitze zeige sich darin, dass sie seit 1945 jeder Massenmobilisierung systematisch aus dem Wege gehe und dass die Partei von den SP-Ministern beherrscht werde: „Die Partei als gefügiges Instrument der in der kapitalistischen Regierung sitzenden SP-Spitze bedeutet natürlich, dass sie in bestimmtem Grade selbst mit den kapitalistischen Staate verschmilzt, Regierungsinstrument wird.“

---

<sup>105</sup> Erwin Scharf: *Ich darf nicht schweigen*, zitiert nach: *Die Krise in der SPÖ*, Spartakist Nr.39/40, Dez.48/Jan.49

<sup>106</sup> *Die Krise in der SPÖ*, Spartakist Nr.39/40, Dez.48/Jan.49

<sup>107</sup> *Die Lage und ihre Perspektiven* (Resolution der zweiten Konferenz der IKÖ, Mitte Februar 1949), Spartakist Nr.42, März 1949

Die SPÖ-Führung hätte sich restlos der Kooperation mit der Kapitalistenklasse verschrieben und der Bourgeoisie alle Trümpfe in die Hände gespielt, wofür sie von dieser ebenso bedankt werden würde wie 1934. Der Parteitag vom November 1948 hätte einen neuerlichen Ruck der Führung nach rechts gebracht. „Der Ausschluss Scharfs nötigte diesmal nicht einmal die SP-Spitze, ein scheinlinkes Manöver durchzuführen: sie stempelte Scharf zum Agenten Moskaus und hofft so ihm die Sympathien der Arbeiter zu entziehen.“ Gleichzeitig würde sich aber die Basis der SPÖ nach links verschieben, was durch „wachsende Unzufriedenheit der der SP folgenden Arbeiter, die in den verschiedenen Bewegungen in den Betrieben zutage tritt“, seinen Ausdruck fände. Diese nach links weisenden Tendenzen in der Arbeiter/innen/schaft, die hier beschrieben wurden, waren Ende der 1940er Jahre durchaus vorhanden und wurden sowohl im Schuharbeiter/innen/streik als auch im Oktoberstreik sichtbar, sie wurden aber von der IKÖ zweifellos überschätzt.

Ein Monat später beschäftigte sich die IKÖ mit den Perspektiven der „Scharfbewegung“.<sup>108</sup> Das politische Ergebnis der ersten Konferenz der *fortschrittlichen Sozialisten* sei äußerst schwach, was kein Zufall sei:

„So vermeidet Scharf und der von ihm geleitete ‚Neue Vorwärts‘ auch weiterhin jede Abgrenzung vom Stalinismus und seinen bürokratisch-polizeilichen Unterdrückungsmethoden. Er verzichtet auch weiterhin auf die Propagierung eines revolutionären Aktionsprogramms, das einzig und allein imstande ist, die Arbeiterklasse im Kampfe um ihre unmittelbaren Tagesinteressen zu mobilisieren (...).“

Scharf wolle den Klassenkampf „durch bürokratisch-parlamentarische Kombinationen ersetzen“ und orientiere seine Bewegung auf Wahlkämpfe. Seine Ausrichtung auf die „Zusammenarbeit mit den demokratischen Mittelschichten“ zeige seinen stalinistischen Grundcharakter:

„Genau wie die Stalinbürokratie will Scharf den Klassenkampf mit der Bourgeoisie durch einen Kampf um die Bourgeoisie ersetzen. Das ist dieselbe Katastrophenpolitik, mit der die Kremlclique die Arbeiterklasse Westeuropas von den Höhen des proletarischen Klassenkampfes 1945/46 in die heutige Lage geführt hat – die Bourgeoisie ist dabei immer stärker geworden.“

Anlässlich der Nationalratswahlen von 1949 argumentierte die IKÖ, dass es gelte, einen Wahlsieg der bürgerlichen Parteien zu verhindern, dass Stimmenthaltung unter den damaligen Bedingungen „der erste Schritt in die Indifferenz“ wäre und dass eine Eigenkandidatur aufgrund der illegalen Existenz unter dem Besatzungsregime, aufgrund der organisatorischen Schwäche und dem Stand des Massenbewusstseins nicht in Frage käme.<sup>109</sup> Deshalb wäre es notwendig, für die SPÖ zu stimmen. Die Hauptausrede der SP-Führung zur Entschuldigung ihres Verrates wäre, dass sie nicht die parlamentarische Mehrheit besitze. „Wird die SP zur Mehrheitspartei, dann fällt diese wichtigste Ausrede weg“ – was eine wichtige Voraussetzung für einen nachhaltigen Differenzierungsprozess in der SPÖ schaffen könne. Obwohl vorübergehend auch Illusionen in die SPÖ steigen würden, wäre dieser Effekt doch der nachhaltigere. Die besondere Aufgabe der IKÖ werde sein, „den fortgeschrittenen Arbeitern zu zeigen, dass alle schönen Versprechungen der SP nicht verwirklicht werden können im Bündnis mit der Bourgeoisie“, sondern nur durch eine kapitalistenfreie Regierung, die sich auf die Organisationen und außerparlamentarischen Kämpfe der Arbeiterklasse stützen müsse. Außerdem rief die IKÖ dazu auf, „die mit der Bourgeoisie besonders eng verbundenen Spitzenkandidaten der SP, die Schärf, Helmer & Co.“, von den Listen zu streichen. Die Wahltaktik der IKÖ könne sich – so die Resolution wohl in Hinblick auf den Druck, dem die IKÖ-Mitglieder in den Betrieben von Seiten der SP-Arbeiter/innen ausgesetzt waren – nur bewähren,

---

<sup>108</sup> *Wohin geht die Scharfbewegung?*, Spartakist Nr.43, April 1949

<sup>109</sup> *Unsere Stellung zu den Oktoberwahlen: Wir stimmen für die Liste der SP!*, Spartakist Nr.48, September 1949

„wenn wir sie mit der revolutionären Kritik an der SP verbinden. Unsere Wahltaktik darf auf keinen Fall zu einer plumpen Anpassung an die Stimmungen und an die Vorurteile der SP-Arbeiter werden. Wir sagen diesen Arbeitern die Wahrheit über die Koalitionspolitik und ihre Folge: die Stärkung der Bourgeoisie! Über die durch die SP genährten parlamentarischen Illusionen und die Wirklichkeit, die durch diese Illusionen verdeckt wird: die Stabilisierung der kapitalistischen Staatsmaschine, das Wiederhervorholen der Faschisten, die wirklichen Absichten der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse! Wir zeigen den Arbeitern, dass diese Gefahren nicht durch den Stimmzettel, sondern nur durch den außerparlamentarischen Massenkampf gebannt werden können.“

Nach der Spaltung der IKÖ spielte die Einschätzung der Entwicklungen in der SPÖ klarerweise weiter eine wichtige Rolle. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass beide IKÖ-Teile von einer Verschärfung der ökonomischen Widersprüche, der sozialen Konflikte und in der Folge auch der Differenzierung in der Sozialdemokratie ausgingen, wobei die IKÖ (O) generell eine schnellere und massivere Entwicklung erwartete als die Mehrheit. Dementsprechend fielen auch die verschiedenen Kommentare aus – so zum Beispiel einer der IKÖ (O) im November 1949:

„Nunmehr hat der vor zwei Wochen zu Ende gegangene Parteitag der SPÖ das offene Hervortreten der SJ-Opposition gezeigt. Wir wollen ihren derzeitigen linksreformistischen-zentristischen Charakter durchaus nicht übersehen. Aber diese Opposition hat jetzt die Erfahrung des letzten Jahres, das Hervortreten Scharfs und sein Ende beim Stalinismus gesehen. Wenn sie heuer auf dem Parteitag dennoch als Opposition hervortrat, dann heißt das, dass sie sich, wenn auch mit vielen Grundschwächen, sowohl gegen die Rechten in der SP als auch gegen den Stalinismus wendet. Das Auftreten der SJ-Opposition fällt aber zusammen mit einer neuen Situation in der österreichischen Arbeiterbewegung, ja, sie selbst signalisiert diese neue Situation. Die furchtbare Lage der Massen nach vier Jahren kapitalistischen ‚Wiederaufbaues‘ hat zu Streiks ernsteren Charakters als bisher geführt, in welchen die Massen die ununterbrochen absinkende Tendenz ihrer Lebenshaltung aufzuhalten versuchen. Selbst die SP-Bürokratie muss teilweise mit dem Feuer zu spielen beginnen und einzelne Lohnkämpfe bis zum Streik führen.

Was heute also vorliegt, ist ein Zusammentreffen von günstigen objektiven und subjektiven Bedingungen, d.h. der Bewegung in den Massen und dem Auftreten der SJ-Opposition auf dem Parteitag der SP. Dieses Zusammentreffen erfordert unsererseits ein entschiedenes Handeln, wenn nicht aufs Neue kostbare, ja unersetzliche Zeit und Kraft verloren gehen soll. (...) Die intensive, konzentrierte Tätigkeit in der SP macht den Totaleintritt notwendig. Sie macht ferner die Konzentration unserer Kräfte auf die aussichtsreichsten Punkte (SJ, Jungwählergruppen) erforderlich.“<sup>110</sup>

Drei Monate später setzte die IKÖ (O) nach und beschäftigte sich im Zuge dessen auch mit der Einschätzung der SPÖ. Den überragenden Einfluss in der Arbeiterklasse behauptete nach wie vor die SPÖ, was bedeute, dass die Bourgeoisie, um das Proletariat niederzuschlagen, zuerst den Masseneinfluss der SP zersetzen müsse. Der Scharf-Gruppe fehle jede politische Perspektive, ihr inneres Regime sei durch einen lähmenden Bürokratismus charakterisiert, eine Intervention in ihre Richtung sei sinnlos. In der SPÖ fände man hingegen eine günstige Lage vor:

„Die Erfahrung mit der Scharf-Tendenz liegt nunmehr hinter den Arbeitern. Sie zu erledigen, fiel der SP-Bürokratie relativ leicht, weil sie Scharf als Agenten der Kremlobürokratie bezeichnen und damit bei den Arbeitern abtun konnte. Anders aber verhält es sich mit den verbliebenen oppositionellen Strömungen oder Ansätzen dazu. Die entwickeltste ist hier die SJ-Opposition, die auch auf dem letzten Parteitag hervorgetreten ist. Obwohl sie bei den Abstimmungen eine verschwindende Minderheit blieb, fand sie in der Debatte

---

<sup>110</sup> *Unsere nächsten Aufgaben*, Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.2, 21. November 1949

doch die indirekte Unterstützung einer ganzen Reihe von Arbeiterdelegierten. Die seitherige Entwicklung in der SJ und die verschärfte Haltung der Parteiführung ihr gegenüber berechtigen zu der Annahme, dass sich in der SJ und um sie herum der Grundkader des kommenden linken Flügels der SP herausbilden wird. Entscheidender als das ist jedoch die Tatsache, dass die sich anbahnende neue Etappe des Klassenkampfes die oppositionellen Strömungen in der SP vertiefen und verbreitern wird. Es muss uns daher gelingen, in dieser objektiv günstigen Lage wirksam einzugreifen, um in der kommenden Etappe unser Programm in den fortgeschrittenen Teilen der österreichischen Arbeiterbewegung zu verwurzeln. Das kann jedoch nicht gelingen durch irgendwelche Einwirkung ‚von außen‘, sondern einzig und allein durch den organisierten Einsatz aller unserer Kräfte im Rahmen der SP.“<sup>111</sup>

Die IKÖ-Mehrheit, die – in Übereinstimmung mit der IKÖ (O) – auch bei den Bundespräsidentenwahlen 1951 für den SPÖ-Kandidaten aufgerufen hatte,<sup>112</sup> widmete sich bei der 3. Konferenz der IKÖ wieder einer genaueren Einschätzung der Entwicklung (in) der SPÖ. Die von Drexler vorgelegte Resolution *Die Lage und unsere Aufgaben*<sup>113</sup> kommt zu folgenden Ergebnissen:

„Die SP-Bürokratie hat sich in den letzten Jahren in doppelter Hinsicht als Lakai der Bourgeoisie bewährt. Sie war nicht nur die verlässlichste Bremse bei der Entwicklung des Massenkampfes, sondern sie hat auch der Bourgeoisie die Hauptlast des Kampfes gegen die volksdemokratische Gefahr abgenommen. Die SP ist nicht nur eine reformistische sondern auch eine staatsersetzende Partei geworden. Dementsprechend entwickelt sich auch ihre Ideologie immer mehr zu einer rein bürgerlichen. In internationalen Fragen hat sie überhaupt keine eigene Linie mehr, sondern (ist) 100%ig auf die Linie der ‚demokratischen‘ Imperialisten übergegangen. Die unabhängige dritte Kraft des ‚demokratischen Sozialismus‘ ist in die Versenkung gefallen. (...)“

Der beispiellose Verrat der SP-Politik an den Interessen der Arbeiterklasse, ihre immer offensichtlicher werdende Verbürgerlichung, führte zur Entstehung von oppositionellen Tendenzen innerhalb der Partei. Die Scharfopposition, deren Einschätzung und Perspektiven auf der 2. Konferenz noch eine gewisse Rolle spielte, hat durch ihren Übergang auf die Linie der Stalinpartei und deren offen zutage tretende Abhängigkeit vom Kreml jeden Kredit innerhalb der SP-Arbeiterschaft verloren. Sie ist heute als SAP zu einer Gruppe ohne jeder Perspektive geworden. Die ernsteste und wichtigste der oppositionellen Strömungen in der SP ist die innerhalb der Betriebsarbeiterschaft. Allerdings ist sie zugleich die unorganisierteste. Sie trat besonders in der Provinz in den Oktobertagen stark in den Vordergrund. Die oppositionelle Haltung der Betriebsarbeiter ist auch die Ursache dafür, dass eine Reihe von Gewerkschaftsbürokraten (Mantler, Hillegeist) in Opposition zum Parteivorstand stehen, denn die Gewerkschaftsbürokraten spüren den Druck aus den Betrieben viel unmittelbarer als die Spitzen der Partei. Die Opposition vieler Arbeiter gegen den Parteivorstand ist auch dadurch begründet, dass ihnen in den verstaatlichten Betrieben und im öffentlichen Dienst oft SP-Bürokraten in der Funktion von Unternehmensvertretern gegenüberstehen. Weiters gibt es eine wichtige Opposition in der SJ. Diese ist gut organisiert und hat eine feste und entschlossene Führung. Die Linksoption in der SJ hat ein zentristisches Programm, das vor allem für die Politisierung der Jugend, für verstärkten Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, gegen die Koalitionsgesinnung (die Koalitionspolitik lehnen die Linken in der SJ nicht grundsätzlich ab) in der Partei, für eine sowohl von Russland als auch vom amerikanischen Imperialismus unabhängige Politik

<sup>111</sup> *Unsere nächsten Aufgaben*, Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.5, 15. Feber 1950

<sup>112</sup> *Wir stimmen für den Kandidaten der SP!*, Spartakist Nr.62-64, Jänner-März 1951

<sup>113</sup> *Die Lage und unsere Aufgaben*, Resolution der 3. Konferenz der IKÖ (im Anhang des Konferenzprotokolls)

und für die Unterstützung der kolonialrevolutionären Bewegungen in Asien eintritt. Gegenüber Russland nehmen die Leute der linken Opposition in der SJ eine ultralinke Haltung ein. Diese Linie vertritt nur eine Handvoll Leute klar und konsequent, aber diese Leute sind sehr aktiv und hinter ihnen stehen der größte Teil der ehrlichen, kampfgewilltesten aber auch jüngsten und unerfahrensten Mitglieder der SJ. Wichtig ist auch, dass gleichzeitig die Gesamtbewegung der SJ in der Provinz zumindest stagniert und in Wien stark zurückgeht. Die Opposition innerhalb der sozialistischen Studenten, der wir auf der 2. Konferenz noch einige Aufmerksamkeit schenken ist völlig bedeutungslos geworden. Sie ist über das Dreschen von einigen revolutionären Phrasen nicht hinaus gekommen und hat keine einzige ernste Tat gesetzt. Eine wichtige Rolle spielt Hindels innerhalb der oppositionellen Strömungen in der SP. Er war der Führer und Theoretiker der Opposition in der SJ und versucht jetzt innerhalb der Partei mit seinen Auffassungen Fuß zu fassen. (...) Die Opposition der Hindels-Gruppe außerhalb der SJ, hat bis jetzt noch keine große Bedeutung erlangt, da sie über ein Theoretisieren noch nicht hinaus kam und es ihr auch noch nicht gelang, innerhalb der Betriebsarbeiterschaft Fuß zu fassen. (...)

Die Perspektiven der oppositionellen Strömungen innerhalb der SP hängen von verschiedenen Faktoren ab. Eine große Gefahr für die Opposition in der SJ besteht darin, wenn sie sich aus der Organisation hinausdrängen [lässt] oder gar eine Spaltung provoziert. Auf sich selbst gestellt würde sie bald zugrunde gehen. Wenn sie es versteht durch kluges taktisches Verhalten innerhalb der Gesamtorganisation zu bleiben und dabei an Hand ihrer eigenen Erfahrungen und auch mit unserer Hilfe zu lernen, sich allmählich ein revolutionäres Programm anzueignen, dann kann sie ein ernster Kern für eine revolutionäre Opposition innerhalb der SP, der bei der Herausbildung einer revolutionären Klassenpartei eine wichtige Rolle spielen wird, werden. Die Perspektiven der Opposition innerhalb der Betriebsarbeiterschaft hängen in noch viel größerem Maße von ihren Erfahrungen und von der Möglichkeit solche Erfahrungen zu sammeln ab. Wenn es in den kommenden Kämpfen keine allzu schweren Niederlagen gibt, vielleicht sogar kleinere Erfolge gibt, dann sind die Aussichten für die Entwicklung dieser Opposition günstig. Für die Entwicklung einer revolutionären Opposition sind aber die Aussichten bei den Betriebsarbeitern ungünstiger als bei der Jugend, denn es handelt sich hier zum großen Teil um ältere und schwerfälligere Elemente. (...) Wenn die Hindelsgruppe innerhalb der Partei sich weiterentwickeln will, muss sie sich unbedingt dieser Betriebsarbeiter annehmen. Diese sind aber sehr misstrauisch und sie werden sie erst dann als Führung anerkennen, wenn sie ihnen durch Taten und nicht nur immer in Worten beweisen, dass sie einen anderen, besseren Weg wissen als die SP-Gewerkschaftsspitzen.“

Hatte die IKÖ angesichts der Budgetkrise Ende 1952 und noch nach den Nationalratswahlen von Anfang 1953, bei denen sie erneut für die SPÖ aufgerufen hatte,<sup>114</sup> mit einer Verschärfung der Klassengegensätze und den entsprechenden Auswirkungen auf die SPÖ gerechnet, musste sie sich Ende 1953 korrigieren:<sup>115</sup> Die SPÖ-Führung sei nicht, wie erwartet, vom Druck der Basis zu einem verstärkten Kampf gegen die ÖVP gezwungen worden, sondern hätte im Gegenteil ihre rechte Politik fortsetzen können, ohne ernstlich Gefahr zu laufen, ihren Arbeiteranhang zu verlieren. Das sei einerseits darauf zurückzuführen, dass wegen der Frage des Staatsvertrages und wegen der Ereignisse in der DDR die Konkurrenz der KPÖ bei den Massen immer mehr weg falle – was sich beispielsweise bei den letzten Betriebsratswahlen gezeigt hätte. Andererseits hätte

„die wirtschaftliche Krise nicht jene Formen angenommen, die wir vor einem Jahr eingeschätzt haben, wodurch die reformistische Politik noch eine gewisse Basis behält. (...)

---

<sup>114</sup> *Zu den Nationalratswahlen: Wir stimmen für die Liste der SP!*, Spartakist Nr.72, Jänner 1953

<sup>115</sup> *Zur Lage in Österreich*, Spartakist Nr.79, November 1953



Der Parteitag anfangs November verlief ‚programmgemäß‘. Die Führung kann auf gewisse Erfolge (Februarwahlen, Betriebsrätewahlen, Mitgliederzuwachs) hinweisen, wodurch die Kritik an der Gesamtpolitik, also vor allem an der Koalitionspolitik, jeden Boden verloren hat. In dieser Hinsicht wurde nicht das leiseste Wort einer Kritik laut.“

Die IKÖ registrierte damit durchaus die Stabilisierung des Kapitalismus, die auch der Arbeiter/innen/klasse seit Beginn der 1950er Jahre erstmals eine Verbesserung des Lebensstandards gebracht hatte und die durch den Beginn des so genannten *Wirtschaftswunders* 1953 und schließlich durch den Staatsvertrag auf politischer Ebene verfestigt wurde. Was die IKÖ nicht erkannte, war die relative Dauerhaftigkeit dieser Stabilisierung. Sie betrachtete die kapitalistischen Erfolge, die auch der anhaltenden reformistischen Dominanz in der Arbeiter/innen/klasse den Weg ebneten, vielmehr als vorübergehendes Phänomen. Während die IKÖ etwa das Aufbegehren der sozialistischen Betriebsräte/-rätinnen gegen die Gewerkschaftsführung auf der Betriebsrätekonferenz im Juni 1954, an dem die IKÖ selbst nicht unerheblichen Anteil hatte,<sup>116</sup> als Vorboten einer künftigen Zuspitzung ansah,<sup>117</sup> handelte es dabei eher um eine Art letztes Aufflackern eines proletarischen Widerstandes in der Nachkriegszeit, dem durch Wirtschaftsboom und sozialdemokratischen Reformismus immer mehr die Grundlage entzogen wurde. In der Folge sollte ab Mitte der 1950er Jahre die Hegemonie der rechten Parteiführung über die SPÖ weiter konsolidiert werden und sich die Hoffnungen der IKÖ auf einen deutlicheren Differenzierungsprozess in der Sozialdemokratie zerschlagen. Die Wiedervereinigung der IKÖ 1954 fiel somit in eine Phase, die sich für den Aufbau einer revolutionären Organisation im Allgemeinen und für die Arbeit in der Sozialdemokratie im Besonderen als äußerst unvorteilhaft herausstellen sollte.

## Die Intervention in die Sozialdemokratie

Die IKÖ-Intervention in die Sozialdemokratie war – angesichts der fortdauernden Illegalität – keine offene Intervention der IKÖ als Organisation, sondern eine von einzelnen IKÖ-Mitgliedern, die freilich von der IKÖ politisch angeleitet und koordiniert wurde. Sie spielte sich in mehreren Bereichen ab: erstens in den Betrieben, wo die IKÖler/innen, die ja überwiegend Arbeiter/innen waren, versuchten, auf die SPÖ-Arbeiter/innen/schaft politisch einzuwirken, Diskussionen zu suchen, die Standpunkte der Organisation vorzubringen und gegebenenfalls auch verschiedene Publikationen, von denen sie in der Regel behaupteten, dass sie sie selbst bekommen hätten, weiterreichten. Sie traten dabei im Wesentlichen als kämpferische Arbeiter/innen und kritische SPÖler/innen auf, was bei denjenigen, die Betriebsräte waren, natürlich noch wirkungsvoller war. Zweitens agierten IKÖ-Mitglieder in SPÖ-Sektionen, wo sie ebenfalls als kritische Parteimitglieder in Erscheinung traten und versuchten, sich unter den SP-Genoss/inn/en zu verankern. Drittens intervenierten die IKÖler/innen bei Diskussionsveranstaltungen und -treffen der Hindels-Strömung, wo man sich nicht so sehr auf aktuelle Auseinandersetzungen und Diskussionen konzentrierte, und zwar ebenfalls nicht völlig offen, aber doch eindeutiger vorging – da der ehemalige Trotzkist Hindels ja ohnehin wusste, mit wem er es zu tun hatte. Im Folgenden soll anhand einiger Beispiele skizziert werden, mit welcher politischen Ausrichtung die IKÖ die Intervention in die Sozialdemokratie betrieb.

So wurde im Oktober 1948 vor allem im Bereich der Hindels-Opposition ein 12-seitiges Papier mit dem Titel *Vorwärts zum revolutionären Linkssozialismus!* in Umlauf gebracht, das mit *Revolutionäre Linkssozialisten* gezeichnet und am Anfang und am Ende mit dem Vermerk *Weitergeben!* versehen war. Es handelte sich im Wesentlichen um eine Kritik an der politischen Ausrichtung von Hindels. Positiv sei, dass Hindels – anhand der Fragen Koalitionspolitik, Klassenkampf und Staatsauffassung – die Frage des Unterschiedes zwischen Reformismus und

---

<sup>116</sup> siehe unten

<sup>117</sup> *Österreich – Wahlen in der Konjunktur*, Spartakist Nr.85, September 1954

Linkssozialismus angeschnitten habe,<sup>118</sup> denn viele Arbeiter würden sich längst über den Reformismus, dessen Resultate sie am eigenen Leib verspüren würden, Gedanken machen. Es stelle sich aber die Frage, ob Hindels wirklich eine über den Reformismus hinausweisende Alternative zu bieten habe – worauf dann anhand der drei von Hindels aufgeworfenen Fragen eingegangen wurde:

Hindels behaupte – mit dem Hinweis auf die sozialdemokratischen Alleinregierungen in Schweden und Großbritannien und mit Augenmerk auf die die Koalitionspolitik theoretisierende SPÖ-Führung –, dass Reformismus nicht notwendigerweise Koalitionspolitik bedeute. Tatsächlich aber – so die IKÖ – hätte Koalitionspolitik mit bürgerlichen Kräften verschiedene Erscheinungsformen: die unverhüllte Zusammenarbeit der SP mit bürgerlichen Parteien, Tolerierungspolitik, „oppositionelle“ Politik, „rein sozialistische“ Regierungen. All diesen Formen der Koalitionspolitik sei

„eine Grundeinstellung eigen: dass die kapitalistische Wirtschaft, der kapitalistische Staat vom Proletariat nicht revolutionär umgewälzt werden braucht, sondern dass der Sozialismus auf dem Wege von Reformen friedlich herbeigeführt werden könne. Diese Grundeinstellung ist für den Reformismus charakteristisch (...), ist seine politische Grundlinie (...) der Zusammenarbeit mit Bürgerlichen, sei es nun offen oder verdeckt. (...) In England und Schweden ist die Lage so, dass die nach wie vor an der Macht befindliche Kapitalistenklasse es für vorteilhafter *für die Erhaltung der kapitalistischen Macht in Wirtschaft und Staat* erachtet, wenn sie selbst aus der Regierung wegbleibt und sie der SP überlässt. Aber regieren heißt nicht, die Macht besitzen! Kapitän des kapitalistischen Schiffes bleibt die Kapitalistenklasse; die SP ist nur zum Steuermann avanciert! (...) Das grundlegend Wichtigste für die Kapitalistenklasse bleibt dabei, ob es sich um England, Schweden, Österreich oder sonst ein kapitalistisches Land handelt, die Erhaltung ihrer ökonomischen und politischen Macht. Und diese tastet die SP nirgends, auch nicht im ‚sozialistischen‘ England, an. Sie kann sie gar nicht antasten, denn diese Macht ist nicht mit Reformen, sondern nur mit einer Revolution zu vernichten.“

Die Koalitionseinstellung und -politik sei „die Grundlinie jeder SP, und spiele sie sich noch so ‚links‘ auf!“ Auch die SP wäre sowohl vor 1934 als auch zwischen 1934 und 1945 eine reformistische Partei gewesen und werde es auch sein, wenn sie einmal eine Alleinregierung bilden sollte.

„Es ist klar, dass es für einen tatsächlichen revolutionären Linkssozialismus nur eine Wahl geben kann: den Weg zu sozialistischer Revolution zu betreten, mit dem Reformismus, seiner Koalitionsgrundlinie *prinzipiell* zu brechen.

Hindels ist nicht auf diesem Wege. Für ihn ist die Koalition, die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, mit ihren Parteien wenigstens zeitweise unvermeidlich. Er beteuert, dass die Linkssozialisten ‚keine sturen Dogmatiker‘, ‚keine sektiererischen Prinzipienreiter‘ sind. Sie lehnen nur die Koalition ‚auf lange Sicht‘ ab. Besonders hebt er hervor, dass es außenpolitische Faktoren sein können, die eine zeitweise Koalition mit bürgerlichen Parteien notwendig machen. Für Hindels verwandelt sich daher die Frage der Koalitionslinie und -politik in eine *taktische* Frage.“

Die IKÖ war hingegen der Ansicht, dass gerade in der Zeit nach 1945, auf die sich Hindels bezieht, eine revolutionäre Politik die Position der Arbeiter/innen/klasse gestärkt hätte und angesichts der Zerrüttung der kapitalistischen Herrschaft sogar eine Machtergreifung der Arbeiter/innen/klasse, in deren Richtung diese ja instinktiv Schritte gesetzt hätte, möglich gewesen wäre. Die Argumentation von SPÖ und KPÖ, dass man dann verhungert und von den Besatzungsmächten erdrückt worden wäre, sei zwar kein Wunder, aber bürokratisch, nationalborniert und falsch. Die Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter/innen/klasse hätte zu einem Elan

---

<sup>118</sup> in: Zukunft Nr.9, September 1948

der Arbeiter geführt, weil – trotz unzweifelhafter Schwierigkeiten bei Aufbau der Wirtschaft – die Früchte der Arbeit nicht den kapitalistischen Geldsäcken, sondern den Arbeiter/inne/n selbst zugutegekommen wären.

Ein „Arbeiterösterreich“ hätte als revolutionärer Herd ausgestrahlt und auch auf die alliierten Soldaten seine Wirkung gehabt. Außerdem sei eine Besatzungsmacht ja auch die Stalinbürokratie, die so viel vom proletarischen Internationalismus spreche (und in die Gegenrichtung handle). Und „saßen nicht damals in Frankreich und Italien SP und Stalinpartei in der Regierung? Kam nicht im Sommer 1945 die Labour party ‚an die Macht‘? Hätten sich SPÖ-KPÖ nicht an diese Regierungen wenden müssen, um das Vorgehen der Besatzung gegen die revolutionären Arbeiter zu verhindern?“ Hindels möge sich ehrlich Rechenschaft darüber geben: „Waren die Massen 1945 ihrer Macht näher als heute oder nicht, trotz Kriegsende und Besatzung?“

Selbst eine Niederlage einer revolutionären Erhebung hätte das Bewusstsein der Arbeiter/innen/klasse stärken können, während die kampflose Restauration des Kapitalismus bei den Arbeiter/innen/n das Gegenteil bewirkt hätte.

„Heute haben sie, dank der Koalition ‚aus außenpolitischen Gründen‘ den wiederhergestellten Kapitalismus vor sich, die erstarkte Macht der Bourgeoisie, die wieder fest im Sattel sitzt. Allerdings, eines wäre bei dieser revolutionären Politik nicht möglich gewesen: die Besetzung von so und so viel Posten in Staat und Gemeinde durch die SP-Bürokratie, durch die Reformisten.

(...) wer die zeitweise Zulässigkeit der Koalition bejaht, wer die Koalition für eine taktische Frage hält und nicht für eine prinzipielle, der macht den Reformisten nur die Mauer. (...) Die revolutionäre Linie, die Linie des proletarischen Klassenkampfes ist völlig unvereinbar mit jeder Koalitionseinstellung, mit jeder Koalitionsesinnung, da sie, wie Hindels selbst richtig sagt, ‚... die Kampfkraft der Arbeiterklasse lähmt, die sozialistische Zielsetzung verdunkelt und, auf lange Sicht gesehen, die Partei in eine kleinbürgerliche Wohlfahrtseinrichtung verwandelt.‘“

Anschließend wandte sich die IKÖ der Frage der Staatsauffassung zu. Nach einer kurzen Zusammenfassung der Entwicklung der Staatstheorie bei Marx und Engels,<sup>119</sup> die schließlich bei dem Ergebnis ankam, dass der bürgerliche Staat von der Arbeiterklasse nicht für ihre eigenen Zwecke benutzt werden könne, sondern zerschlagen werden müsse, werden die Ansichten von Hindels unter die Lupe genommen:

„Hindels schildert die reformistische Staatsauffassung sehr gut. Ihr Wesen ist: es bleibt eigentlich alles beim Alten, der kapitalistische Machtapparat wird in seinem Kern nicht angerührt. Und Hindels erkennt, ‚dass der alte, nach den Bedürfnissen des Klassengegners gezimmerte Staatsapparat für die sozialistische Umgestaltung nicht brauchbar ist‘. Aber was macht er aus dieser Erkenntnis? Er kommt zu dem Schluss, dass ‚es die vornehmste Aufgabe des sozialistischen Ministers ist, sich mit sozialistischen Beamten zu umgeben, die reaktionäre Bürokratie – und möge sie über noch so große Erfahrungen verfügen – auszuschalten‘.

(...) Hindels will also nicht bloß die ministerielle Spitze austauschen, sondern anstelle der alten kapitalistischen Sektionschefs sozialistische Beamte setzen, im übrigen also den Apparat, wie ihn die Bourgeoisie für ihre Zwecke aufrichtete, bestehen lassen. Aber dieser Apparat ist von oben bis unten durchaus auf die Niederhaltung der Massen eingespielt, er ist Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie gegen die Massen. Und was Hindels richtig sieht für den ‚sozialistischen‘ Minister, dass er nämlich bald der Gefangene der alten Bürokraten ist, das gilt genauso für die sozialistischen Beamten. Auch sie werden sehr bald

---

<sup>119</sup> siehe dazu: Christina Stojanovic: *Die Entwicklung der Staatstheorie bei Marx und Engels*, in: Marxismus Nr.2, Dezember 1994

sich als ebenso brauchbare Organe der Massenniederhaltung erweisen. Sie werden vom übrigen kapitalistischen Apparat verschlungen werden. (...) Hier, in der Frage des Staatsapparats, kennt die Kapitalistenklasse kein Nachgeben. Sie ist für sie die entscheidende. Sie verzichtet sogar vorübergehend auf ihren Profit, wie 1917 in Russland, sabotiert selbst die Produktion – aber sie lässt in der Frage des Machtapparats nicht locker. Ja, die Aufrechterhaltung des entscheidenden kapitalistischen Kernapparats ist überhaupt Voraussetzung, bevor sie sich auf die Koalition, auf die ‚rein sozialistische‘ Regierung einlässt. (...)

Hindels ist also von der revolutionären Staatsauffassung meilenweit entfernt. So viel richtiges er auch zu der Frage der Staatsauffassung sagt: er verbleibt im Wesen durchaus auf dem Boden der reformistischen Staatsauffassung. Er unterscheidet sich von den Reformisten höchstens durch – eine Illusion mehr.“

Zur Frage des Klassenkampfes formulierte die IKÖ, dass der Klassenkampf im Betrieb und auf der Straße für Revolutionäre der grundlegende Kampf sei, während das Parlament höchstens als Tribüne für revolutionäre Propaganda dienen könne und daher als Nebenkriegsschauplatz zu betrachten sei:

„Was Hindels von den Reformisten, besonders von den Neoreformisten, unterscheidet ist, dass ‚die Linkssozialisten die Beschränkung des Klassenkampfes auf die parlamentarische Tätigkeit ablehnen‘. Gegen die ungeheure Macht der Bourgeoisie, sagt er richtig, kann das Proletariat nicht bloß mit dem Stimmzettel, nicht ausschließlich mit parlamentarischen Methoden kämpfen. Und für ‚bestimmte Situationen‘ verlangt er die Mobilisierung der Massen, um ‚den Klassegegner unter Druck zu setzen‘.“

Damit habe Hindels seinen wahren Standpunkt ausgesprochen: Er wolle lediglich mehr Druck ausüben und betrachte den Massenkampf als Hilfsdienst für den Parlamentarismus. Es gehe ihm nicht „um die Steigerung dieses Druckes bis zum Sturz der Bourgeoisie“. Es sei aber schon ein Fortschritt, wenn Hindels die Notwendigkeit von außerparlamentarischen Aktionen erkenne. Er solle wenigstens mit diesem einen Punkt wirklich ernst machen. Jeder wirkliche Linkssozialist müsse jeden Schritt in diese Richtung unterstützen. Denn: „Dass die Ablehnung des Massenkampfes durch die Reformisten kein Zufall ist, ist klar. Sie wittern, dass die Aktion der beste Lehrmeister der Massen ist, ihr Selbstvertrauen hebt, ihr Kraftbewusstsein stärkt, sie zusammenschweißt.“

Schließlich geht die IKÖ noch auf einige „Verdrehungen“ ein, die sie Hindels anlastet: erstens die Bezeichnung des Stalinismus als Kommunismus und damit die Gleichsetzung der Politik der frühen Komintern mit der der Stalinbürokratie; zweitens, dass Hindels Trotzki für die ultralinken Tendenzen in der frühen Komintern verantwortlich macht (eine Anschuldigung, die aus dem stalinistischen Arsenal der Geschichtsfälschung stamme).

Insgesamt bleibe Hindels auf halbem Wege stehen und versuche, eine Mittelstellung zwischen Schärf, Helmer und Co. einerseits und revolutionärer Politik andererseits einzunehmen. Insofern könne seine Stellung bestenfalls als zentristisch bezeichnet werden, in der entscheidenden Frage der Koalitionspolitik habe er aber eher eine linksreformistische Position. Es gehe jetzt vor allem darum, dass Hindels in der Frage des außerparlamentarischen Kampfes ernst mache und sich an die sozialistischen Arbeiter wende. In der Aktion würden sich für die Arbeiter auch viele andere Fragen klären:

„Sie werden im Verlaufe des Kampfes, im inneren Parteikampfe und erst recht im Kampf im Betrieb und auf der Straße, bald mit allem Halben und Zwitterhaften fertig werden. Sie werden zum revolutionären Marxismus vorwärts schreiten, zum unversöhnlichen Bruch mit der Kapitalistenklasse, mit ihren Parteien, zum Bruch mit dem Reformismus in allen seinen Schattierungen!“

Nach dem Beschluss der Fraktionsarbeit auf der 2. Konferenz der IKÖ wurden von der *Fraktionsarbeitsgemeinschaft* (FAG) schließlich verschiedene Anleitungen dafür verfasst. So heißt es in den *Richtlinien für die Fraktionsarbeit in der SP* von Anfang April 1949:

„Zur zweckmäßigen Organisation einer systematischen F.Arbeit in der SP werden von nun an fallweise schriftliche Richtlinien für die in der Fraktionsarbeit tätigen Genossen herausgegeben. Die sollen als Richtlinie zur Unterstützung in der praktischen Arbeit unserer Genossen dienen und dabei vor allem von den in der praktischen Tätigkeit gemachten Erfahrungen ausgehen und sie für alle Genossen verwerten. Damit sie diese Aufgabe erfüllen können, müssen uns vor allem die schriftlich einzusendenden Berichte rechtzeitig zugehen.

Gemäß den Beschlüssen unserer Konferenz ist ‚das Ziel unserer F.Arbeit in der SP die revolutionäre Propaganda für unsere Organisation. Dieses Ziel ist in erster Linie durch die individuelle Propaganda anzustreben und zu erreichen. Erfolge in der individuellen Propaganda sind aber nur dann möglich, wenn wir es verstehen, uns die Basis für diese zu bereiten. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, dass wir noch mehr als bisher systematische Arbeit innerhalb der SP leisten. Die beste Basis für unsere Propaganda ist eine ernste linke Opposition. Daher gehört zu den wichtigsten Aufgaben für die Arbeit innerhalb der SP die Unterstützung und Befruchtung der linken Tendenzen‘. (Auszug aus dem Beschluss ‚Unsere nächsten Aufgaben‘).

Damit ist die allgemeine Linie unserer F.Arbeit in der SP, SJ und Scharfbewegung in der nächsten Etappe vorgezeichnet, es gilt nun die organisatorischen Maßnahmen zu treffen um sie schrittweise zu erweitern, vertiefen und planmäßig zu organisieren. Der organische Einbau in diese Organisationen, die Gewinnung des Vertrauens ihrer Arbeiterbasis und damit erst die Wirksamkeit unserer F.Arbeit kann sich im Allgemeinen nur in drei Etappen vollziehen:

- α) Aktive Mitarbeit in den untersten Einheiten der SP, SJ und Scharfbewegung (Sektion, Ortsgruppe etc.). Damit ist wahrscheinlich immer die Notwendigkeit der Übernahme einer Funktion in diesen Organisationen verbunden, die uns damit aber auch im bedeutend höheren Maße das Recht zur Kritik und Mitbestimmung in diesen Organisationen ermöglicht und eine enge und dauernde Kontaktnahme mit dem unteren Funktionärskader erlaubt.
- β) Nach Schaffung einer festen Basis und Gewinnung des politischen Vertrauens der ehrlichen SP Arbeiter, müssen unsere Genossen ihren politischen Einfluss bei diesen erweitern, sich als Delegierte zu den Parteikonferenzen (Bezirkskonferenzen etc.) wählen lassen und dort nach Möglichkeit mit anderen Genossen gemeinsam organisiert auftreten. Das heißt in den Diskussionen zu den dort aufgeworfenen Fragen sprechen, eventuell auch eigene Anträge und Resolutionen einbringen. Somit auf einer wirklich linken revolutionären Position kämpfend zu einem Kristallisationspunkt einer revolutionären Opposition werdend.
- χ) Das strategische Ziel dieser Arbeit ist endlich die Gewinnung der besten fortgeschrittensten Arbeiter, bzw. ganzer Gruppen für unsere eigene Organisation.“<sup>120</sup>

Für die aktuelle Situation wurden ergänzend die *Politischen Hinweise zur F.-Arbeit* hinzugefügt:

„1. In der nächsten Etappe wird das politische Leben in der SP vor allem durch die kommenden Wahlen bestimmt werden. Bei der Vorbereitung und Diskussion des Wahlprogramms sind vor allem geschickt die Forderungen unseres Übergangsprogramms zu verwenden. (Studiere es aufmerksam!) Als zentrale Frage ist vor allem die Forderung

---

<sup>120</sup> *Richtlinien für die Fraktionsarbeit in der SP*, Nr.1, FAG, 1.4.1949

‚nach einer kapitalistenfreien sozialistischen Alleinregierung‘ nach den Wahlen zu stellen.

2. Diskutiere die Stellung der SP zum Atlantikpakt. Zeige den faktischen Bankrott der sogenannten Dritten Kraft auf und führe somit die ehrlichen sozialistischen Arbeiter auf den einzigen Ausweg für das Weltproletariat, den internationalen revolutionären Klassenkampf hin.

3. In der Vorbereitung der Maifeiern sind vor allem jene Losungen zu verwerten und praktisch anzuwenden, die sich aus den in Punkt 1 aufgeworfenen politischen Fragen ergeben. *Jeder unserer Genossen nimmt aktiv an den Maifeiern teil!*<sup>121</sup>

Gleichzeitig wurden in dem Papier *12 Punkte zur F.-Arbeit* einige Tipps zum konkreten Verhalten in der Fraktionsarbeit gegeben:

„Für die fraktionelle Tätigkeit lassen sich nur wenige allgemeine Regeln aufstellen. Die Geschicklichkeit, Findigkeit und Phantasie wird jedem Einzelnen oft beistehen müssen. Aber unsere Konzeption für diese Tätigkeit wollen wir in einigen Punkten zusammenfassen:

1. Erste Aufgabe ist sich in die am Anfang noch ungewohnte Umgebung einzuleben. Sich gründlich über die Personen und Tendenzen orientieren. Sich bei den nach links strebenden Elementen bekannt machen. Sich das Vertrauen der Arbeiter erwerben. (...)

2. Unsere Aufgabe besteht heute noch nicht so sehr darin, einen rev. Flügel herauszubilden, sondern bei dessen Herausbildung dabei zu sein und mitzuhelfen. Wir müssen auf ‚lange‘ Sicht arbeiten und nicht den Schwerpunkt auf ‚schnelle‘ individuelle Erfolge legen. Berücksichtigt muss werden, dass wir an einer Aktion teilnehmen, in der wir noch sehr ungenügende Erfahrungen haben.

3. Unser Ziel muss sein: Wenn die Arbeiter in Bewegung geraten und zu den opportunistischen Organisationen und ihren verräterischen Führungen in Opposition treten, müssen wir bereits sein, einzugreifen, ihnen den Weg zu zeigen und gemeinsam mit ihnen zu kämpfen. Wir müssen diese Situation abwarten können und sie ausreifen lassen!

4. Wir rollen am Anfang unserer Tätigkeit nicht so sehr theoretische Fragen auf, sondern agitieren für die Tagesinteressen des Proletariats. Wir nehmen die Opportunisten beim Wort und fordern einen wirklichen Kampf für deren eigene Programme. Dabei werden wir in jedem einzelnen Fall versuchen, diese ‚Forderungen‘ der Opportunisten in Übergangsforderungen einmünden zu lassen. Basis dieser Tätigkeit ist das Übergangsprogramm.

5. Jeder in der Fraktion tätige Genosse muss sich über die grundsätzlichen Fragen der Partei im klaren sein und muss vor allem jederzeit in der Lage sein, Ernst und Charakter seiner opportunistischen Partner richtig einzuschätzen. (...) Basis dieser Tätigkeit sind die Thesen der ersten vier Weltkongresse der Komintern.

6. Jeder Verein hat seine eigene Problematik. Wenn man in ihm etwas mitreden will, muss man die Fragen, die ihn bewegen, genau kennen. Wir müssen also seine Presse und die Einstellung seiner führenden Funktionäre ständig studieren und sie mit der Stimmung bei den Mitgliedern derselben Organisation vergleichen.

7. Individuelle Prop.Fälle wollen wir solange es geht, im Rahmen jener Organisation, wo wir eingesetzt sind, belassen und mit ihnen dort eine oppositionelle Zelle bilden. Diese Zellen werden eine Zwischenstation in der Entwicklung zu unserer Org. darstellen; sie werden der besseren Auslese und unserem größeren konspirativen Schutze dienen. Auch für die Fraktionstätigkeit selbst werden sie von Vorteil sein. Dabei ist in jedem

---

<sup>121</sup> *Politische Hinweise zur F.-Arbeit*, 1.4.1949, FAG

einzelnen Fall an die zweckmäßige Koppelung der offenen Opposition mit der geheimen Fraktion zu denken.

8. Jene Genossen, die sich in diesen Übergangszellen bewähren und zu Kaderelementen befähigt sind, werden wir als Kandidaten in unsere Org. übernehmen. Es ist aber auch möglich, daß solche Übergangszellen (eventuell verstärkt durch weitere Genossen von uns) zu konspirativen BZ oder gar im fortgeschrittenen Stadium zu AZ,<sup>122</sup> also zu Teilen unserer Org selbst werden.

9. Für's erste steht uns für die Fraktionsarbeit nur unser marxistisches Wissen zur Verfügung, das wir mündlich weitergeben. Zur weiteren Unterstützung unserer Fraktionstätigkeit soll uns auch unser schriftliches Propagandamaterial (der Sozialist), sowie in besonders günstigen fortgeschrittenen Prop.-Fällen unsere eigenen Org.Propagandaschriften (Spartakist, Sonderschriften etc.) dienen. Ihr Einsatz ist in jedem einzelnen Fall sorgfältig zu prüfen!

10. Jedes zweite Monat, erstmalig zum 5. Mai 1949 sind von jedem in der Fraktionsarbeit tätigen Genossen periodisch schriftliche Berichte zu liefern. Bei besonderen Anlässen muss das sofort erfolgen. Dies muss initiativ geschehen. Die Berichte selbst sind mit konkreten Vorschlägen, kritischen Rückblicken und den vermutlichen Perspektiven der Fraktionstätigkeit zu verbinden und sollen vor allem folgendes enthalten:

Die eigene Stellung in der Einsatzorganisation (politischen Einfluss, eventuelle Verbindungen mit eigenen und sympathisierenden Genossen.

In welcher Form wurde bisher systematische F.Arbeit geleistet?

Die Reaktion der Parteibürokratie auf unsere Tätigkeit. Die Lage anderer Gruppierungen in der SP, SJ, Scharfbewegung etc.

Berichte über den Einsatz des ‚Sozialist‘. Über Kritiken an der Zeitung. – Welche Artikel hältst Du für notwendig? Mache diesbezügliche Vorschläge. – Sammle Adressen zur Weitergabe des ‚Sozialist‘.“<sup>123</sup>

Das zentrale schriftliche Propagandainstrument der IKÖ in der SPÖ-Intervention war also die Fraktionszeitung *Der Sozialist* – *Herausgegeben von oppositionellen sozialistischen Arbeitern*. In dem Kasten *Was will „Der Sozialist“?* wurden die Zielsetzungen wie folgt angegeben:

„*Der Sozialist* dient der Aufklärung und Erziehung der sozialistischen Arbeiterschaft. *Der Sozialist* stellt sich die Aufgabe, mitzuhelfen am Aufbau einer ernsten Linken in der Sozialistischen Partei. *Der Sozialist* will in der Partei wieder den Geist des Hainfelder Programms wachrufen, der durch die Politik der gegenwärtigen Parteiführung verschüttet ist. Lest und durchdenkt den *Sozialist*! Diskutiert über seine Ansichten mit anderen ehrlichen, aufrechten sozialistischen Genossen! Verbreitet seine Ideen in der Sozialistischen Partei weiter! Helft dem *Sozialist* in seinem Kampf zur Durchsetzung einer konsequenten sozialistischen Arbeiterpolitik!“<sup>124</sup>

Auf welcher politischen Linie im *Sozialist* vorgegangen wurde, sei mit einem Beispiel aus dem Sommer 1950 illustriert. In dem Beitrag *Acht Punkte zum kommenden Parteitag* ist die Stoßrichtung zusammengefasst:

„In knapp zwei Monaten (2.-4. September in Graz) findet der nächste Parteitag statt. Es ist daher jetzt schon notwendig, dass die brennendsten Fragen, mit denen sich der Parteitag beschäftigen muss, in den Sektionen und Jugendgruppen diskutiert und entsprechende

<sup>122</sup> BZ = B-Zellen, AZ = A-Zellen der IKÖ

<sup>123</sup> *12 Punkte zur F.-Arbeit*, 1.4.1949, FAG; Tatsächlich sind in diesem Papier aber nicht zwölf, sondern nur zehn Punkte enthalten.

<sup>124</sup> *Was will „Der Sozialist“?*, *Der Sozialist* Nr.18, Juli 1950

Anträge vorbereitet werden. Wir oppositionellen Sozialisten stellen bei der Vorbereitung des Parteitages folgende Punkte in den Vordergrund:

1. *Für die breiteste innerparteiliche Demokratie.* - Veröffentlichung aller Anträge vor dem Parteitag in der Parteipresse oder in eigenen Broschüren, die allen Mitgliedern zugänglich gemacht werden müssen. - Veröffentlichung der Protokolle des Parteitages. - Minderheitsrechte für Oppositionen (Vertretung in den führenden Organen, Herausgabe von eigenen Schriften im Rahmen der Partei). - Diskussions- und Redefreiheit - Stimmrecht nur für jene Delegierte, die von der Mitgliedschaft und den Vertrauensmännern gewählt wurden.
2. *Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik zur Verbesserung der Lage der Massen.* - Erhöhung der Reallöhne auf Kosten der kapitalistischen Profite. - Regelmäßige Veröffentlichung des Lebenshaltungskostenindex durch die Arbeiterkammer und die Gewerkschaften, wie vor 1934. - Kontrolle der Produktion und Verteilung durch die Betriebsräte und Gewerkschaften. - Mitbestimmung der Betriebsräte - Einsicht in die Geschäftsbücher der Kapitalisten. - Kampf in- und außerhalb des Parlaments gegen die kapitalistische Rauboffensive. - Gegen die Kartelle.
3. *Für ein Kampfprogramm gegen die Arbeitslosigkeit.* - Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnkürzung, d.h. die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeiter. - Öffentliche Lehrwerkstätten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter der Jugend. - Öffentliche Arbeiten und Bauten, zu denen die Mittel durch Besteuerung der kapitalistischen Profite und des kapitalistischen Luxus aufgebracht werden müssen. - Konsequenter Kampf gegen den Kapitalismus, der die Grundursache der Arbeitslosigkeit ist.
4. *Für eine sozialistische Wohnungspolitik.* - Teilung von Großwohnungen und Villen zugunsten der Wohnungslosen. - Für die entschädigungslose Enteignung der Zinshäuser. - Für den sozialen Wohnhausbau, zu dem die Mittel durch Besteuerung der kapitalistischen Übergewinne und des kapitalistischen Luxus aufgebracht werden.
5. *Für die konsequenteste Demokratie.* - Demokratisierung der Verwaltung. - Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften. - Wiedereinführung der Geschworenengerichte. - Ersetzung der Berufsrichter durch Laienrichter bei Übertretungen und kleineren Vergehen. - Vollständige Trennung von Kirche und Staat. - Keine Steuergelder für Religionsgemeinschaften. - Kein Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. - Keine konfessionellen Schulen. - Kostenloser Unterricht für Begabte an höheren Schulen. - Gegen das Bildungsprivileg der Reichen. - Gegen das Bundesheer - für eine Volksmiliz. - Für den Abzug aller Besatzungstruppen.
6. *Gegen den volksdemokratischen Terror.* - Für die Demokratie in der Arbeiterbewegung. - Gegen bürokratische Bevormundung und Ausnützung der Arbeiterbewegung durch den Kreml. - Für ehrliche und sachliche Austragung der politischen Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung - gegen die politische Lüge und Verleumdung. - Für eine vom Kreml und Imperialismus unabhängige sozialistische Klassenpolitik. - Für den proletarischen Internationalismus.
7. *Kampf gegen Reaktion und Faschismus.* - Mobilisierung der Massen (und nicht nur der kapitalistischen Polizei) gegen die Provokationen des VdU. - Mobilisierung der Massen zur Verteidigung der von der Reaktion bedrohten demokratischen Rechte und Freiheiten. - Errichtung von Ordnerorganisationen zum Schutze der Versammlungen und des Eigentums der Arbeiterorganisationen. - Der konsequente Klassenkampf gegen die Bourgeoisie ist der beste Kampf gegen Reaktion und Faschismus.
8. *Schluss mit der Koalitionspolitik.* - Schluss mit Geheimverhandlungen und Päckerei des Parteivorstandes. - Schluss mit jeder Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie - Für



eine sozialistische Regierung, die sich auf die Gewerkschaften und die übrigen Massenorganisationen der Arbeiterklasse stützt. – Für eine konsequente sozialistische Politik, die den Sturz der Bourgeoisie zum Ziele hat.

*Genossen, wählt nur Delegierte Eures Vertrauens!*<sup>125</sup>

Insgesamt wurden in diesem Text wohl ziemlich genau die Grenzen abgesteckt, bis zu denen man 1950 gehen konnte, ohne sich unter den SP-Arbeiter/innen/n völlig zu isolieren. Bei Punkt 6 hat man freilich – auch wenn von einem trotzkistischen Standpunkt gegen keine der Formulierungen etwas einzuwenden ist – den Eindruck, dass hier eine gewisse Anpassung an die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter/innen/schaft, in der sich Antistalinismus doch auch mit Antikommunismus vermischte, vorgenommen wurde.

Auf der 3. Konferenz der IKÖ 1951 konnte die Mehrheit dann bereits auf gute zwei Jahre Fraktionsarbeit zurückblicken. In der Perspektivenresolution wurden daraus folgende Schlüsse gezogen:

„Aus unserer Einschätzung der Lage ergibt sich, dass der günstigste Boden für unsere Tätigkeit nach außen im Rahmen der SP ist. Auf Grund unserer Erfahrungen in den letzten Jahren und der Entwicklung innerhalb der SP ist es möglich, für diese Arbeit ein viel konkreteres Programm aufzustellen, als dies auf der 2. Konferenz möglich war. Es ist dies ein Fortschritt, der nicht übersehen werden darf: Das taktische Ziel unserer Fraktionsarbeit in der SP ist nach wie vor, die Herausbildung eines linken Flügels innerhalb der SP zu unterstützen und zu befruchten. Die Linie auf die diese Arbeit geleistet wird ist die bisher in der Aktion ‚Y‘ verfolgte und weiter zu verfolgende: Die innerhalb der SP jeweils wichtigsten aktuellen Fragen (z.B. Lohn-Preis-Pakte, Wahlen, wichtige Konferenzen, Parteitage usw.) müssen von unseren Genossen zum Anlass genommen werden, um im Kreise von kritischen, bewussteren Mitgliedern innerhalb der SP kritisch aufzutreten. Unsere Kritik an der Linie des SP-Parteivorstandes soll immer positiv sein, d.h. wir müssen es verstehen, den von uns abgelehnten Standpunkt der SP-Führung einen für die besten SP-Arbeiter verständlichen Ausweg gegenüberzustellen: Der Koalitionspolitik – den konsequenten Klassenkampf gegen die Bourgeoisie; der ‚Macht‘politik der SP-Bürokratie im Parlament und in den Ministerien – die wirkliche Macht der Arbeiterklasse; der verschwommenen ‚realpolitischen‘ Sprache der SP-Führung – die Klassensprache des Proletariats. Wir werden uns auch in der kommenden Etappe auf zwei wichtige Fragen konzentrieren: Auf die Koalitionspolitik und die Machtfrage. Wir werden uns bemühen, an Hand dieser beiden Kardinalfragen den besten oppositionellen Elementen innerhalb der SP zu helfen, den beispiellosen Verrat der SP-Bürokratie zu erkennen. Unsere Genossen müssen innerhalb der oppositionellen Gruppierungen der SP tätig sein, aber auch selbst oppositionelle Elemente um sich sammeln. Ob es zweckmäßig ist, auf der Linie der Aktion ‚Y‘ oder durch individuelle Bearbeitung gewonnene Elemente, weiter in unsere Organisation zu führen oder zuerst in die oppositionellen Gruppierungen, wird in jedem Falle nach taktischer Zweckmäßigkeit entschieden werden müssen. Um den notwendigen Erfahrungsaustausch unserer in der Fraktion tätigen Genossen zu verbessern ist eine straffere zentrale Führung der Fraktionsarbeit notwendig.

Die Arbeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften bleibt nach wie vor wichtig. Dort wo es möglich ist, diese Arbeit innerhalb der SP-Fraktion der Gewerkschaft zu leisten, ist dies der günstigste Punkt, da wir hier mit dem wichtigsten Teil der SP-Opposition, der Opposition in den Betrieben, in unmittelbaren Kontakt kommen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Arbeit in den Betrieben die schwierigste ist, da es hier nicht nur auf

---

<sup>125</sup> *Acht Punkte zum kommenden Parteitag*, Sozialist Nr.18, Juli 1950

oppositionelles Reden und Diskutieren, sondern vor allem auch auf konsequentes Handeln ankommt.“<sup>126</sup>

Die 1954 von der wieder vereinigten IKÖ angenommenen Resolution *Lage und Aufgaben in Österreich* bestätigte die Ausrichtung auf die SPÖ, nun aber – obwohl aber auch zuvor zwischen IKÖ und IKÖ (O) in Praxis keine großen Unterschiede bestanden – nicht mehr unter dem Etikett der Fraktionsarbeit, sondern unter dem der SP-Arbeit oder des *Entrismus*:

„Die erste Phase unserer Arbeit in der SP bestand in dem individuellen Eindringen unserer Genossen in diese Partei oder deren Gliederungen und die Zusammenfassung unserer Mitglieder zu einer Fraktion. Da es sich in dieser Phase vor allem darum handelt, die Anerkennung als gleichberechtigte Mitarbeiter zu erhalten, mussten wir bei der Vertretung unserer politischen Ansichten zurückhaltend sein und durften über das durchschnittliche Bewusstsein der SP-Arbeiter nicht viel hinausgehen.

Bei dieser Etappe unserer Arbeit in der SP entstehen zwei Gefahren. Erstens können unsere Genossen durch allzu starkes und allzu langes Anpassen an die Arbeitsbedingungen in der SP dem Praktizismus und dem Opportunismus der SP verfallen. Zweitens besteht die Gefahr der Isolierung, unter Umständen sogar der Entdeckung unserer Fraktion, wenn wir mit allzu überspitzten Ansichten auftreten. Beiden Gefahren konnten und können wir nur begegnen, wenn wir gleichzeitig mit der Arbeit in der SP die organisierte Tätigkeit unserer selbständigen Organisation fortsetzen, d.h. uns intensiv in den Zellen mit den nationalen und internationalen Problemen der Arbeiterklasse vom Standpunkt der IV. Internationale aus beschäftigen.

Für diejenigen unserer Genossen, die sich in der SP bereits akklimatisiert haben, beginnt jetzt eine zweite Phase ihrer Arbeit. Sie müssen lernen, eine dem jeweiligen Niveau ihres Milieus entsprechende Linie, die linker ist als die Durchschnittsansichten, konsequent einzuhalten. Dabei kommt es nicht auf die ‚revolutionäre‘ Form, sondern auf den Inhalt an. ‚Linker‘ als die anderen darf hier nicht bedeuten, Tausende Schritte von der SP-Linie entfernt allein auf einer eigenen Linie zu marschieren, sondern soll bedeuten, immer nur einen Schritt dem Bewusstseinsniveau der SP-Arbeiter voraus zu sein, um es ihnen zu ermöglichen, den Anschluss zu finden.

Zur Durchführung einer solchen Linie gehört viel Geschick und Erfahrung. Es gehört vor allem eine gründliche Kenntnis der Entwicklung und der Tendenzen innerhalb der SP dazu. Die Entwicklung seit 1945 hat gezeigt, dass es keiner Strömung innerhalb der SP gelungen ist, die Führung der Rechten (Schärf, Helmer, Waldbrunner) zu erschüttern oder gar die Einheit der Partei ernstlich zu gefährden. Die einzelnen oppositionellen Strömungen wurden entweder ausgeschlossen (die prosozialistische Scharf-Gruppe) oder endeten zumindest vorläufig in der Isolierung (Opposition in der Gewerkschaft, SJ, Hindels). Die Scharf-Gruppe war Ausdruck der Massenunzufriedenheit der ersten Nachkriegsjahre und hatte anfangs Aussicht, zu einer ersten oppositionellen Strömung zu werden. Ihr Absinken zum Prosozialismus schnitt ihr jedoch jede weitere Entwicklung ab und ließ sie zu einer Sekte erstarren. Die Opposition gewisser Gewerkschaftsbürokraten (Hillegeist-Mantler) war ein Reflex der Massenunzufriedenheit der ersten Jahre des Marshallplanes. Die mit dem Fortschreiten des Marshallplanes sich ergebende Konjunktur stoppte ihre Entwicklung ab. Die ersten Erschütterungen, die sich mit dem Zuendegehen des Marshallplanes zeigten, drückten vorübergehend die ganze SP relativ nach links, welcher Umstand schließlich das Verschwinden dieser oppositionellen Ansätze bewirkte.

Die SJ-Hindels-Opposition ging in den ersten Nachkriegsjahren aus der SJ-Führung hervor. Obwohl die meisten Leute der SJ-Opposition später vor den Rechten kapitulierten,

---

<sup>126</sup> *Die Lage und unsere Aufgaben*, Resolution der 3. Konferenz der IKÖ (im Anhang des Konferenzprotokolls)

behauptet sich Hindels mit einem kleinen Kreis bis heute. Er versucht durch seine Tätigkeit in den Gewerkschaften Anschluss an die Betriebsarbeiter zu gewinnen. Er stellt zweifellos einen der fähigsten und potentiell wichtigsten zentristischen Führer dar.

Keine der aufgezählten oppositionellen zentristischen Tendenzen konnte Teile der SP-Betriebsarbeiterschaft an sich ziehen, obwohl sie sich zweifellos bemühten, in dieser, als der potenziell wichtigsten Kraft jeder Opposition, eine Stütze zu gewinnen. Zu den bereits oben angeführten Ursachen für diese Erscheinung kommen noch hinzu: die SP-Arbeiter erblicken in relativ kleinen Gruppierungen wie SJ und Hindels-Opposition keine wirkliche Perspektive; sie befürchten eine Spaltung der SP als Folge des oppositionellen Kampfes; die parlamentarischen Illusionen haben noch große Kraft.

Der Entwicklungsgang der oppositionellen Tendenzen in der SP seit Kriegsende lehrt uns, dass wir die objektiven und subjektiven Faktoren bei der Entstehung und Entfaltung solcher Tendenzen fortlaufend genau analysieren müssen. Dadurch können wir ihre aktuelle und potenzielle Bedeutung möglichst exakt einschätzen und demgemäß unsere Taktik einrichten. Welche Rolle und Bedeutung die seit 1945 hervorgetretenen oppositionellen Tendenzen künftig bei der Herausbildung eines ernsten linken Flügels in der SP und bei der schließlichen Formierung der neuen Klassenpartei erlangen werden, ist heute schwer abzuschätzen; es ist eher zu erwarten, dass sich im Zusammenhang mit den kommenden Ereignissen neue oppositionelle Kräfte und Tendenzen zeigen werden. Zweifellos ist der Herausbildungsprozess der neuen revolutionären Klassenpartei sehr kompliziert und relativ langwierig.

Daraus folgt, dass wir uns darauf einstellen müssen, längere Zeit in der SP zu bleiben. Wir müssen vor allem trachten, in den potenziell wichtigsten Teilen der SP, in die Reihen der Betriebsarbeiterschaft einzudringen und dort wichtige Positionen zu besetzen. Wir müssen damit rechnen, dass nur schwere wirtschaftliche, politische und soziale Erschütterungen instande sein werden, die Stellung der rechten SP-Führung zu erschüttern und Bedingungen für die Entstehung von größeren zentristischen Gruppierungen zu schaffen. Bei gleichzeitigem Vorhandensein einer spontanen Massenbewegung wird sich in dieser Lage die reale Möglichkeit für die Schaffung der neuen revolutionären Klassenpartei unmittelbar ergeben. Es muss unser heute schon ins Auge gefasstes Ziel sein, dass sich dann unsere Kader aktiv sowohl im Zentrum der spontanen Massenbewegung als auch im Zentrum der politischen Bewegung, der zentristischen Strömung befinden. (...)

Wenn wir damit rechnen, dass unsere Genossen noch eine Reihe von Jahren innerhalb des Milieus der SP arbeiten werden, so birgt das gewisse Gefahren, denen wir begegnen müssen. Folgende Punkte müssen beachtet werden, damit das Ziel unserer Arbeit in der SP erreicht wird:

- a) Um in den Zellen die aus unserer Arbeit in der SP sich ergebenden Probleme und Aufgaben laufend von unserem trotzkistischen Standpunkt aus bewältigen zu können und das revolutionäre Bewusstsein der Mitglieder ununterbrochen zu stärken, ist das Studium und die Diskussion der wichtigsten Dokumente unserer Internationale eine vordringliche Aufgabe. Die Notwendigkeit des Bestehens einer nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebauten und geführten Weltpartei soll im Bewusstsein unserer Mitglieder fest verankert werden.
- b) Die Schulungs- und Erziehungsarbeit muss trotz der vielen Aufgaben, die uns aus der Arbeit in der SP erwachsen, aufrechterhalten werden. Das Studium der Arbeiten von Marx-Engels, Lenin und Trotzki gehört nach wie vor zu den laufenden Aufgaben. Das gleiche gilt für die wichtigsten Probleme der internationalen Revolution, im Besonderen der Kolonialrevolution.
- c) Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um neue, vor allem junge Kräfte an unsere Organisation heranzuziehen. Trotzdem für die individuelle Propaganda

innerhalb der SP konspirative Schwierigkeiten bestehen, müssen konkrete Versuche unternommen werden. Hier gibt es ein wichtiges Arbeitsgebiet für Genossen, die aus dem einen oder anderen Grund nicht in der SP verankert sind.

- d) Die Mitarbeit an einem zentristischen Organ innerhalb der SP oder die Unterstützung eines solchen durch unsere Fraktion gehört zu den Aufgaben der nächsten Etappe unserer Arbeit in der SP. Es würde möglich sein, in einem solchen Organ die nationalen und internationalen Probleme des Klassenkampfes zu behandeln, zwar nicht vom revolutionären Standpunkt aus, aber zumindest auf einer Linie, die der Linie unserer SP-Arbeit entspricht. Beim Erscheinen eines solchen Organs, das zweifellos im Zentrum unserer Arbeit in der SP stehen wird, wird es doppelt notwendig sein, dass unser offizielles Organ weiter regelmäßig erscheint und den vollen trotzkistischen Standpunkt vertritt.
- e) Um die täglichen Aufgaben in der SP-Arbeit erfüllen zu können, ist es notwendig, eine schmiegsame Taktik auszuarbeiten. Die Überprüfung und Ergänzung dieser taktischen Linie an Hand der Erfahrungen, wird eine ständige Aufgabe der gesamten Organisation sein. (...)“<sup>127</sup>

Diese letzte angeführte Passage zeigt erstens, dass es beim *tiefen Entrismus* eben darum ging, eine linke, *zentristische* Strömung aufzubauen, und nicht darum, innerhalb der SPÖ eine revolutionäre Strömung mit vollem Programm zu formieren. Letzteres war unter den objektiven Bedingungen sicherlich nicht möglich. Fragt sich nur, ob das gegen das Auftreten mit vollem Programm oder gegen den Pabloschen Entrismus spricht. Die Passage zeigt aber zweitens, dass sich die IKÖ 1954 durchaus darüber im Klaren war, dass a) das Bewusstsein und die Stimmung für die Entwicklung einer Opposition innerhalb der SP-Arbeiter/innen/schaft nicht sehr günstig waren und dass b) mit keinen kurzfristigen Erfolgen zu rechnen war. Drittens beinhaltete diese Textstelle auch einige weniger treffende Einschätzungen: Der Niedergang der verschiedenen Oppositionsströmungen war wohl weniger auf eine relative Linksentwicklung der SPÖ zurückzuführen, sondern vor allem auf die Stabilisierung des Kapitalismus und damit die Verfestigung der materiellen Grundlage für den Reformismus. Und obwohl man sich auf eine längerfristige Perspektive der Intervention in die SPÖ einstellte, rechnete die IKÖ – und hier besonders die Führung der ehemaligen Opposition – doch in absehbarer Zeit mit einer massiven Zuspitzung der Klassenkämpfe und damit auch mit einer grundlegenden Änderung der Situation in der Sozialdemokratie. Dass der Reformismus gerade in Österreich noch eine jahrzehntelange relativ stabile Existenz vor sich haben sollte, erwartete niemand – und konnte aufgrund der bisherigen historischen Erfahrungen auch nur schwer jemand erkennen.

Angesichts dessen waren die Ergebnisse der IKÖ-Intervention in die Sozialdemokratie in den zehn Jahren der alliierten Besatzung eher mager. Vom Aufbau eines linken Flügels oder auch nur der Beteiligung an einem solchen war man weit entfernt. Was aber sicherlich gelang, war die Verankerung von Genoss/inn/en in Basisstrukturen der SPÖ und in der Hindels-Strömung, in denen man durch Diskussionen und teilweise auch durch die Fraktionszeitung eine gewisse politische Beeinflussung ausüben konnte – eine Beeinflussung, die über wohlwollende Zustimmung nicht hinausging und keine praktischen Folgen hatte, eine Verankerung, von der man aufgrund der ausbleibenden Klassenkämpfe nicht profitieren konnte. Diesen geringen Erfolgen stand außerdem gegenüber, dass sich etliche Genoss/inn/en so stark in das Milieu der SP-Arbeiter/innen/schaft, dem sie ja meist selbst entstammten, integriert hatten, dass sie sich ihm schließlich auch politisch anpassten und in ihm aufgingen. Hatte die IKÖ bei der 2. Konferenz 1949 noch gut 80 Genoss/inn/en, so waren es bei der Wiedervereinigung 1954, also nach fünf Jahren SP-Intervention, nur noch etwas über 40 aktive Mitglieder und Kandidat/inn/en. Diese numerische Schwächung war aber freilich nicht nur auf die wenig erfolgreiche Arbeit in der

<sup>127</sup>

*Lage und Aufgaben in Österreich*, Spartakist Nr.82, Juni 1954

Sozialdemokratie zurückzuführen, sondern vor allem auf die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung und auch auf die demoralisierende Wirkung der Spaltung.

## Die IKÖ zu Titoismus und Stalinismus

Nach dem Entrismus war die Einschätzung der Entwicklung des Stalinismus und im Besonderen des Titoismus die zweite wichtige Frage, in der zwischen der IKÖ und dem von Pablo geführten IS wesentliche Differenzen bestanden. Nachdem die IKÖ seit ihrem Bestehen in ihrer Presse und ihrer internen Diskussion ein Augenmerk auf die internationale Lage im Allgemeinen und auf die Sowjetunion und den Stalinismus im Speziellen gelegt hatte, beschäftigte sie sich im Frühjahr 1948 in einem ausführlicheren Artikel<sup>128</sup> mit den Umwälzungen in den osteuropäischen, von sowjetischen Truppen besetzten Ländern.

Man begann mit Grundsätzlichem: Die Sowjetbürokratie verteidige die Sowjetunion nicht nach proletarisch-revolutionären Gesichtspunkten, sondern allein nach militärisch-strategischen. Sie „liquidiert mit polizeilich-administrativen Mitteln, durch eine ‚Revolution von oben‘ die Bourgeoisie und gleicht die annektierten Länder in ihrer wirtschaftlichen Struktur vollständig der Sowjetwirtschaft an“. Das wäre in Ostpolen, dem Baltikum und in Ostpreußen passiert, während von Polen bis Bulgarien auf eine Annexion verzichtet worden sei, weil die Stalinbürokratie keine Konfrontation mit dem Imperialismus provozieren wollte.

In der ersten Etappe nach 1945, nach der Erstickung der Masseninitiativen durch die Stalinist/inn/en, seien in den osteuropäischen Ländern die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse vorherrschend geblieben. Die Durchdringung des Staatsapparates – insbesondere des Innenministeriums inklusive der Polizei – durch die mit den Bürgerlichen kooperierenden Stalinisten hätte nichts an dessen klassenmäßiger Zusammensetzung geändert. „Diese beiden Tatsachen bestimmen den sozialen Charakter dieser Länder als kapitalistischer Staaten – auch wenn sie von ‚kommunistischen‘ Regierungen geführt werden, auch wenn an ihrer Spitze die Stalinbürokraten Gottwald, Tito und Dimitroff stehen.“

Erst die Zuspitzung der Gegensätze zwischen Imperialismus und Sowjetbürokratie und ein damit verbundenes Aufkommen der osteuropäischen Bourgeoisien würde die Stalinist/inn/en zwingen, „die Bourgeoisie auf mechanische und administrative Weise zu liquidieren und die Länder des ‚Glacis‘ der SU einzuverleiben“. Der Beginn des Marshallplanes und des Kalten Krieges durch den Westen sei ein Versuch gewesen, „das strategische ‚Glacis‘ der SU (...) zu sprengen“. Daraufhin hätte die sowjetische Führung auf die Gleichschaltung gesetzt, wobei die Mobilisierung der Massen lediglich in bürokratisch kontrollierten Formen abgelaufen wäre.

Abgesehen davon, dass die IKÖ davon ausging, dass die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse mit einer direkten Annexion durch die Sowjetunion einhergehen werde, hatte sie also durchaus ein treffendes Verständnis der Entwicklungsprozesse in den osteuropäischen Staaten. Das Proletariat der Glacisstaaten stehe in dieser Situation jedenfalls „vor der schweren Aufgabe, den Kampf gleichzeitig gegen die ‚eigene‘ Bourgeoisie wie gegen die das demokratische Selbstbestimmungsrecht mit Füßen trampelnde Sowjetbürokratie führen zu müssen“.

Im Sommer 1948, unmittelbar nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito, ging die IKÖ auf diese Frage ein: Auch wenn Jugoslawien bereits 1946 etwa 82 Prozent der Industrie verstaatlicht hätte, hätte die Dorfbourgeoisie ihre Position behaupten können. „So ist im Grunde die kapitalistische Profitwirtschaft erhalten geblieben. was sich geändert hat, sind die *Formen*, unter welchen sie betrieben wird: Verstaatlichung usw. Der kapitalistische *Inhalt* wird für die meisten Arbeiter durch die Formen verhüllt. Aber er ist da und wird und muss sich geltend machen.“<sup>129</sup> Diese neuen Formen seien der schwer angeschlagenen Bourgeoisie nach dem

---

<sup>128</sup> Eine „Volksdemokratie“ wird gleichgeschaltet!, Spartakist Nr.30, März 1948

<sup>129</sup> Was bedeutet der Bruch mit Tito?, Spartakist Nr.34, Juli 1948

Krieg aufgezwungen worden, gleichzeitig die Massenenergien in die Volksfront gelenkt worden:

„Die Stalinpartei, mit Tito an der Spitze, rettete die Bourgeoisie um den Preis ihrer völligen politischen Unterwerfung unter die Kontrolle und Macht der Stalinbürokratie. (...) Der alte kapitalistische Staatsapparat war nach dem Krieg ziemlich hergenommen. dennoch war er klassenmäßig ein kapitalistischer Staatsapparat. (...) Da nun die ‚Volksdemokratien‘ im Grunde bürgerliche Regimes sind, Regimes, die die ökonomische Basis der Bourgeoisie, ihre Profitwirtschaft nur der Form, nicht aber dem Inhalt nach verändert haben (was nur die proletarische Revolution vermag), so muss sich diese ihre bürgerliche Klassennatur äußern, d.h. die Bourgeoisie wird sich unvermeidlich ihre verloren gegangenen politischen Positionen zurückzuerobieren trachten.“

Hier zeigen sich theoretische Schwächen oder Unsicherheiten der IKÖ: Sie hält ein Außerkraftsetzen der kapitalistischen Profitwirtschaft nur durch eine proletarische Revolution für möglich. Dabei muss freilich in Rechnung gestellt werden, dass zu diesem Zeitpunkt der Charakter der stalinistischen Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse in Osteuropa 1948/1949 kaum einschätzbar war.

Was den Hintergrund des Bruches zwischen Stalin und Tito betrifft, so argumentierte die IKÖ, dass es um verschiedene Interessen von nationalen stalinistischen Bürokratien ginge, die sich besonders in der Frage der von Tito angestrebten<sup>130</sup> und von Stalin abgelehnten *Balkanföderation* gezeigt hätten. Es sei schwer, ein Dokument zu finden, das den Beschluss der Kominform<sup>131</sup> über den Ausschluss Titos „an Heuchelei und grotesker Komik zu überbieten imstande ist“. Bezüglich des Nationalismus-Vorwurfes der Stalinisten an Tito meint die IKÖ:

„Zweifelloos: der nationalistische Kurs Titos ist vorhanden. Aber erst seit heute? Die Kremlbürokratie, die überall, in allen Ländern einen nationalistischen Kurs eingeschlagen hat, die selbst ihren großrussischen Nationalismus überall voranstellt, hat den Nationalismus Titos erst entdeckt, als er ihren eigenen außenpolitischen Interessen im Wege stand!“<sup>132</sup>

Mit dem ihm von der Moskauer Bürokratie vorgeworfenen *Trotzkismus* hätte Tito hingegen überhaupt nichts zu tun. Wenn „Tito, der gelehrige Schüler eben dieser Bürokratie, (...) seinen Lehrmeistern Degeneration“ vorwerfe, dann hätte er „tausendmal recht. Aber es fragt sich, was er damit meint und welche Schlüsse er daraus zieht!“ Mit dem trotzkistischen Verständnis des Degenerationsprozesses hätte er jedenfalls nichts zu schaffen. Er hätte vielmehr „die Politik und Methoden der Stalinbürokratie überall mitgemacht“, wie in Spanien, wo er GPU-Agent gewesen sei, und würde sie jetzt in Jugoslawien weiter betreiben:

„(...) er denkt nicht im mindesten daran, seine eigene bürokratische Diktatur über die Massen aufzugeben, das Polizeiregime über sie zu liquidieren, die jugoslawische Bourgeoisie durch die Entfaltung der revolutionären Energie der Massen zu stürzen, die freie jugoslawische Republik der Arbeiter und armen Bauern aufzurichten, die sich auf die frei gewählten Arbeiter- und Kleinbauernräte stützt. An das alles denkt Tito nicht: er ist nach wie vor Fleisch vom Fleische der Stalinbürokratie.“

Besonders absurd sei es schließlich nach Ansicht der IKÖ, wenn die Kominform Tito „Negation der führenden Rolle der Partei“ und „Bürokratismus“ vorwerfe. Bezüglich letzterem sei die

<sup>130</sup> In diesem Zusammenhang war die IKÖ der Ansicht, dass Tito „den Nationalismus der großserbischen Bourgeoisie übernommen (habe), mit deren Resten er in der ‚Nationalen Front‘ zusammenarbeitet“.

<sup>131</sup> Kominform = *Kommunistisches Informationsbüro*: lose, von 1947 bis 1956 existierende stalinistische „Nachfolgeorganisation“ der 1943 aufgelösten stalinisierten Komintern.

<sup>132</sup> Es folgen Hinweise auf die nationalistische Forderung der PCF nach der Annexion des Saarlandes und des Ruhrgebietes, auf die Forderung von PCI und KPÖ nach Südtirol (jeweils für den „eigenen“ imperialistischen Staat), auf die historische Bezüge Stalins auf zaristische Generäle.

jugoslawische Partei ein „Ebenbild der russischen Stalinpartei“, und bezüglich ersterem würden die Stalinisten seit 1934 dauernd von den *Interessen der Nation* und ähnlichem daherreden, von den proletarischen Interessen schweigen und sich als *Demokraten* oder *Antifaschisten* maskieren.

„Die ganze verräterische Linie der ‚Volksfront‘ ist in Wahrheit Negation der führenden Rolle der Partei: denn sie bedeutet im Grunde Unterordnung der proletarischen Interessen unter die Interessen der Bourgeoisie, ihres ‚linken‘ Flügels. Und die ‚Volksfront‘-linie stammt aus – Moskau, von den Stalin & Co.!“

Bezüglich der Perspektiven der ganzen Angelegenheit formulierte der IKÖ-Autor folgendes:

„Tito versucht, sein Regime nach beiden Seiten zu sichern: mit Moskau verbindet ihn sein politisches Regime, zu den Imperialisten treibt ihn die drängende wirtschaftliche Notwendigkeit (...). Er hoffte, in diesem Spiel seine eigene Position zu stärken, sich gegen Moskau auf die Imperialisten, gegen diese auf Moskau zu stützen.“

Dieser treffenden Betrachtung wurde die ebenfalls treffende Erwartung hinzugefügt, dass die Tito-Krise nicht die letzte in den Glacisländern gewesen sein werde. Die Bourgeoisie werde die durch innere Widersprüche ausgelösten Krisen für sich nutzen wollen, worauf die Kremlbürokratie mit militärischer Gewalt antworten werde. Dadurch werde sie die Massen dem Imperialismus in die Arme treiben.

Tito sei ein „Miniaturstalin“, ein Bürokrat, allerdings ein oppositioneller Bürokrat, der außerdem über einen eigenen Machtapparat und einen eigenen Massenanhang verfüge und dessen Aufbegehren gegen die Sowjetbürokratie die Autorität des Kreml angreife. Das könne in der Arbeiterbasis der stalinistischen Parteien wichtige Nachdenkprozesse auslösen – worin seine positive Bedeutung liegen könne. Insgesamt unterschied sich somit diese erste Antwort der IKÖ auf den Bruch zwischen Tito und Stalin deutlich von der des IS. Und die IKÖ sollte – wie wir sehen werden – auch nicht bereit sein, so schnell klein beizugeben.

Bereits ein Monat später setzte die IKÖ in ihrer Einschätzung der Entwicklungen innerhalb des Stalinismus nach<sup>133</sup> – und beschrieb die Haltung der Kominform-Parteien so: „Natürlich bellt die ganze Bürokratenclique der Pauker, Togliatti & Co. gegen ihren gestrigen Kollegen Tito, vor dem sie auf dem Bauch lagen, solange er in der Gunst Moskaus stand, los.“ Tito wiederum hätte seinen „Parteitag mit den gewohnten Stalinschen Methoden vorbereitet“, führe den Kampf mit militärisch-polizeilichen Mitteln und begäbe, „gegen die stalintreuen Elemente in Jugoslawien“ zu säubern. Sein „bürokratisches Regime“ beruhe „gerade darauf, dass er das Monopol seiner Partei unversehrt aufrechterhält“.

Tito, der durch die ökonomischen Sanktionen der stalinistischen Länder in die Arme des Imperialismus getrieben werde, stelle durch seine relative starke Verbindung mit der nationalen Bourgeoisie ein Hindernis für die Pläne der Sowjetbürokratie dar:

„Die Moskauer Bürokratie geht heute in verstärktem Tempo daran, die Glacisländer in die Zange zu nehmen, die dort noch vorhandenen bürgerlichen Eigentumsverhältnisse auf bürokratisch-polizeilichem Wege zu beseitigen und den Eigentumsverhältnissen der Sowjetunion anzupassen. In diesen Aktionen beweist sich wieder, dass es sich bei der Stalinbürokratie um keine neue Klasse, sondern um eine auf dem Boden des Arbeiterstaates emporgewucherte entartete Bürokratie handelt, die gezwungen ist, überall jene Eigentumsverhältnisse einzuführen, die den Boden ihrer Privilegien abgeben.“

Diese Entwicklung sei mit der Einsetzung völlig loyaler und abhängiger Bürokraten verbunden. Die bürokratischen Aktionen seien Reaktionen der russischen Bürokratie auf das Erstarken der nationalen Bourgeoisie durch die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse in den Glacisländern. Im Allgemeinen hat sich hier die Analyse der Umwälzungsprozesse in Ost-

---

<sup>133</sup> *Der Bruch Tito – Stalin*, Spartakist Nr.35/36, August/September 1948

europa also bereits verfeinert: Die Anpassung der Eigentumsverhältnisse an die der Sowjetunion wird nicht mehr so stark mit der direkten Annexion durch die Sowjetunion gleichgesetzt. Gleichzeitig werden aber die Titoist/inn/en als Hemmnis für diese Umwälzung angesehen – und das, obwohl der Prozess in Jugoslawien schon weiter fortgeschritten war als in den anderen osteuropäischen Ländern. Dabei kommt zum Ausdruck, dass weiterhin die Errichtung eines von Beginn an bürokratisch degenerierten Arbeiter/in-nen/staates – bei Aufrechterhaltung eines bürgerlichen Staatsapparates unter Dominanz der Stalinist/inn/en – von der direkten Beteiligung der sowjetischen Bürokratie und ihrer Armee abhängig gemacht wird (was in Jugoslawien und später in China, Kuba und Vietnam eben nicht der Fall war). Die Alternative der IKÖ ist demgegenüber eindeutig: „Weder Stalin noch Tito – Vorwärts zum freien Rätejugoslawien!“

Im Oktober 1948 „veröffentlichte“ die IKÖ dann auch den Standpunkt der internationalen Führung – allerdings nur in den *Internen Mitteilungen für die Mitglieder der IKÖ*, in denen zwei offene Briefe des IS an die KPJ abgedruckt wurden.<sup>134</sup> Allerdings fügte die Leitung – man hat fast den Eindruck: genüsslich – im Anhang eine *Resolution der KPJ* vom Juli 1948<sup>135</sup> hinzu, in der davon die Rede ist, dass das „ZK der KPJ, geführt vom Genossen Tito“ die Partei in der Periode zwischen 1937 und 1940 zu einer „monolithische(n) Kraft“ konsolidierte hätte, „nachdem es sie von den Fraktionisten – parteifeindlichen und trotzkistischen Elementen – gereinigt“ hätte. Die IKÖ-Leitung dürfte der Ansicht gewesen sein, dass diese Passage der KPJ-Resolution für sich spreche, da sie sich jedes weiteren Kommentars enthielt.

Im Sommer 1949 wandte sich die IKÖ dann erneut der „Krise des Stalinismus“ zu.<sup>136</sup> Diese hätte sich auf Polen, Albanien, Bulgarien und Ungarn ausgeweitet. In all diesen Ländern wäre innerhalb eines Jahres die stalinistische Führungsgarnitur (Rajk und Szöny in Ungarn, Kostoff in Bulgarien, Gomulka in Polen, Dodge und Christo in Albanien...) gesäubert worden. Die russische Bürokratie brauche in all diesen Ländern noch willigere Bürokraten – möglichst solche, die kaum über Unterstützung im eigenen Land verfügten und die deshalb völlig auf den Kreml angewiesen seien. Aber auch in der Sowjetunion selbst gebe es Spannungen in der Bürokratie, die im Falle des Todes von Stalin zu einer ernsten Krise werden könnten. Tito würde weiterhin nicht vor Stalin kapitulieren, hätte sich aber auch nicht völlig dem Westen untergeordnet, obwohl er angesichts seines Wunsches nach Dollaranleihen sehr wohl unter Druck der Imperialisten geraten sei, was sich beispielsweise in der Einstellung der jugoslawischen Unterstützung für die griechischen Partisanen gezeigt hätte. Tito würde weiterhin zwischen der Sowjetbürokratie und dem Westen lavieren.

Ab 1950 wurde die angespannte Situation zwischen der IKÖ und dem IS, zumindest was die Frage des Titoismus betraf, etwas entspannt. Das lag im Wesentlichen daran, dass sich in die politische Anpassung der internationalen Führung der 4. Internationale an den Titoismus – angesichts des Verhaltens der KPJ: gezwungenermaßen – nun auch stärker politische Kritik mischte. So konnte die IKÖ im Frühjahr einen Brief des IS an die KPJ publizieren,<sup>137</sup> in dem an Erklärungen des KPJ-ZK-Mitglieds Velko Vlahović Kritik geübt wurde. Die erste Erklärung beinhaltete Vlahovićs Ablehnung der Bildung einer Tito-Internationale und seine Ansicht, dass sich die Organisationsform der Komintern überlebt habe. Das IS argumentierte, dass die internationale Organisation der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung nichts an Bedeutung verloren habe, und stützte sich zu diesem Zweck auf eine ausführliche Darlegung der prinzipiellen Positionen der Komintern.

---

<sup>134</sup> *Interne Mitteilungen für die Mitglieder der IKÖ* Nr.16, 23. Oktober 1948; Die offenen Briefe datieren vom Juli bzw. September 1948.

<sup>135</sup> ebd.

<sup>136</sup> *Zur Krise des Stalinismus*, Spartakist Nr.47, August 1949

<sup>137</sup> *An die Leitung und an die Mitglieder der KPJ*, Spartakist Nr.52/53, Feber/März 1950



„Die Haltung, die Vlachowitsch<sup>138</sup> und Djilas in Bezug auf die Frage der Internationale als die Eurer Partei angeben, ist in der Tat nichts anderes als der Ausdruck einer Tendenz zur Kapitulation vor dem doppelten Druck, des Imperialismus einerseits und des Kreml andererseits.“

In einer zweiten Erklärung unterschied Vlahović zwischen „fortschrittlichen Arbeitern“, die Jugoslawien unterstützten, und „verschiedenen verdächtigen Typen, die sich um irgendeine Vierte Internationale sammeln, verschiedene imperialistische Agenten usw.“.<sup>139</sup> Wenn diese Erklärung – so das IS – von orthodoxen Stalinisten käme, „von einem jener, die Ihr mit Recht ‚Lügner, kominformierte Verleumder‘ nennt“, dann wäre das nicht weiter verwunderlich.

„Aber diese Erklärungen kommen von einem der Euren, sie sprechen im Namen Eurer Partei; eine Organisation, welche wir als eine revolutionäre Strömung betrachten, die sich aus richtigen und fortschrittlichen Erwägungen heraus von der konterrevolutionären Kontrolle des Kreml befreit hat.“

Es wäre fatal, wenn die KPJ nun begänne „dieselben verfaulten Mittel wie der Stalinismus anzuwenden“ – und das obwohl der KPJ-Führer Mosa Pijade erkannt habe, dass die Budapester Schauprozesse nach demselben Muster abliefen und von denselben Leuten organisiert würden wie die Moskauer Prozesse 1936 bis 1938 und obwohl derselbe Pijade gesagt habe, dass die Degeneration der Komintern begonnen habe „seit jenem Tage, wo man proklamierte, dass der Trotzismus aufgehört habe, eine Strömung in der Arbeiterbewegung zu sein“.<sup>140</sup> „Gebt uns nicht den peinlichen Eindruck, dass die Vorurteile und die vom Kreml eingeführten Praktiken nunmehr auch in Eurer Organisation die Oberhand gewinnen.“

Die KPJ war durch solche Appelle freilich nicht zu beeindrucken. Die titoistische Bürokratie war an weltrevolutionären Bestrebungen ebenso wenig interessiert wie an einer Kooperation mit der 4. Internationale – und sie machte das auch deutlich. Im Jänner 1951 erklärten Edvard Kardelj (in der Nationalversammlung) und Tito (gegenüber einem westlichen Korrespondenten) unisono, dass sich die Trotzist/inn/en in der Praxis im Schlepptau der sowjetischen Außenpolitik befänden und dass sie nur mit Worten die sowjetische Bürokratie bekämpften.

Die Antwort war ein neuerlicher Brief des IS an die KPJ, den die IKÖ Anfang 1951 veröffentlichte.<sup>141</sup> Darin stellte das IS fest, dass der Kampf der Trotzisten nicht erst vom Juni 1948 datiere – und sie wären die einzigen in der internationalen Arbeiterbewegung, die Jugoslawien konsequent gegen die Verleumdungen des Kreml verteidigten. Das nicht anzuerkennen, bedeute Gedächtnisschwäche und Unkenntnis.

„Was Ihr als unsere so genannte Kapitulation in der Praxis vor den sowjetischen Bürokratie bezeichnet habt, das ist in Wirklichkeit unsere Linie der bedingungslosen Unterstützung aller Kämpfe der proletarischen und kolonialen Massen gegen ihren Klassenfeind, selbst wenn diese Kämpfe augenblicklich von den Stalinisten geführt und vom Kreml ausgenützt werden; auf dieser Linie lehnen wir aber auch sehr kategorisch Eure gegenwärtige Auffassung über den Kampf gegen diese Bürokratie ab, die in der Unterstützung von anderen ‚demokratischen Kräften‘ als der des Proletariats und der kolonialen Massen besteht. Wir bekämpfen den Stalinismus innerhalb der Arbeiterbewegung mit den Kräften des Proletariats und der Kolonialmassen und wir vertrauen diese Aufgabe niemals dem Imperialismus und seinen reformistischen Agenten an. (...) Ihr sucht neue

---

<sup>138</sup> eingedeutschte Schreibweise von Vlahović

<sup>139</sup> zitiert nach: *An die Leitung und an die Mitglieder der KPJ*, Spartakist Nr.52/53, Feber/März 1950

<sup>140</sup> zitiert nach: ebd.

<sup>141</sup> *Erklärung des IS der IV. Internationale: An die KPJ* (Jänner 1951), Spartakist Nr.62-64, Jänner-März 1951

Verbündete bei den ‚demokratischen Kräften‘ (...) und bei der verfaulten Sozialdemokratie, die die konterrevolutionären Kräfte unterstützt, jene selben Kräfte, die die Restauration des Kapitalismus in Eurem Lande wieder herbeiführen wollen.“

In der Stunde der Gefahr, wenn Jugoslawien vom Kreml angegriffen oder von den Imperialisten in die Enge gedrängt würde, würden „Eure neuen ‚Freunde‘ durch ihre vollständige Passivität gegenüber dem Verlust Eurer Revolution ihren wahren Wert zeigen“. Die Trotzlisten hingegen würden kommen, um mit der Waffe in der Hand die vom Kreml oder dem Imperialismus bedrohten Eroberungen der jugoslawischen Revolution zu verteidigen.

Neben den deutlichen Distanzierungen der KPJ vom Trotzismus waren es nun die jugoslawischen Zugeständnisse an den Westen – insbesondere die jugoslawische Unterstützung für den Imperialismus im Koreakrieg – die dem IS die Ausrichtung auf den Titoismus zunehmend erschwerte. Dadurch, dass in den Stellungnahmen der 4. Internationale zu Jugoslawien nun stärker kritische Töne auftauchten, wurde dadurch in dieser Frage das Verhältnis zur IKÖ tendenziell entspannt. Da aber das IS trotz allem weiter große Hoffnungen auf die jugoslawische Revolution und die KPJ setzte und auch weiterhin Brigaden nach Jugoslawien schickte, die beim Wiederaufbau des Landes halfen, und da die IKÖ-Mehrheit auch bei ihrem Standpunkt blieb, war man von einer Lösung der Differenzen allerdings weiterhin weit entfernt.

Demgegenüber hatte sich die IKÖ (O) spätestens seit 1950 auch in der Frage des Titoismus als Unterstützerin des IS in Österreich zu profilieren gesucht. Im Sommer 1950 veröffentlichte die IKÖ (O) intern einen Beitrag,<sup>142</sup> der kritisierte, dass die IKÖ-Leitung bei der Veröffentlichung einer Resolution des 8. Plenums des IEK eine eigene Vorbemerkung vorausgeschickt habe und dass darin ihr verstärktes Sektierertum zu Ausdruck komme – besonders in der jugoslawischen Frage:

„Hier steht die IKÖ-Leitung auf dem bereits bekannten Standpunkt, dass sich in Jugoslawien die Titobürokratie an der Macht befindet, die die werktätigen Massen genauso unterdrückt wie die Stalinbürokratie in der SU. Daher gibt die IKÖ-Leitung, im Gegensatz zur Internationale, zum IS, die Losung zum Sturz des Titoregimes, allerdings gleichzeitig mit der Losung der Verteidigung Jugoslawiens gegen den Kreml im Namen des Selbstbestimmungsrechtes des jugoslawischen Volkes. Besonders kritisiert die ‚Vorbemerkung‘ den Mangel an jeglicher Kritik am ‚Titoismus‘, an den stalinistischen Methoden der Titobürokratie den Massen gegenüber. Hier steht, meint die IKÖ-Leitung, ‚das IS bereits mit beiden Füßen auf dem Boden des Titoismus‘! Schließlich ruft sie aus: ‚Wir werden nicht ruhig zusehen, wenn das IS den Trotzismus in Titoismus verwandelt‘.“

Weiter unten fasste die IKÖ (O) die eigene Sichtweise zusammen:

„Also: unter dem Druck der Massenbewegung, welchen Druck am bewusstesten die Führung der KPJ widerspiegelte, wandelte sich die KPJ aus einer stalinistischen, stalinisierten Partei wieder in eine proletarische, kommunistische Partei um. Das ist die Tatsache, die alles Spätere – und alles Heutige erklärt. Es war (und ist) noch keine Partei, die in allen Fragen schon den Klassenstandpunkt, den internationalistischen Standpunkt bezogen hat. Aber ihre Umwandlung ging immerhin soweit, dass sie die jugoslawische Revolution zum Siege zu führen imstande war, dass sie den bereits während des Bürger- und Befreiungskrieges keimhaft vorhandenen Bruch mit der Kremlbürokratie zum völligen Bruch entwickeln konnte – und seither gewaltige Schritte nach vorwärts gemacht hat und noch weitere machen wird.“

Die Umwandlung einer stalinistischen Partei in eine kommunistische (mit Schwächen) sei zwar eine Ausnahmerecheinung, etwas Ähnliches passiere aber gerade in China. Damit ging die

---

<sup>142</sup> *Verstärktes Sektierertum der IKÖ-Leitung*, Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.8, August 1950

IKÖ (O) sogar weiter als das IS – zumindest wird die KPJ in der Resolution des 3. Weltkongresses der 4. Internationale vom September 1951 lediglich als zentristische Partei charakterisiert. Außerdem schätzte die Resolution des Weltkongresses ein, dass die KPJ seit 1951 unter dem Druck des Imperialismus zunehmend einen Kurs mit „opportunistischen Abweichungen“ verfolge. Und während die IKÖ (O) weitere gewaltige Schritte nach vorwärts erwartete, fügte der Weltkongress hinzu: „Ohne radikale Änderung des Kräfteverhältnisses der Klassen im internationalen Maßstab wird sich diese Tendenz vertiefen.“<sup>143</sup> Man kann hier also fast den Eindruck bekommen, dass die IKÖ (O) versuchte, päpstlicher zu sein als der Papst – obwohl die politische Anpassung des IS an den Titoismus 1951 gegenüber 1949/1950 eben schon etwas zurückgegangen war. Jedenfalls setzte die IKÖ (O) in ihrer Kritik an der IKÖ-Mehrheit hinzu:

„Ein Wort zur Frage der nach Meinung der IKÖ-Leitung fehlenden revolutionären Kritik an der KPJ. Die IKÖ-Leitung muss verstehen, dass es hier, gerade hier, gilt, jedes ultimative Verhalten zu vermeiden. Die Kritik an der KPJ wird unserer Ansicht nach am besten – von der KPJ selbst geübt.“

Es gehe darum, Kritik nicht in einer doktrinären, sondern in einer fördernden Weise zu üben. Diese Herangehensweise der Internationale zeige bei der KPJ auch schon positive Resultate. Und:

„Wir haben volles Vertrauen in die jugoslawische Revolution, auf die jugoslawischen Massen, in die Evolution der KPJ, ihrer Führung, eine Evolution, die noch nicht beendet ist. Dieses Vertrauen muss auch die IKÖ fassen. Wir machen uns von der jugoslawischen Revolution kein schönfärberisches Bild, wir sehen sie mit allen ihren Schwächen und Widersprüchen. Aber wir sind gewiss: unser Wirken, das Wirken der IV. Internationale wird mithelfen, sie zu überwinden.

Ein sektiererisches, ultimatives Verhalten der jugoslawischen Revolution gegenüber kann nur bewirken, dass wir ihre volle Evolution behindern, lähmen. Deshalb rufen wir der IKÖ, ihrer Leitung zu: Macht Schluss mit den abstrakt-sektiererischen Denken, macht Schluss mit dem Ultimatismus, erkennt die Unhaltbarkeit eurer Position in der jugoslawischen Frage!“<sup>144</sup>

Im November 1950 – die Haltung Jugoslawiens zum Koreakrieg war mittlerweile offensichtlich geworden – war auch die IKÖ (O) schon etwas vorsichtiger. Man sei ja „immer der Meinung“ gewesen,

„dass es ohne Widersprüche und Schwankungen der KPJ nicht abgehen wird. Wichtig ist nur, dass wir unsere revolutionäre Kritik an der Politik der KPJ auf eine brüderliche Art üben, dass wir dabei nicht vergessen, dass wir nach wie vor Jugoslawien als einen Arbeiterstaat einschätzen, nach wie vor die KPJ nicht als eine verbürokratisierte Partei ansehen! Es kommt darauf an, gerade heute, in der kritischsten Etappe für Jugoslawien, den jugoslawischen Kommunisten mit revolutionärer Kritik zu helfen, aber dabei an ihrer Seite zu stehen!“<sup>145</sup>

Die IKÖ-Mehrheit hielt weiter an ihrer grundsätzlich anderen Einschätzung des Titoismus fest – und brachte das auf ihrer 3. Konferenz in der Resolution *Die jugoslawische Revolution und die IV. Internationale*<sup>146</sup> zum Ausdruck:

---

<sup>143</sup> *Die jugoslawische Revolution und die IV. Internationale*, Resolution des 3. Weltkongresses, September 1951, in: Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.14, März 1952

<sup>144</sup> *Verstärktes Sektierertum der IKÖ-Leitung*, Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.8, August 1950

<sup>145</sup> *Nachbemerkung zum Artikel vom M. Pablo*, 30. November 1950, in: Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.9, November 1950

<sup>146</sup> *Die jugoslawische Revolution und die IV. Internationale*, Resolution der 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951, in: Interne Mitteilungen Nr.31, Juli 1951

„Der militärische und politische Zusammenbruch der eigenen Bourgeoisie und der imperialistischen Besatzungsmacht, das Vorhandensein einer breiten, kampfwilligen Massenbewegung, in der die Arbeiterklasse eine führende Rolle spielte, die Existenz der SU als bedeutenster antiimperialistischer Machtfaktor, das Fehlen der unmittelbaren Kontrolle des Kremls über die jugoslawische Partisanenbewegung und deren Führung, der jugoslawischen KP, alle diese Bedingungen zusammen ermöglichten den Sieg der jugoslawischen Revolution über die jugoslawische Bourgeoisie. Unter dem Druck der revolutionären Massenbewegung beseitigte die KP Jugoslawiens den kapitalistischen Staat und errichtete in mehreren Etappen einen bürokratisch beherrschten, deformierten Arbeiterstaat.“

Abgesehen davon, dass die Arbeiter/innen/klasse in der titoistischen Partisan/inn/enbewegung weder sozial noch politisch eine führende Rolle spielte und dass der titoistische Staatsapparat sehr wohl bürgerlichen Charakter hatte,<sup>147</sup> kam die IKÖ – im Gegensatz zum IS – also zu dem meines Erachtens richtigen Ergebnis, dass es sich beim titoistischen Jugoslawien um einen bürokratisch deformierten Arbeiter/innen/staat handelte.

Laut IKÖ<sup>148</sup> führe die „Deformierung durch die Titobürokratie“ dazu, dass der „Arbeiterstaat in Jugoslawien (...), ähnlich wie die SU, sehr weit von der marxistisch-leninistischen Konzeption eines solchen entfernt“ sei: „Die ‚proletarische Demokratie‘, das ‚Mitbestimmungsrecht der Massen‘ existieren nur auf dem Papier oder werden von der herrschenden Bürokratie nur in beschränktem Maße gewährt, nicht um die Massen für die Ausübung der Macht zu erziehen, sondern um sie zu beruhigen.“ Die Charakterisierung der KPJ und ihrer Führung durch das IS könne

„zu der Ansicht führen, dass die Interessen der jugoslawischen Revolution und der KPJ, die unter Führung der Titobürokratie steht, identisch sind. Die Interessen der jugoslawischen Revolution lagen und liegen den Tito & Co. nur insofern am Herzen, solange sie mit ihren jugoslawisch-nationalen, bürokratischen Interessen gleich liefen und gleich laufen. (...) Der ‚prinzipienlose Charakter der Politik‘ und die ‚Unterschätzung der internationalen Arbeiterbewegung‘<sup>149</sup> durch den Titoismus sind eben der Ausdruck anderer Interessen als der der jugoslawischen Revolution. Sie sind der Ausdruck klassenfremder, bürokratischer, jugoslawisch-nationaler Interessen, die der Weltrevolution und damit letzten Endes auch der jugoslawischen Revolution feindlich gegenüberstehen.“

Auch nach dem Bruch mit Stalin wäre die Titobürokratie „auf ihrer nationalkommunistischen Grundlinie“ verblieben, da die internationale Revolution für sie ein „zu großes Risiko“ dargestellt hätte. Stattdessen wäre die Politik der Titoisten in letzter Zeit immer rechter geworden, die KPJ stehe „bereits im Lager der ‚Demokratie‘, d.h. im Lager der Imperialisten“. Die Fortschritte, die die Titoisten unter dem Druck der Massen gemacht hätten, würden sie für ihre nationalökonomischen Interessen über Bord werfen.

„Die wesentlichsten und charakteristischsten Merkmale des Titoismus sind daher:

- a) Er ist der politische Ausdruck einer verbürokratisierten Schichte, die in einer unter besonderen Bedingungen siegreich gebliebenen Revolution in einem zurückgebliebenen Lande wurzelt;

---

<sup>147</sup> siehe dazu: Jovanovic / Stojanovic / Wegner: *Stalinismus und marxistische Staatstheorie*, in: *Marxismus* Nr.2, Dezember 1994

<sup>148</sup> *Die jugoslawische Revolution und die IV. Internationale*, Resolution der 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951, in: Interne Mitteilungen Nr.31, Juli 1951

<sup>149</sup> Zitate aus der Resolution des 9. Plenums des IEK zu Jugoslawien; Diese Formulierungen jener Resolution, die den Entwurf für den Weltkongress darstellte, finden sich in der vom Weltkongress beschlossenen Fassung wieder – siehe: *Die jugoslawische Revolution und die IV. Internationale*, Resolution des 3. Weltkongresses der IV. Internationale, September 1951, in: Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.14, März 1952

- b) seine Grundlinie ist der jugoslawische Nationalkommunismus;
- c) er beherrscht die KPJ und den jugoslawischen Arbeiterstaat;
- d) er beutet die Errungenschaften der jugoslawischen Revolution für seine bürokratischen Interessen aus;
- e) er isoliert die jugoslawische Revolution von der Weltrevolution, und ist dadurch zu einem Hindernis für deren Weiterentwicklung geworden;
- f) er steht der Weltarbeiterklasse und der Weltrevolution feindlich gegenüber. (...)

Die IV. Internationale darf niemals die Rolle der Titobürokratie gegenüber den Massen verschweigen, genau so wenig wie sie die Rolle Mao Tse Tungs gegenüber den chinesischen Massen vor der Weltarbeiterklasse verschweigen darf. Die IV. Internationale darf innerhalb der Arbeiterklasse keinen Augenblick die Illusion verbreiten, dass es sich bei Tito und seiner Clique um Leute handelt, die, wenn sie noch einige Erfahrungen sammeln werden, sich zu proletarischen Revolutionären, zu Trotzlisten entwickeln werden.“

Die Aufgabe, den jugoslawischen Massen zu helfen, „anstelle der Titodiktatur die proletarische Demokratie zu errichten“, müsse einer eventuell möglichen Zusammenarbeit mit der KPJ übergeordnet werden: „Der IV. Internationale darf es nicht um die Sympathien der Titobürokratie, sondern um die Sympathien der jugoslawischen Massen gehen.“ Dabei müssten bei Aufgaben, die sich aus der Notwendigkeit der Unterstützung der jugoslawischen Revolution ergeben, die jeweilige Situation der Sektionen berücksichtigt werden. Die IKÖ werde sich deshalb – angesichts der Illegalität und der Konzentration auf die Arbeit in SP und Gewerkschaften – „in erster Linie auf die propagandistische Aufklärung über die jugoslawische Revolution in den Reihen der fortschrittlichen Arbeiter beschränken müssen“.

In einer Resolution zum allgemeinen Kurs der 4. Internationale<sup>150</sup> fügte die 3. Konferenz der IKÖ hinzu, dass die Thesen des 9. Plenums den Sektionen in den Glacisländern und in Ländern wie China und Indochina eine Position empfehlen, „die auf eine Linksoption der Stalinpartei hinausläuft. Es besteht die Gefahr, dass jene Politik fortgesetzt wird, die die IV. Internationale vorübergehend zu einem politischen Anhängsel des Titoismus herabgedrückt hat.“

In den nächsten drei Jahren, bis zur Wiedervereinigung von IKÖ und IKÖ (O) 1954, sollte sich die Situation zur Frage des Titoismus dann langsam entspannen. Einerseits verstärkten sich – wie gesagt – angesichts der Politik der KPJ auch beim IS kritische Aspekte gegenüber dem Titoismus. Andererseits war auch die IKÖ, da sie einen Bruch mit der 4. Internationale vermeiden wollte und sich deshalb eben auf ein erneutes Zusammengehen mit der IKÖ (O) orientierte, an einer Entschärfung der Differenzen interessiert. Zwischen 1951 und 1954 druckten sowohl die IKÖ (O) als auch die IKÖ die verschiedenen Dokumente des IS zum Stalinismus ab. Eine kontroverielle Auseinandersetzung fand kaum mehr statt. In der vom Kontaktkomitee zwischen IKÖ und IKÖ (O) erarbeiteten Resolution,<sup>151</sup> in der man einerseits einen ökonomischen Aufschwung in den stalinistischen Staaten und andererseits eine Vertiefung der Krise des Stalinismus konstatierte, einigte man sich schließlich auf folgende knappe Formulierung, durch die man die Kontroversen de facto ausklammerte: „Diese Regimes sind, wie im Falle der UdSSR, ein entarteter Arbeiterstaat oder wie im Falle Chinas und der europäischen Glacisländer bürokratisch entstellte Arbeiterstaaten. Hiezu ist auch Jugoslawien zu zählen, dessen endgültige Haltung heute noch offen ist.“

<sup>150</sup> Resolution zu den „Thesen über die internationalen Perspektiven und den Kurs der Bewegung der IV. Internationale“, beschlossen von der 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951, in: Interne Mitteilungen Nr.31, Juli 1951

<sup>151</sup> Die internationale Situation und ihre Perspektiven, vorgelegt vom Kontaktkomitee der IKÖ - IKÖ (O), 3. April 1954

In der Einschätzung der Ereignisse in der DDR im Juni 1953 waren sich IS und IKÖ bereits einig gewesen. Man unterstützte die aufständischen Arbeiter/innen gegen die stalinistische Repression. Auch wenn die proimperialistischen Propagandisten versuchen würden, die Proteste auszunützen, und trotz der Verleumdungen von Seiten des Kreml handle es sich beim Arbeiter/innen/aufstand in Ostdeutschland um „die bedeutendste revolutionäre Aktion des deutschen Proletariats seit 1923“.<sup>152</sup>

Die Bewegung hätte einerseits für die Reduzierung der Arbeitsnormen und für Preissenkungen bei den Grundnahrungsmitteln<sup>153</sup> und andererseits „gegen die politische Expropriation der Arbeiterklasse“<sup>154</sup> gekämpft. Bei den Arbeiter/innen/demonstrationen seien gegenüber der Bürokratie Rufe wie *Wir sind die wahren Kommunisten, nicht ihr!* laut geworden. Durch die spätere Einmischung von einigen Gruppen von Reaktionären aus dem Westen sei der proletarisch-antikapitalistische Charakter der Bewegung zwar verfälscht, nicht aber verändert worden.

Dieser erste Versuch einer politischen Revolution in den Glacisländern hätte nichts gemein mit der angeblichen Sympathie dieser Arbeiter für das kapitalistische Regime in Bonn.<sup>155</sup> Dementsprechend sei die deutsche Bourgeoisie über die Streikbewegung sehr erschrocken gewesen, da sie „im vornhinein deren explosiven Charakter und die Gefahr, dass sie sich über die Demarkationslinie hinaus ausdehnen könnte“, erkannt habe. Ihre Angst sei so groß gewesen, „dass sie sofort jede Demonstration, öffentliche Versammlung in Westberlin verboten“ habe.<sup>156</sup> Jedenfalls stünde – so das IS – in den stalinistischen Ländern die politische Revolution auf der Tagesordnung.

### **„Wiederaufbau“, Streikbewegungen und Staatsvertrag**

Die Auseinandersetzung mit der Restauration des Kapitalismus in Österreich stellte für die IKÖ eine wichtige Aufgabe dar. Bereits bei der Gründungskonferenz Anfang Dezember 1946 wurde in der Resolution *Die Lage und unsere Aufgaben*<sup>157</sup> auf diese Frage eingegangen: Der österreichische Kapitalismus sei „unter direkter Protektion der Siegerimperialisten wie Stalins wieder aufgerichtet“ worden.

„Der würgende Besatzungsdruck, die noch halb daniederliegende Produktion, die aber den Kapitalisten bereits ansehnliche Profite abwirft, Schieber- und Spekulantentum, das frech ausräubert, die Bourgeoisie der Einzelländer, die Wien abriegelt, ein satt-frechtes Großbauerntum, das die Städte aushungert, – und all dem gegenüber eine ausgemergelte, abgerackerte und hungernde Arbeiterklasse, die trotz SP/Stalinpartei/Gewerkschaftsbürokratie immer wieder zum Kampf ansetzt, an ihrer Seite die halbverhungerten armen Mittelschichten in Stadt und Land: dieses Bild bietet Österreich eineinhalb Jahre nach der ‚Befreiung‘.“

Die Lage sei dadurch charakterisiert, dass sich die Bourgeoisie aufgrund der Massenstimmung weiterhin gezwungen sehe, die Sozialdemokratie (und aufgrund der sowjetischen Besatzungsmacht auch die KPÖ) in der Regierung zu dulden. Dennoch habe die Konsolidierung der Bourgeoisie Fortschritte gemacht, was sich einerseits in der Konsolidierung des Staatsapparates zeige und andererseits darin, mit welcher Schamlosigkeit sie gegen die Massen vorgehe.

---

<sup>152</sup> *Der Arbeiteraufstand in Ostberlin*, Broschüre der IKÖ, 1953

<sup>153</sup> ebd.

<sup>154</sup> *Erklärung des IS der IV. Internationale über die Ereignisse in Ostdeutschland und die gegenwärtige allgemeine Lage in den europäischen „Volksdemokratien“ und in der SU*, Spartakist Nr.77, Juli 1953

<sup>155</sup> ebd.

<sup>156</sup> *Der Arbeiteraufstand in Ostberlin*, Broschüre der IKÖ, 1953

<sup>157</sup> *Die Lage und unsere Aufgaben* (einstimmig angenommene Resolution der 1. Konferenz der IKÖ), in: Spartakist Nr.14/15, Dezember 1946/Jänner 1947

„Das Proletariat, welches die Hauptlast an Hunger und Elend trägt“, sei kampfbereit, SPÖ und KPÖ seien aber nicht bereit, den Kampfwillen tatsächlich zum Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Beide Parteien hätten – „so wie die SP 1918“ – den Kapitalisten erneut „in den Sattel geholfen. Beide haben die Arbeiter in den kapitalistischen ‚Wiederaufbau‘ eingespannt.“ Die Unzufriedenheit der Massen komme – aufgrund des Fehlens der revolutionären Partei – aber trotzdem weiterhin der SPÖ zugute.

Im September 1947 ging die IKÖ dann unter dem Titel *Die Kapitalisten sanieren sich auf Kosten der Arbeiter!* ausführlich auf das Lohn-Preis-Abkommen von 1947 ein.<sup>158</sup> Nachdem vorge-rechnet wurde, dass Lohnerhöhungen von 36 Prozent mit Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel und öffentliche Tarife um 80 bis 100 Prozent einhergingen, wurde resümiert, dass das Lohn-Preis-Abkommen „viel richtiger ein Lohnraub- und Preiserhöhungsabkommen genannt werden“ müsse.

In der arbeiterfeindlichen Unterstützung des Abkommens durch die SPÖ, die dauernd mit dem *demokratischen Sozialismus* hausieren gehe, finde sich weder etwas von Sozialismus noch etwas von Demokratie – da sie ihre Haltung keinem Entscheid ihrer Basis in den Betrieben unterzogen hätte. Die SPÖ erweise sich als Lakai der Bourgeoisie, ihre Praxis laufe „darauf hinaus, von den Massen zu verlangen, sie mögen noch mehr arbeiten und noch mehr ‚opfern‘ im Interesse des ‚Wiederaufbaus‘, der in Wirklichkeit der Wiederaufbau des Kapitalismus ist“.

Nachdem die KPÖ „in den letzten zwei Jahren bedenkenlos die wichtigsten Interessen der österreichischen Arbeiterklasse preisgegeben“ und den Wiederaufbau unterstützt habe, wende sie sich heute gegen das Lohn-Preis-Abkommen – allerdings einzig und allein deshalb, weil die Sowjetbürokratie mit dem anglo-amerikanischen Imperialismus in Konflikt geraten sei. Gleichzeitig beteuere der stalinistische Nationalrat Franz „Honner, dass ‚die Arbeiter sich noch nie geweigert haben, Entbehrungen und Opfer für die Sache des Wiederaufbaus auf sich zu nehmen“.

„Und das ist der entscheidende Punkt. Die Stalinpartei ist nämlich bereit, für den kapitalistischen Wiederaufbau die größten Opfer – der Arbeiter – zu bringen, wenn die österreichische Bourgeoisie ihre Außenpolitik zugunsten einer der Sowjetbürokratie genehmen Linie ändert. Der ganze ‚Protest‘ der Stalinpartei gegen das Lohn-Preisabkommen ist eine platonische Angelegenheit, durch und durch unernst und verlogen. Sie spielt ‚Opposition‘ und bleibt in der Regierung; sie stimmt gegen das Lohn- und Preisabkommen und lässt es bei dieser Geste bewenden. Gleich der SP steht sie auf der Linie der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, auch wenn diese Zusammenarbeit durch außenpolitische Komplikationen jetzt gestört ist.“<sup>159</sup>

Die IKÖ kam zu der Schlussfolgerung, dass sich die Arbeiter gegen einen neuerlichen Lohnraub wappnen müssen – und sie gab dazu folgende Stoßrichtungen aus, die von den IKÖ-Mitgliedern und -Sympathisant/inn/en dann auch in den Betrieben unter den Kolleg/inn/en argumentiert wurden: 1. Gewerkschafts- und SP-Führer müssten für jede Vorgangsweise die Zustimmung der gewählten Vertreter der Betriebsarbeiterschaft, der Betriebsräte, einholen. Die Gewerkschaften müssten demokratisiert werden. 2. Für eine gleitende Lohnskala! 3. Kontrolle der Unternehmergewinne, der offiziellen wie der inoffiziellen, Kontrolle des Kapitalprofits durch die Betriebsräte! 4. Arbeiterkontrolle der Produktion und Verteilung! 5. Solange das kapitalistische System unangetastet bleibt, hätte die Bourgeoisie die Möglichkeit, „sich das, was

<sup>158</sup> *Die Kapitalisten sanieren sich auf Kosten der Arbeiter!*, Spartakist Nr.23, September 1947

<sup>159</sup> Wie weit die KPÖ in ihrer patriotischen Begeisterung für den kapitalistischen Wiederaufbau ging, wird beispielsweise dadurch illustriert, dass die *Volksstimme* vom 3.3.1946 sich darüber freute, dass in Wien bereits wieder über 450 Ballveranstaltungen stattgefunden hätten, und bedauerte, dass „die rauschenden Luxusfeste, der Opernball und der Ball der Stadt Wien noch gefehlt haben“ – und das in einer Zeit der Unterernährung der Arbeiter/innen/kinder, von Arbeitsniederlegungen angesichts der Ernährungslage und weiterer Herabsetzungen der Lebensmittelrationen.

sie mit der einen Hand gezwungenermaßen geben muss, mit der anderen wieder zu nehmen“. Deshalb stecke hinter jeder Lohnfrage letztlich die Machtfrage.

Gegen die Behauptung der SPÖ, dass ein scharfer Kampf gegen die Kapitalist/inn/en unter den Bedingungen des Besatzungsregimes nicht geführt werden könne und den Wiederaufbau stören würde, argumentierte die IKÖ:

„In England, in Frankreich gibt es keine Besetzung und dennoch steht in diesen Ländern die Arbeiterklasse vor der gleichen Aufgabe wie in Österreich: der Verteidigung ihres Lebensstandards gegen die kapitalistischen Raubangriffe. *Lohn- und Preisregelung auf Kosten der Kapitalisten!* Dafür kämpfen die Sektionen der Vierten Internationale in England, in Frankreich, dafür müssen wir Internationalen Kommunisten auch in Österreich kämpfen.“

Zehn Monate später kam die IKÖ erneut auf die Frage zurück.<sup>160</sup> Angesichts der Propaganda vom „gemeinsamen Wiederaufbau der geliebten Heimat“ wären viele Arbeiter anfänglich bereit gewesen, ohne Lohn die Maschinen aus dem Schutt auszugraben.

„Aber das änderte sich bald. Die Arbeiter machten je länger desto schneller die Erfahrung, dass sie nicht ihre Fabriken und ihren Staat, wie es ihnen SP und Stalinpartei immer wieder einredeten, aufbauten, sondern die Fabriken und den Staat der Kapitalisten, dass, während sie mit 1000 Kalorien im Tag und einem Bettel als Lohn am ‚Wiederaufbau‘ schufteten, die Kapitalisten und besonders die Groß- und Mittelbauern fette Profite einheimsten.“

Auf der 2. Konferenz der IKÖ vom Februar 1949 zog man in einer 31-seitigen Resolution, die eine ausführliche ökonomische Untersuchung beinhaltete,<sup>161</sup> dann unter anderem Bilanz über den „Wiederaufbau“ zwischen 1945 und 1949. Seit 1946 sei es zu einer relativen Konsolidierung des österreichischen Kapitalismus gekommen. Diese Entwicklung hätte drei Eckpunkte gehabt: erstens die „Währungsreform“ von Ende 1947, die zu einem Anstieg der Produktion geführt habe; zweitens die Lohn-Preis-Pakte, die die Löhne niedrig gehalten und damit größere Profite ermöglicht hätten, und drittens der Marshall-Plan, der „in organisierter Weise die Konsolidierung des österreichischen Kapitalismus fördern und zum Abschluss bringen soll“:

„Das Ziel der Marshall,hilfe‘ ist (...) einerseits die völlige Restauration und Erstarkung des österreichischen Kapitalismus, andererseits die Herstellung der Kontrolle der USA über Österreich, die Verwirklichung der direkten Abhängigkeit Österreichs vom USA-Kapitalismus.“

Zur Durchsetzung ihres Zieles der „freien Wirtschaft“, der Beseitigung von lästigen behördlichen Kontrollen etc., hätten die Kapitalisten den offiziellen Markt immer mehr entblößt und den Hauptteil der Produktion auf den schwarzen oder grauen Markt – mit dem Preisniveau des Weltmarktes – orientiert, um dort die wesentlichen Profite zu erzielen. Die Bourgeoisie sei mit ihrer Strategie erfolgreich gewesen, denn der offizielle Markt sei so zerstört und die Bewirtschaftung auf entscheidenden Gebieten zertrümmert worden. Anstelle der Bewirtschaftung sei die Bildung von Monopolen und Kartellen, besonders von Preiskartellen, getreten. Auch „das jüngst erfolgte fast völlige Wegfallen der bisherigen Außenhandelskontrolle“ und die gefeierte Wiedereröffnung der Wiener Börse stellten Erfolge für den Abschluss der Restauration des österreichischen Kapitalismus dar. Die „Verstaatlichung der fünf Großbanken, zu welcher sich die Kapitalistenklasse nach 1945 bequemen musste“, ändere nicht das Geringste an der kapitalistischen Funktion der Großbanken.

Trotzdem bleibe der österreichische Kapitalismus weiterhin „eines der schwächsten Glieder der kapitalistischen Kette“: „Die Disproportionen in der Industrie, verschärft durch den Krieg und

<sup>160</sup> Gegen den „zweiten Markt“ – für die Arbeiterkontrolle!, Spartakist Nr.34, Juli 1948

<sup>161</sup> Die Lage und ihre Perspektiven (Resolution der zweiten Konferenz der IKÖ, Mitte Februar 1949), Spartakist Nr.42, März 1949



die Nachkriegsentwicklung, das Zurückbleiben der technischen Entwicklung der Landwirtschaft, die Demontagen und Beschlagnahmen verstärken die grundlegende Schwäche des österreichischen Kapitalismus.“ Die Bourgeoisie habe vor, diese Probleme „auf Kosten der breiten Massen, vor allem des Proletariats“, zu lösen.

Auf politischer Ebene hätte gleichzeitig die „Wiederaufrichtung des kapitalistischen Staatsapparates“ stattgefunden, Polizei und Gendarmerie seien „wieder fest in der Hand der Bourgeoisie und verlässliche Werkzeuge zur Unterdrückung der Massen“. Die staatliche Bürokratie befände sich wieder unter Kontrolle von erzreaktionären Kräften,<sup>162</sup> besonders der CVler. Der Justizapparat sei praktisch unverändert geblieben und zeige „immer schamloser seinen kapitalistischen Klassencharakter (Sabotage der Prozesse gegen große Nazi, gegen Großschieber usw.)“.

In den folgenden Jahren ging die IKÖ immer wieder in verschiedenen Artikeln und internen Dokumenten auf die Fragen des Wiederaufbaus und der Stabilisierung des Kapitalismus ein – auch und besonders in Zusammenhang mit den weiteren Lohn-Preis-Pakten. Da sich sowohl die Einschätzung als auch die Argumentationslinie weitgehend mit den bereits angeführten deckten, soll hier nicht genauer darauf eingegangen werden.

Die katastrophale Lebenssituation, besonders die Ernährungslage, des Großteils der Arbeiter/innen/klasse in den Jahren nach 1945 führte zu einer Reihe kleiner Streiks: von Druckereiarbeiter/innen, von Straßenbahner/innen, von den Arbeiter/innen der Saurerwerke in Wien, von den Bergleuten des steirischen Erzberges, von Arbeiter/innen der Möbelfabriken Zinterhof, ASKO und Pilar-Neumann, von den Beschäftigten der Schuhfabriken Aeterna und Eldorado, von Arbeiter/innen der Simmeringer Waggonfabrik, von den Beschäftigten der chemischen Betriebe von Wien-Landstraße, von Arbeiter/innen der Steyrer-Werke, der Linzer Eisen- und Stahlwerke und der Schiffswerften AG, von 72 niederösterreichischen Betrieben im „Kalorienstreik“, von Arbeiter/innen der Papierindustrie, von den Hutmacher/innen und so weiter. Die ÖGB-Führung setzte diesen Streiks und den zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen folgende Parolen entgegen: „Geduld bewahren!“ und „Mit willkürlichen Streiks und regellosen Demonstrationen kann man keine wirtschaftlichen Probleme lösen!“<sup>163</sup>

Allerdings gerieten die ÖGB-Spitzen auch immer wieder unter Druck der Arbeiter/innen/schaft in den Betrieben. Das war beispielsweise beim Streik der Schuharbeiter/innen im Frühjahr 1948 der Fall. Dieser Ausstand, der von Anfang März bis Anfang Mai dauerte und an dem sich knapp 1000 Arbeiter und über 2700 Arbeiterinnen beteiligten, war eine der – nach dem Oktoberstreik 1950 – bedeutendsten Streikbewegungen in der Zeit der alliierten Besatzung.<sup>164</sup> Das zentrale Ziel des Streiks war die Anerkennung des Kollektivvertrages und besonders der 44-Stunden-Woche durch die Unternehmer/innen, die bisher Verhandlungen schlicht verweigert hatten. Die Bewegung, in der anfänglich ein zentrales Streikkomitee, das mit den Belegschaftsvertretern der einzelnen Betriebe besetzt war, eine führende Rolle spielte, wurde letztendlich von der ÖGB-Führung unter Kontrolle gebracht – nachdem man schon zuvor eine Ausweitung des Streiks auf andere Teile der Arbeiter/innen/klasse behindert und hintertrieben hatte. Das Ergebnis war ein Kompromiss, der allerdings den Unternehmer/innen deutlich mehr entgegenkam

---

<sup>162</sup> Wie stark der Staatsapparat – trotz zeitweiligem stalinistischem Innenminister – von rechten Kräften und besonders die Universitäten von Nazis durchsetzt waren, zeigt folgende Begebenheit: Bei einer Wahlversammlung in der Wiener Universität im November 1946 nahmen Rechtsextremisten offen gegen die Nürnberger Prozesse Stellung, drohten einem Antifaschisten: „Schade, dass sie dich nicht im KZ umgebracht haben!“ und warfen ihn anschließend aus dem Fenster. Daraufhin stürmten Arbeiter aus Floridsdorf die Universität und besetzten die Rampe. Jetzt griffen Polizei und alliierte Militärpolizei ein – und gingen gemeinsam gegen die antifaschistischen Arbeiter vor.

<sup>163</sup> Diese Aussagen stammen von der Vorständeokonferenz des ÖGB vom Oktober 1946 (siehe *Wiener Zeitung* vom 17. Oktober 1946)

<sup>164</sup> siehe auch den ausführlichen Beitrag von Paul Roth zum Schuharbeiter/innen/streik in dieser Nummer von *Marxismus*.

als den Arbeiter/inne/n. Obwohl auch die KPÖ-Gewerkschaftler/innen, die die Fachgruppe der Schuharbeiter/innen dominierten, das magere Verhandlungsergebnis mittrugen, fand sich auf der Vollversammlung der Streikenden nach heftigen Diskussionen nur eine knappe Mehrheit für den Abbruch des Streiks.

Für die österreichischen Trotzlist/inn/en war der Schuharbeiter/innen/streik insofern von besonderer Bedeutung, als die IKÖ in dieser Bewegung keine unwesentliche Rolle spielte. Da sie sich in der Illegalität befand, konnte sie nicht offen als Organisation agieren. Sie verfügte aber über zwei Betriebsräte in Schuhfabriken, über die sie auf die Bewegung Einfluss nehmen konnte. Dabei handelte es sich um die Genossen Sikora (i-Name von Franz Holba), der Betriebsrat bei Bally war, der neben Aeterna größten Schuhfabrik, und Klement (i-Name), der bei der kleineren Schuhfabrik Eldorado arbeitete und dort sogar die Funktion des Betriebsratsobmanns ausübte.

Die Belegschaft von Eldorado war besonders kämpferisch und hatte sich schon vor dem Schuharbeiter/innen/streik wiederholt an Streiks und Protesten beteiligt. Klement war als Vertreter der Eldorado-Arbeiter/innen Mitglied der zentralen Streikleitung und spielte dort eine wichtige und vorwärts treibende Rolle. Dass die von ihm, von Sikora und anderen vertretene politische Linie in der Bewegung erhebliche Relevanz hatte, zeigte insbesondere das von der zentralen Streikleitung herausgegebene, an die Arbeiter/innen/schaft gerichtete Flugblatt. Darin wurde eine klassenkämpferische und arbeitersolidarische Ausrichtung vertreten und auf jegliche reformistisch-patriotische Phrasen und Beteuerungen über den Wiederaufbau Österreichs verzichtet.<sup>165</sup>

Auf regelmäßigen Sitzungen der IKÖ-Leitung mit Klement und Sikora wurde die Interventionslinie festgelegt. IKÖ-Mitglieder in anderen Betrieben organisierten Solidaritätsaktionen und -sammlungen. Und im *Spartakist* wurde wie folgt argumentiert:

„Wie der Verlauf der letzten Vollversammlung zeigte, steht der größte Teil der Schuharbeiter sowohl der SP- als auch der Stalinbürokratie kritisch gegenüber. Fast alle Debatte[n]redner brachten zum Ausdruck, dass der Kampf der Schuharbeiter ein Kampf gegen die Kapitalisten sei, dass ihre Forderungen nur auf Kosten der Kapitalistenklasse durchgesetzt werden können und dass dies nur dann möglich sei, wenn sich die Arbeiter zum gemeinsamen antikapitalistischen Kampf zusammenschließen. (...)“

Der Streik der Schuharbeiter hat bei einem großen Teil der Arbeiter Sympathie gefunden und viele von ihnen zu Solidaritätskundgebungen veranlasst. Die Arbeiter fühlen instinktiv, dass ihnen die Schuharbeiter vorausgegangen sind auf jenem Weg, den sie selbst gehen, auf dem sie weiter kämpfen müssen, wenn sie sich der kapitalistischen Rauboffensive erwehren wollen. Es ist dies der Weg des außerparlamentarischen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie.“

Revolutionäre Propaganda unter den heutigen Bedingungen bedeute den Kampf für jene Forderungen, für die die Arbeiter bereit seien zu kämpfen, zu verbinden mit dem Kampf für den revolutionären Sturz der Bourgeoisie. Eine Steigerung des Kampfes der Schuharbeiter sei „nur möglich mit Hilfe der revolutionären Klassenpartei“. Ohne eine solche Partei könnten die Arbeiter bestenfalls und unter größten Opfern Teilerfolge erringen:

„Auf die Dauer können sie aber ihre Erfolge nicht behaupten. Das wird die wichtigste Erfahrung aus dem Streik der Schuharbeiter für die fortgeschrittensten Arbeiter werden: *Ohne revolutionäre Klassenpartei können die Arbeiter, die Massen keine entscheidenden Siege über die Bourgeoisie erringen.*“

Der Schuharbeiterstreik müsse geschlossen und konsequent weitergeführt werden. Da nur die Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft zum Erfolg führen könne, müsse es den Schuharbeitern mit Hilfe der übrigen Arbeiterschaft gelingen, „vom ÖGB die Erweiterung des Kampfes

---

<sup>165</sup> siehe: ebd.

zu erzwingen“. Um dieses Ziel zu erreichen, waren die Kräfte der Trotzlist/inn/en, die ja als solche nicht einmal öffentlich in Erscheinung treten konnten, dann doch zu schwach. Die reformistischen Kräfte der Arbeiter/innen/bewegung (SPÖ, KPÖ, ÖGB-Führung) hatten daran kein Interesse, gewannen letztlich die Oberhand und führten die Bewegung zu dem erwähnten, für die Arbeiter/innen mageren Kompromiss.

Die Lebensbedingungen der Arbeiter/innen/klasse verbesserten sich in der darauf folgenden Zeit kaum, was schließlich in Folge des 4. Lohn-Preis-Paktes im September und Oktober 1950 zur größten proletarischen Protestbewegung der zweiten Republik führte, zum so genannten *Oktoberstreik*, bei dem es sich anfänglich um eine breite und spontane Streikbewegung von etwa 250.000 Arbeiter/innen handelte – unter dem Motto: *Bis der Preistreiberpakt fällt!*. Unter dem Druck von Regierung, Polizei und Gewerkschaftsführung und durch die zögerliche und beschwichtigende Haltung der KPÖ, die in ihrem Österreich-Patriotismus und in der Angst der sowjetischen Besatzungsmacht vor Produktionsausfällen in den USIA-Betrieben begründet war, wurde der Streik von der KPÖ-dominierten Streikführung „ausgesetzt“. Anfang Oktober versuchte die KPÖ dann aus parteitaktischen Gründen, um ihren Einfluss in Arbeiter/innen/schaft und ÖGB zu vergrößern, den eben abgewürgten Streik unter ihrer Kontrolle noch einmal zu beginnen. Nun war aber die Luft draußen, es beteiligte sich nur mehr die Hälfte der Streikenden – vor allem in der sowjetischen Zone –, vor allem aber war es der Regierung, dem Staat, den SPÖ- und ÖGB-Spitzen durch diese Atempause gelungen, das Heft wieder in die Hand und die sozialdemokratischen Betriebsräte/-rätinnen unter Kontrolle zu bringen und durch eine massive hysterische Hetzkampagne den Streik als „kommunistischen Putschversuch“ zu diskreditieren. Nachdem anfängliche Pläne, Truppen der westlichen Besatzungsmächte gegen die Streikbewegung einzusetzen, nicht verwirklicht wurden, wurden neben der Polizei auch Schlägertrupps der ÖGB-Führung gegen die Streikenden in die Schlacht geworfen, die schließlich mit einem Sieg von Bourgeoisie und Sozialdemokratie und mit entsprechendem antikommunistischen Triumphgeheul endete.

Die Trotzlist/inn/en spielten in dieser Bewegung kaum eine Rolle. Die IKÖ war im Herbst 1950 noch von der Spaltung Ende 1949 geschwächt und gezeichnet. Aufgrund der Illegalität konnte man erneut nicht offen als Organisation in Erscheinung treten. Die Genoss/inn/en beteiligten sich je nach betrieblicher Situation an den Streiks und versuchten dort auch, politisch Einfluss zu nehmen. Dworak trat auch auf einer Konferenz der SP-Betriebsräte/-rätinnen für einen gemeinsamen Generalstreik von SP- und KP-Arbeiter/innen ein. Politische Grundlinien zur Streikbewegung wurden von den Leitungen von IKÖ und IKÖ (O) vorgegeben, es existierte aber keine systematische kampagnehafte Intervention. Davon – wie im Schuharbeiter/innen/streik – einen realen Faktor in der Bewegung darzustellen, waren sowohl IKÖ als auch IKÖ (O) aufgrund der Größe der Gruppen und auch aufgrund der Beschränkung auf Wien weit entfernt.

Die Einschätzung des Oktoberstreiks durch die IKÖ und ihre politische Linie dazu lässt sich allerdings entlang einiger Dokumente rekonstruieren. Im November 1950 zog man im *Spartakist* Bilanz:<sup>166</sup> Die „reformistische Bürokratie, die eine der Hauptstützen des europäischen Imperialismus ist“, hätte die Theorie entwickelt, dass der außerparlamentarische Kampf überholt sei. Die Streikbewegung gegen das 4. Lohn-Preis-Abkommen hätte diese Theorie gründlich widerlegt. Vor allem „in der Provinz“, mit dem Zentrum in Linz und Steyr, sei „eine spontane Bewegung in der Betriebsarbeiterschaft, die diesen Pakt ablehnte und in den Streik trat“, entstanden. In Wien und Niederösterreich hingegen hätte die Bewegung anderen Charakter gehabt:

„Auch hier lehnte die überwiegende Mehrheit der Arbeiter in den Betrieben den Pakt spontan ab. Aber der Protest dagegen drückte sich nicht so wie in Linz und Steyr in einem geschlossenen Streik aus. Denn hier stand der Kampf unter der Führung der Stalinisten

---

<sup>166</sup> *Nach dem 4. Lohn-Preis-pakt*, Spartakist Nr.59-61, September-November 1950

und die SP-Arbeiter schlossen sich nur zögernd und nur zum Teil dem Streik an. Ein Teil der SP-Arbeiterschaft streikte sogar nur unter dem Druck der Stalinisten.“

Angesichts dessen „hatten die Helmer, Böhm & Co. verhältnismäßig leichtes Spiel. Sie hatten wertvolle Zeit gewonnen, um den Partei- und Gewerkschaftsapparat anlaufen zu lassen.“ Inzwischen hätte auch die Bewegung in der Provinz ihren Höhepunkt überschritten und begonnen, unter dem Druck von Staats- und SP-Apparat abzubrockeln. In der russischen Zone hätten die Stalinisten die Bewegung durch „terroristische Aktionen“ diskreditiert und schließlich zum Rückzug geblasen. Dem am 4. Oktober wieder beginnenden Streik hätte der spontane Charakter der Vorwoche gefehlt, in der Provinz hätten nur mehr die Steyrwerke gestreikt. „Das stalinistische Kommando konnte die spontane Bewegung nicht ersetzen, im Gegenteil, je mehr es in den Vordergrund trat, desto mehr hat es dazu beigetragen, die Masse der zum Kampf bereiten SP-Arbeiter zurückzustoßen.“ Die spontane Bewegung in den wesentlichsten Betrieben hätte sich nicht lange halten können, weil „sie keine ihre wirklichen Interessen vertretende Führung fand“ und deshalb dem vereinten Druck von SP/Gewerkschaftsbürokratie und Bourgeoisie unterliegen musste.

„Die SP-Führung begnügte sich in der letzten Streikbewegung nicht mit ihrer gewohnten Rolle als Bremser. Sie stellte sich offen gegen den Kampf und sie war dabei aktiver als die Bourgeoisie, die sich im Hintergrund hielt.

Das Hauptargument der Helmer, Böhm & Co. war: ‚Es geht nicht um höheren Lohn, es geht um die Volksdemokratie‘, und dort, wo dieses Argument nicht mehr ausreichte, griffen sie zur Drohung mit der Entlassung und zu organisierten Terrorbanden. Und so erreichten die Helmer und Böhm *ihr* Ziel: Der Kampf gegen den 4. Raubpakt ist zusammengebrochen, die Koalitionspolitik kann fortgesetzt werden. (...)

Die SP hat sich als ‚staatserhaltende Partei‘ bewährt und wurde dafür von der in- und ausländischen Bourgeoisie gelobt. Und dieses Lob hat sie verdient. Sie hat als Lakai des Imperialismus wirklich ganze Arbeit geleistet, nicht nur in den letzten Wochen, sondern schon seit Jahren. (...)

Alle ‚Linken‘ in der Führung der SP, diese linken Phrasendrescher, die Czernetz, Hillegeist & Co. haben sich in den kritischen Wochen fest an die Rechten angeschlossen. Um sich ein Alibi zu schaffen, schrien sie am lautesten gegen die Streikenden. Kein einziger von ihnen, die in Worten gegen die ‚Koalitionsgesinnung‘, für ‚den verschärften Kampf gegen die Bourgeoisie in- und außerhalb des Parlaments‘ aufgetreten sind, traute sich an die sozialistischen Betriebsarbeiter zu appellieren und sie zum *Kampf gegen Bourgeoisie und Volksdemokratie* aufzurufen. Und die kampfgewillten SP-Arbeiter warteten auf einen solchen Appell.

Als wirklich linke SPler erwiesen sich eine Reihe von Betriebsräten und ein Teil der SJ. Sie lehnten den 4. Lohn-Preispaht ab und stellten sich, besonders in der Provinz, an die Spitze der spontanen Bewegung und traten offen in der Partei dafür ein, dass die SP die Führung in diesem Kampfe gegen den neuen Raubpakt der Bourgeoisie übernehme. Für diese ehrlichen Kämpfer, die eine arge Enttäuschung erlitten, besteht die große Gefahr, dass sie sich entweder enttäuscht zurückziehen oder auch zum Teil dem Stalinismus in die Arme laufen.“

Was die Stalinisten betreffe, so hätte „nur die Angst vor der Volksdemokratie“ große Teile der Arbeiter bewogen, nicht zu streiken. Denn die Masse der Arbeiter habe die Erfahrung gemacht, „dass es den Stalinbürokraten nicht um die Interessen der Arbeiter, sondern um die Ausnützung ihrer Kampfkraft geht. Die stalinistische Praxis hat dazu geführt, dass die Mehrheit der Arbeiter alles, was von der Stalinpartei kommt, von vornherein ablehnt.“

Die Taktik der KPÖ in der Bewegung sei ebenso schlecht wie ihre Grundlinie gewesen: „Anstatt den Kampf in erster Linie gegen die Bourgeoisie auszurichten, hatte sie ihr Hauptfeuer gegen die SP-Führung gerichtet.“ Dabei würden sich die Forderungen der KPÖ von der der

SPÖ „nur durch die Lizitationshöhe“ unterscheiden. Darüber, dass sie die Volksdemokratie aufrichten wolle,

„schweigt sie ängstlich, ja sie bezeichnet es als eine gemeine Lüge der SP-Führung. Für was kämpft also die Stalinpartei? Gegen den Lohn-Preisakt, für die Verdoppelung der im Pakt vorgesehenen Erhöhung der Nominallöhne? Gegen die Preissteigerungen? Im Kampf für diese Forderungen lässt sie die Illusion offen, dass diese Forderungen innerhalb des Kapitalismus, ohne grundlegende Änderung der Machtverhältnisse erfüllbar sind. Sie ist nicht imstande, die Tagesforderungen der Massen mit ihren politischen zu verbinden, denn ihre wahren politischen Ziele scheinen den Massen nicht erstrebenswert.“

In der letzten Phase der Streikbewegung hätten sich deutliche Züge stalinistischen Abenteuer­tums gezeigt. Als deutlich geworden sei, dass der am 3. Oktober erneut ausgerufen Streik „eine rein stalinistische Angelegenheit war“, „wurde dem Streikwillen der Arbeiter dadurch ‚nachgeholfen‘, dass man sie zum Streik zwang, sie gewaltsam aus den Betrieben herausholte oder sie am Betreten der Betriebe hinderte, alles unter der Deckung der russischen Besatzungs­macht.“

Schließlich ging die IKÖ davon aus, dass es in Zukunft „zu ähnlichen Ereignissen, wie beim 4. Lohn-Preisakt“ kommen werde, und zog zu diesem Zweck Bilanz über die eigene Ausrich­tung:

„Dieser Streik war eine spontane Bewegung der fortgeschrittensten Betriebsarbeiter, wir waren verpflichtet, daran teilzunehmen, selbstverständlich bei Aufrechterhaltung unserer Kritik an SP, Gewerkschafts- und Stalinführung. Es war richtig, wenn wir dafür eingetreten sind, dass die SP- und Gewerkschaftsführung unter dem Druck der SP-Arbeiter gezwungen werden soll, mit der ÖVP zu brechen und die Führung des Kampfes zu über­nehmen. Es war richtig, wenn wir die bürokratischen, undemokratischen Methoden der Böhm & Co. bekämpft und gleichzeitig die Arbeiter vor denselben Methoden der Fürnberg, Fischer & Co. gewarnt haben. Wir haben die SP-Arbeiter vor der volksdemokrati­schen Gefahr gewarnt, die besonders dann groß wird, wenn die Stalinisten eine reale Mas­senbasis haben, die sie ausnützen können. Wir sind für die Demokratie innerhalb der Ar­beiterbewegung aufgetreten, wir waren gegen den Terror der SP- und der Stalinführung, der sich gegen die Arbeiter richtete. Wir waren für geheime Abstimmungen bei Streikbe­schlüssen. Wir waren vor allem dafür, dass sich der Kampf in erster Linie gegen die Bour­geoisie und ihre Raubpläne richten muss. All das war richtig und wenn nicht schon dies­mal, so werden die besten Arbeiter bei den kommenden Kämpfen, durch ihre eigenen Erfahrungen bereichert, uns recht geben müssen. Und das ist das Hauptprodukt unseres Kampfes, wenn es uns gelingt, den besten, fortgeschrittensten Arbeitern ein Stück weiter zu helfen.“

Neben vielen treffenden Einschätzungen und richtigen Stoßrichtungen findet sich hier auch sehr explizit eine Gleichsetzung der von SPÖ und KPÖ im Streik angewandten bürokratischen Me­thoden, eine Gleichsetzung, die meines Erachtens trotz formaler Identität nicht legitim ist, da diese Methoden einmal von vehementen Feind/inn/en des Streiks und einmal von – wenn auch halbherzigen etc. – Unterstützer/inne/n des Streiks angewendet worden waren.

Weiter unten argumentierte die IKÖ dann, dass der Streik nicht durch die von den Stali­nist/inn/en organisierte Betriebsrätekonferenz zu einer rein stalinistischen Angelegenheit ge­worden sei, „sondern dadurch, dass die spontane Bewegung vor allem in der Provinz unter dem Druck und dem Terror von ÖGB-Führung und Koalitionsregierung in den nächsten Tagen zu­sammegebrochen ist“. Bis dahin sei es richtig gewesen, für die Fortsetzung des Streiks einzu­treten. Danach sei es notwendig gewesen, die Niederlage zu erkennen und für einen geordneten Rückzug einzutreten.

Die Erfahrungen der Streikbewegung hätten auch gezeigt, dass „eine Einheitsfront von SP und Stalinpartei“ in der gegenwärtigen Lage unmöglich sei. Nichtsdestotrotz müsse die Propaganda für eine solche Einheitsfront fortgesetzt werden. Da die SPÖ die Gewerkschaften und die verstaatlichten Betriebe und die KPÖ die USIA-Betriebe als ihre Domänen betrachten und die Arbeiter immer mehr bevormunden, sei es mehr denn je nötig, für „breiteste Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung“ einzutreten. Die „SP-Bürokraten im ÖGB“, die die mit den Unternehmern „ausgepackelten Ergebnisse“ des Lohn-Preispaktes keiner demokratischen Abstimmung der Belegschaftsvertreter unterzogen hätten, hätten beispielsweise

„nicht das geringste Recht, stalinistische oder SP-Arbeiter zu verfolgen, weil sie streikten, wenn der Streik in einer demokratischen Abstimmung mit Mehrheit beschlossen wurde. Im Gegenteil, sie wären verpflichtet, den Streikenden Streikunterstützung aus auszahlen, denn auch über die Verwendung der Gewerkschaftsgelder haben die Arbeiter und nicht die Bürokraten zu entscheiden.“

Ebenfalls wichtig sei die Verteidigung von bürgerlich-demokratischen Rechten. Das Streikrecht werde von der SP-Führung mit Füßen getreten. Helmer sei ein würdiger Nachfolger Noskes, denn auch er hätte die kapitalistische Exekutive gegen Streikende eingesetzt: So seien die Steyrer Arbeiter unter Polizeidruck gezwungen worden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Zur Verteidigung der demokratischen Rechte gehöre auch der Abzug der Besatzungstruppen – auch der sowjetischen, denn auch diese wären keine Hilfe für die österreichische Arbeiterklasse.

Aufgabe der IKÖ in der nächsten Phase sei es, „die proletarische Vorhut“ unter anderem von der Notwendigkeit des Kampfes für die gleitende Lohnskala und der Produktionskontrolle zu überzeugen. Diese Forderungen könnten nur durch den außerparlamentarischen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie verwirklicht werden. „Dauernd gesichert können sie nur durch den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und durch die Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft werden.“ Dazu wiederum sei eben eine neue Klassenpartei notwendig, deren Aufbau die zentrale Aufgabe der IKÖ sei.

Im Juli 1951, sieben Monate später, ging die IKÖ dann auf ihrer 3. Konferenz noch einmal auf den Oktoberstreik ein. Dabei wurde im Wesentlichen die Linie der obigen Streik-Bilanz im *Spartakist* bestätigt. Im Bericht an die Konferenz<sup>167</sup> heißt es:

„Im Oktober 1950 kam es anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens zu einer großen spontanen Bewegung der Arbeiterklasse, die ihre Ursache in der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit den steigenden Lebenshaltungskosten hatte. In der ersten Phase, als die Arbeiterschaft spontan den Kampf zur Behauptung ihres Reallohnes gegen die Bourgeoisie richtete, unterstützten wir die Bewegung, das war zweifellos richtig. In der zweiten Phase, als der Grossteil der Arbeiterschaft nicht mehr mitmachte, als nur mehr die ‚Usia‘-Betriebe streikten, als klar erkenntlich wurde, dass der Kampf ausschließlich den volksdemokratischen Zielen der Stalinpartei dienen und dafür ausgenützt werden sollte, distanzieren wir uns, da wir in der Volksdemokratie nicht die Lösung des sozialen Problems finden, sondern in ihr ein größeres Hindernis zum revolutionären Fortschritt erblicken als in der heutigen bürgerlichen Demokratie.“

In dieser Passage kommt die Tendenz zur Anpassung an das politische Bewusstsein der SP-Arbeiter/innen/schaft noch deutlicher zum Ausdruck als im *Spartakist*-Artikel. Hier wird es doch ziemlich explizit als erwiesen betrachtet, dass es den Stalinist/inn/en im Oktober 1950 um die Errichtung einer Volksdemokratie in Ostösterreich gegangen sei. Da die Außenpolitik der Kremlbürokratie in dieser Phase aber vermutlich eine solche massive Konfrontation mit dem Imperialismus nicht einzugehen vorhatte und die KPÖ vielmehr eine Stärkung in ÖGB und Innenpolitik zum Ziel hatte, dürfte die IKÖ hier doch etwas der sozialdemokratischen Propagandawalze auf den Leim gegangen sein.

---

<sup>167</sup> Bericht an die 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951

Im Konferenz-Papier zur Lage und den Perspektiven<sup>168</sup> wurden im Abschnitt zu den Aufgaben der IKÖ die Schlussfolgerungen für die Zukunft hinzugefügt:

„Wenn es in der nächsten Zukunft zu ähnlichen Kämpfen wie im Oktober 1950 kommt, so müssen wir die dabei gemachten Erfahrungen auswerten. Spontane und solche Kämpfe, die der SP-Führung aufgezwungen werden, unterstützen wir, bei Aufrechterhaltung unserer Kritik an der Führung und unserer Propaganda für Übergangslosungen. Isolierte, nur von der Stalinpartei geführte Kämpfe unterstützen wir nicht. Wir müssen es aber immer verstehen, unser jeweiliges Verhalten unserer Umgebung in den Betrieben und Gewerkschaften zu erklären, verständlich zu machen, denn nur dann werden wir das Vertrauen der Arbeiter erhalten.“

Da es zu ähnlichen Kämpfen wie im Oktober 1950 nicht mehr kommen sollte, war die IKÖ in den kommenden Jahren gezwungen, sich weitgehend auf den tagtäglichen Klassenkleinkrieg in den Betrieben zu beschränken. Da sie in etlichen Betrieben über Betriebsräte/-rätinnen und in einigen sogar über Betriebsratsobmänner verfügte, konnte sie dort – und in manchen Fällen auch in Teilgewerkschaften – nicht unerheblichen politischen Einfluss ausüben. Das wurde besonders auf einer Konferenz der sozialistischen Betriebsratsobmänner/-frauen von Wien und Niederösterreich am 28. Juni 1954 deutlich.

Trotz des langsamen Wirtschaftsaufschwungs Anfang der 1950er Jahre, von dem nun auch die Arbeiter/innen etwas profitierten, war es im Frühjahr 1954 zu 10-prozentigen Preissteigerungen gekommen, mit denen die Löhne nicht mithalten hatten. In der Folge war es zu Unzufriedenheit in der Arbeiter/innen/schaft und in einigen Betrieben zu Warnstreiks gekommen. In Betriebsversammlungen und Resolutionen waren von der Gewerkschaftsführung ernste Kampfmaßnahmen gefordert worden. Am 21. Juni hatte dann in Salzburg ein Generalstreik, der von einer Demonstration von 15.000 Arbeiter/innen begleitet war, stattgefunden, und auch in anderen Orten außerhalb Wiens war es zu Protestkundgebungen gekommen.

Die *Arbeiter-Zeitung* schwieg die Salzburger Ereignisse tot, um nicht durch eine Berichterstattung zur Nachahmung anzuregen. Generell versuchte die SPÖ-Führung die Unruhe zu bremsen – auch weil sie mit der ÖVP gerade in Verhandlungen um einige Gesetzesänderungen (Rentenreform, Wohnbaugesetz...) stand, die nicht gestört werden sollten: „Obwohl das Abbremsen von Bewegungen in den Massen zur wichtigsten politischen Aktivität der SP-Bürokraten zählt, so hatten sie diesmal noch einen ganz besonderen Grund dazu. Sie standen in den letzten Wochen mitten in einer wichtigen Packelei mit der ÖVP.“<sup>169</sup>

Um der in vielen Betrieben angesichts der Reallohnverluste aufgestellten Forderung nach einer Betriebsrätekonferenz den Wind aus den Segeln zu nehmen und bei der Gelegenheit über die angeblichen Erfolge bei den Verhandlungen berichten zu können, wurde für 28. Juni eine Konferenz der sozialistischen Betriebsratsobmänner/-frauen (also einer relativ ausgewählten Funktionärgruppe) von Wien und Niederösterreich festgesetzt.

Doch aus der geplanten Jubelkonferenz wurde nichts. Der Vorsitzende Böhm erteilte zwar sofort – ohne, wie üblich, über die Tagesordnung abstimmen zu lassen – Franz Olah das Wort. Dieser verbreiterte sich über den „Verhandlungserfolg“ und streifte die die Betriebsräte/-rätinnen am meisten interessierende Frage der Preiserhöhungen nur am Rande. Als erster Debattenredner meldete sich jedoch Ferdinand Dworak,<sup>170</sup> seines Zeichens Betriebsratsobmann bei *Hübner & Mayer*, und verlangte entschlossene Maßnahmen gegen die Preistreiber. Er stellte den – aus taktischen Gründen relativ bescheidenen – Antrag, am 2. Juli einen landesweiten einstündigen Warnstreik durchzuführen. Damit hatte er den anderen Betriebsrät/inn/en das Stichwort

<sup>168</sup> *Die Lage und unsere Aufgaben*, 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951

<sup>169</sup> *SP-Betriebsräte gegen SP-Führung*, Spartakist Nr.83, Juli 1954

<sup>170</sup> Im *Spartakist* ist nur von „einem Metallarbeiter“ die Rede, da man aufgrund der Illegalität Dworak nicht als Trotzlisten nennen konnte.

gegeben, um ihrer Unzufriedenheit mit der Führung freien Lauf zu lassen. Fast alle Debattenredner/innen, darunter einige weitere IKÖ-Mitglieder, unterstützten den Antrag, kritisierten gleichzeitig (teilweise mit ziemlich heftigen Ausdrücken) die am Podium und in den ersten Reihen sitzenden Führer der SP-Gewerkschaftsfraktion – und wurden dabei durch tosenden Beifall der Konferenz unterstützt.

Ein Betriebsrat von Siemens-Schuckert, der – entsprechend der bürokratischen Konferenzregie – vorschlug, dem Verhandlungskomitee, in dessen Namen Olah seinen Bericht gegeben hatte, den Dank auszusprechen, wurde von der überwiegenden Mehrheit der Konferenz ausgebuht. Damit war der von der Bürokratie geplante Höhepunkt der Konferenz vom Tisch. Weitere Redner/innen unterstützten Dworak, und schließlich wurden der Antrag auf Schluss der Debatte und sofortige Abstimmung von Dworaks Antrag angenommen.

Die SP-Gewerkschaftsführung setzte nun noch stärker auf bürokratische Kniffe. Böhm ignorierte den Beschluss der Konferenz nach sofortiger Abstimmung und erteilte Olah das Schlusswort. Dieser stellte nun selbst einen Antrag: Der ÖGB solle ermächtigt werden, die Rücknahme der Preiserhöhungen zu verlangen und gegebenenfalls „gewerkschaftliche Maßnahmen zu ergreifen“. Der Zweck, mit unverbindlichen Phrasen den Antrag über konkrete Kampfmaßnahmen zu einem festgesetzten Termin zu unterlaufen, wurde jedoch von der Konferenz durchschaut, und etliche Betriebsräte riefen Olah zu, er solle einen konkreten Termin nennen. Das wies Olah zurück, da dadurch die Handlungsfreiheit der Führung beeinträchtigt werde.

Böhm ließ dann (unter heftigem Protest eines großen Teils der Konferenzteilnehmer/innen) den Antrag Olahs zuerst abstimmen – und zwar durch Händehaben. Obwohl klar ersichtlich eine deutliche Mehrheit gegen den Antrag Olahs stimmte, erklärte ihn Böhm für angenommen. Erst als die Konferenz diesen Betrug nicht akzeptierte, bestimmte er – nachdem er einen Vorschlag auf Abstimmung durch Stimmzettel zurückwies – einige der zur Bürokratie loyalen Funktionäre als Stimmzähler. Das von diesen „festgestellte“ und von einem großen Teil der Anwesenden angezweifelte „Ergebnis“ der Abstimmung lautete in der Folge 420 Stimmen für und 380 gegen den Antrag Olahs. Böhm weigerte sich, nun über den Antrag Dworaks abzustimmen, und erklärte, dass mit der Annahme des ersten Antrags der zweite automatisch abgelehnt sei. Böhm schloss die Konferenz und verließ, von zornigen Protestrufen verfolgt, fluchtartig das Podium.

Obwohl die Intervention Dworaks und der anderen IKÖler/innen letztlich mit einer Niederlage geendet hatte, hatte die ÖGB-Führung seit 1945 nicht so große Probleme gehabt, die Unzufriedenheit auf einer Konferenz unter Kontrolle zu halten. Abgesehen davon, dass durch diese Ereignisse das Prestige Dworaks und anderer in ihren Betrieben und bei einem Teil der Betriebsräte/-rätinnen sicherlich gestiegen ist, zeigte diese Konferenz auch, dass 1954 selbst bei SP-Betriebsratsobmännern/-frauen noch ein gewisses Potenzial für eine klassenkämpferische Politik vorhanden war. Insgesamt schätzte die IKÖ 1954 ein, dass die unter dem direkten Druck der Arbeiter/innen stehenden SP-Betriebsräte/-rätinnen „zu den fortschrittlichsten Funktionären in der SP“<sup>171</sup> gehören. Das werde im Falle der Zuspitzung der gesellschaftlichen Situation von Bedeutung sein.

Zu dieser erwarteten Zuspitzung sollte es allerdings nicht kommen. Stattdessen wurde die Stabilisierung des österreichischen Kapitalismus Mitte der 1950er Jahre vorerst abgeschlossen. Auf politischer Ebene wurde das durch den Staatsvertrag, der zwischen den Siegermächten des Krieges und der österreichischen Regierung abgeschlossen wurde, vollzogen. Da es sich bei diesem Staatsvertrag um eine wichtige politische Frage der Besatzungszeit handelte, wollen wir zum Abschluss dieses Kapitels einen Blick auf die Haltung der IKÖ dazu werfen.

Bereits Anfang 1947 beschäftigte sich der *Spartakist* in einem Leitartikel<sup>172</sup> mit der Frage des Staatsvertrages und untersuchte dabei eingangs die Ziele der handelnden Mächte: Den von den

---

<sup>171</sup> *SP-Betriebsräte gegen SP-Führung*, Spartakist Nr.83, Juli 1954

<sup>172</sup> *Staatsvertrag und Selbstbestimmungsrecht*, Spartakist Nr.16, Februar 1947



USA geführten Imperialist/inn/en gehe es darum, Österreich zu einem „Ausfalltore gegen die Sowjetunion zu machen“. Dazu müsse Österreich ein kapitalistischer Staat sein – und dieser „Wille der imperialistischen Banditen“ werde im Staatsvertrag seinen Ausdruck finden. Der sowjetischen Bürokratie gehe es angesichts der schweren Zerstörungen in der Sowjetunion einerseits um Reparationszahlungen der besiegten Länder und andererseits um „Sicherheit vor imperialistischen Überfällen“. Da die Sowjetbürokratie nicht bereit sei, revolutionäre Methoden anzuwenden, versuche sie sich mit den Imperialisten zu verständigen, weshalb der Staatsvertrag ein Kompromiss sein werde.

„Die Sowjetunion war einer der Urheber des durch und durch verlogenen Programms der ‚Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs‘, das sich als das Programm der Ausplünderung und Vergewaltigung Österreichs konkretisierte. Die Sowjetunion regelt ihre Beziehungen zu diesem Land nicht im Geiste des proletarischen Internationalismus, nicht als Vorkämpfer des demokratischen Selbstbestimmungsrechts. Sie tritt als militärischer Sieger und zwar so plump und derb auf, dass demgegenüber sogar das Verhalten der Imperialisten als ‚demokratisch‘ erscheint.“

Die österreichische Bourgeoisie befinde sich in einer sehr geschwächten Lage und könne nur versuchen, sich den Imperialisten so teuer wie möglich zu verkaufen. Das wesentlichste Zugeständnis, das sie erhalten würden, bestehe in der Erlaubnis, „die Kosten ihrer ‚Rettung‘ durch die Imperialisten auf das Proletariat abzuwälzen“. Der SPÖ gehe es vor allem um fette Pfründe im Staat, sie erweise sich – „selbstgefällig mit ihren Beziehungen zum ‚demokratischen Sozialismus des Westens‘ renommierend“ – als „Verbindungsglied zwischen österreichischer Bourgeoisie und anglo-amerikanischem Finanzkapital“. „Mit ‚blutendem Herzen‘, mit vielen Seufzern“ werde die SPÖ dafür sorgen, dass das Proletariat die Zeche zahle. Die KPÖ, die letztlich ebenfalls den Staatsvertrag unterzeichnen werde, agiere als Handlanger der Sowjetbürokratie und hänge sich, „ungeachtet aller Fußtritte, die sie bekommt, krampfhaft an die Rockschoße der Bourgeoisie, um diese in die russische Front herüberzuziehen“.

„SP und Stalinpartei überschlagen sich in Patriotismus, die einen ‚staatsmännisch‘ zu rechtgemacht, die anderen als Clown grell rotweißrot geschminkt. Was ist der wahre Inhalt ihres ‚Patriotismus‘? *Sie haben der österreichischen Bourgeoisie geholfen, ihre wackelige Herrschaft zu festigen; sie helfen ihr nun bei der internationalen Versklavung des österreichischen Volkes.*“

Beim Staatsvertrag handle es sich um „eine Neuauflage des imperialistischen Zwangsvertrages von Saint Germain“. Das Verbot des Anschlusses an Deutschland bedeute die Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechtes. Dazu kämen verschiedene wirtschaftliche und politische Vertragsbedingungen und die vorgesehenen Reparationszahlungen. Während Nationalstaaten an sich schon ein Hindernis für den menschlichen Fortschritt darstellen würden, sei die Existenz des österreichischen Kleinstaates „ein vollendeter Anachronismus“: „Der ‚Staatsvertrag‘, der diese Existenz garantieren soll, ist ein wichtiger Beitrag zur Balkanisierung Europas im Interesse seiner imperialistischen Beherrschung.“ Das Proletariat dürfe ihm deshalb nicht zustimmen.

Die IKÖ stellte dem ein sozialistisches, planwirtschaftliches, vom revolutionären Proletariat geführtes geeintes Europa gegenüber und forderte „den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller fremden Truppen“ und damit das wirkliche Selbstbestimmungsrecht für die österreichische Bevölkerung. Das sei nur durch die internationale Solidarität der Arbeiterklasse möglich. Das österreichische Proletariat müsse dabei

„in erster Linie gegen die österreichische Bourgeoisie kämpfen. Es muss deren Absicht, Österreich in eine imperialistische Finanzkolonie<sup>173</sup> und damit zum Ausfalltor künftiger

---

<sup>173</sup> Ob die IKÖ tatsächlich der Meinung war, dass Österreich nach 1945 eine Form von Kolonie des anglo-amerikanischen Imperialismus war oder durch den Staatsvertrag werden konnte, oder ob es sich bei dieser Formulierung um eine agitatorische Ungenauigkeit handelte, sei dahingestellt.

Angriffe gegen die Sowjetunion zu machen, vereiteln. Es darf ihr nicht folgen bei ihren Versuchen, sich an der Politik der Ausräuberung und Niederhaltung Deutschlands zu beteiligen. Der ‚Staatsvertrag‘ bildet einen wichtigen Bestandteil dieser Politik. Wehe dem österreichischen Proletariat, wenn es vergisst, dass der deutsche Imperialismus, um Österreich zum Opfer seiner Aggression zu machen, zuerst das deutsche Proletariat niederwerfen musste! Die österreichische Arbeiterklasse darf die elende Diffamierung des deutschen Proletariats nicht mitmachen, sondern muss ihm gegenüber die Pflichten der internationalen proletarischen Solidarität erfüllen.

Der ‚Staatsvertrag‘ ist ein imperialistisches Abkommen zum Zweck der Unterdrückung der eigenen wie fremden Völker. Er kann vielleicht der österreichischen Bourgeoisie wieder etwas auf die Beine helfen; für das Proletariat ist er ein Programm des Hungers, der Entbehrungen, der fortschreitenden Verelendung, der Rechtlosmachung auf viele Jahre hinaus.“

Diese Einschätzung, die in der ökonomischen und politischen Situation von 1947 nicht gänzlich absurd und zumindest erklärlich war, sollte sich schließlich als falsch herausstellen. Der Staatsvertrag sollte, auf Grundlage des kapitalistischen Booms, die politische Voraussetzung für den relativ erfolgreichen Weg des österreichischen Kapitalismus zwischen den Blöcken darstellen, von dessen Tisch auch für die österreichische Arbeiter/innen/klasse relativ große Brocken abfielen. In ihren späteren Ausführungen zum Staatsvertrag sollte die IKÖ ihre grundsätzliche Kritik zwar aufrechterhalten, die Nuancen sollten sich aber etwas verschieben.

Im Sommer 1949 war die IKÖ der Ansicht, dass die grundsätzliche Einigung der ehemaligen Alliierten auf der Pariser Konferenz noch lange nicht bedeute, „dass die österreichische Bourgeoisie ihren ‚Staatsvertrag‘ bereits in der Tasche hat“. <sup>174</sup> Sie könne über die Fortschritte bei den Verhandlungen dennoch jubeln, weil ihr das Schicksal der tschechischen oder ungarischen Bourgeoisie erspart bleibe. Auch wenn die österreichischen Kapitalist/inn/en nach dem Staatsvertrag von den USA abhängig sein würden, so befänden sie sich doch in einer weit günstigeren Lage als 1945, 1946 oder 1947 und hätten den Staat wieder fest im Griff. Sie würden versuchen, die Kosten des Staatsvertrages auf das Proletariat abzuwälzen. Zu diesem Zweck würde bereits jetzt „die demokratische Garnitur der Bourgeoisie (die Kuntschak & Co.), die 1945 wieder aus der Versenkung geholt wurden, (...) allmählich zurückgeschoben, um wieder der autoritären (Raab & Co.) Platz zu machen“.

Nun hob die IKÖ aber auch hervor, dass das Proletariat ein großes Interesse am Abzug der Besatzungstruppen hätte: „Die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten, sei es auch nur in einer bürgerlichen Demokratie, bedeuten den relativ besseren Kampfboden für sie, als unter der Willkürherrschaft des Besatzungsregimes.“ Diese Freiheiten müssten jedoch gegen die eigene Bourgeoisie behauptet werden.

SPÖ und KPÖ hätten sich allerdings als „Lakaien der Besatzung“ erwiesen und die Massen im Kampf um den Abzug der Besatzungstruppen zu Zuschauern degradiert. Die Sozialdemokratie hätte sich auf Bittgänge bei den westlichen Imperialisten konzentriert, die Stalinisten hätten jeden Schwenk des Kreml mitgemacht und als im österreichischen Interesse gelegen erklärt. Tatsächlich hätten die österreichische und westliche Bourgeoisie ein Interesse daran gehabt, den Abschluss des Vertrages bis zur Konsolidierung des Kapitalismus in Österreich hinauszuschieben. Durch die Politik der Sowjetbürokratie wäre es ihnen trotzdem gelungen, durch „ihre Russenhetze“ die Verantwortung für die Verzögerung der Sowjetunion zuzuschieben.

„Der Kreml mag vielleicht durch seine ‚geschickte Diplomatie‘ den einen oder anderen Vorteil beim ‚Staatsvertrag‘ herausgehandelt haben, aber sie hat dafür einen viel größeren Nachteil für die SU eingehandelt: Sie hat das Vertrauen von Millionen arbeitenden Massen, nicht nur in Österreich, durch ihre konterrevolutionäre Politik verloren und, was noch

---

<sup>174</sup> Der „Staatsvertrag“ kommt?, Spartakist Nr.46, Juli 1949

viel schlimmer ist, sie hat gleichzeitig das Vertrauen dieser selben Massen in die sozialistische Revolution erschüttert. Die konterrevolutionäre Außenpolitik der stalinistischen SU verändert das Kräfteverhältnis Weltproletariat (einschließlich SU) und Weltbourgeoisie zu ungunsten des Weltproletariats, sie treibt die Massen in die Indifferenz, Apathie und Teile davon sogar ins Lager der Konterrevolution.“

Der kommende Staatsvertrag werde ein Vertrag mit Kontributionen und Reparationen sein, ein Kompromiss zwischen den westlichen Imperialisten und dem Kreml – auf Kosten der ausgebeuteten Massen. Die heimische Kapitalistenklasse werde mit einem blauen Auge davonkommen. „*Die österreichische Arbeiterklasse aber darf diesen Vertrag niemals anerkennen. Im Gegenteil, sie muss ihn grundsätzlich ablehnen.*“ Bei Ausbruch der Krise werde Österreich trotz Staatsvertrag eines der am schwersten betroffenen Länder sein:

„Wir müssen die fortgeschrittenen Arbeiter und über diese die kampfgewillten, besten Teile der Arbeiterklasse davon überzeugen, dass der Kampf gegen den ‚Staatsvertrag‘ und für den Abzug der Besatzungstruppen mit dem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie verbunden werden muss. Wir müssen die Arbeiter davon überzeugen, dass der Abzug der Besatzungstruppen nur dann einen besseren Kampfboden, breitere demokratische Rechte und Freiheiten bringen wird, wenn sie täglich erkämpft und auch verteidigt werden. (...) *Gegen den von den Imperialisten und der Kremlclique diktierten Staatsvertrag! Gegen die Kontributionen und Reparationen! Für den Abzug der Besatzungstruppen! Für das demokratische Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes! Für die Erweiterung und Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten! Für den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie bis zu deren Sturz!*“

Im Mai 1955 veröffentlichte die IKÖ dann schließlich einen – am 30. April verfassten – Artikel zur bevorstehenden Unterzeichnung des Staatsvertrages.<sup>175</sup> Die Ursache, warum es nach zehn Jahren Verschleppung nun zur Ratifizierung komme, sei darin zu suchen, dass sich der Imperialismus aufgrund der Verschlechterung des weltweiten Kräfteverhältnisse durch den Sieg der chinesischen Revolution gezwungen sehe, einen Kompromiss einzugehen. Der Staatsvertrag bringe der NATO den strategischen Nachteil des Verlustes Westösterreichs. Der US-Imperialismus hätte aber keine Möglichkeit gehabt, den Abschluss des Staatsvertrages zu sabotieren, ohne die antiamerikanischen Stimmungen in Österreich und anderen europäischen Ländern massiv zu verstärken. In der gegenwärtigen Phase des Kalten Krieges seien kleine Kompromisse zwischen den Weltblöcken – wie bezüglich Österreich – möglich, „eine Wiederholung desselben Spiels mit Deutschland“ hingegen könne „sich der USA-Imperialismus vom Kreml nicht aufzwingen lassen“.

Da die österreichische Wirtschaft auf dem kapitalistischen Weltmarkt nicht leicht bestehen könne, hätte die heimische Bourgeoisie durchaus Interesse an einer stärkeren Ausrichtung auf den Osthandel. Innenpolitisch seien nach Abschluss des Staatsvertrages koalitionsinterne Konflikte um die Verstaatlichung der USIA-Betriebe und um das aufzustellende Bundesheer vorprogrammiert. In der SPÖ würde „das Zentrum (Schärf, Kreisky)“ versuchen, den neuen Bedingungen der Neutralität Rechnung zu tragen und die alte Linie der *dritten Kraft* wieder aufzunehmen – während „die Rechtsten (Helmer, Pollak, Waldbrunner)“ an ihrer strikt proamerikanischen Linie festhielten.

„Die Entwicklung der Weltgegensätze sind im Begriffe, in Österreich eine ‚Insel‘ zu schaffen. Wir sind weit davon entfernt, die von Bourgeoisie und SP genährte Illusion einer ‚zweiten Schweiz‘ zu teilen. Im Gegenteil, dieses kleine Land wird auch weiterhin Objekt der Weltpolitik bleiben. Die Klassengegensätze im Weltmaßstab werden auf diesen Boden mehr als bisher ihren Ausdruck finden. Der Wegfall der Besetzung wird auf

---

<sup>175</sup> *Vor dem Ende der Besetzung*, Spartakist Nr.89, Mai 1955

die freiere Entfaltung der Gegensätze fördernd wirken: im Klassenkampf und in der Politik.“

## Der Zusammenbruch der IKÖ

Die Mitte der 1950er Jahre bedeutete für die IKÖ einen wichtigen Einschnitt: Einerseits wurden 1954 die beiden Organisationsteile wieder zusammengeschlossen, und man hoffte, nun mit vereinten Kräften größere Fortschritte im Aufbau einer revolutionären Partei erzielen zu können. Dieser Entwicklung auf subjektiver Ebene standen allerdings andererseits übermächtige objektive Tendenzen entgegen. Der kapitalistische Boom, der sich hierzulande ab 1953 zum so genannten *österreichischen Wirtschaftswunder* konkretisierte, begann ab Mitte der 1950er Jahre voll zu greifen. Die zweite Hälfte des Jahrzehnts war von einer ökonomischen Aufwärtsentwicklung geprägt, die die Integration der Arbeiter/innen/schaft in das System rasch vorantrieb, den Reformismus stärkte – und die revolutionären Kräfte immer stärker in die Isolation drängte. Der Staatsvertrag, mit dem die Stabilisierung des österreichischen Kapitalismus auf politischer Ebene formalisiert wurde, ermöglichte der IKÖ aber immerhin, die Phase der vollen Illegalität zu beenden und eine partielle Legalisierung einzuleiten.<sup>176</sup> Das drückte sich in der Aufgabe der illegalen Zeitung *Der Spartakist* aus, der im Dezember 1955 mit der Nummer 92 zum letzten Mal erschien. Ab Mai 1956 begann man mit der Herausgabe der legalen Zeitschrift *die internationale*. Verantwortlich zeichnete jedoch nicht die IKÖ, sondern Modlik als Person. Sie firmierte außerdem als *Theoretisches Organ des revolutionären Marxismus*.

Durch die politische Linie und durch den Abdruck von Dokumenten des IS der 4. Internationale konnte über die Ausrichtung der Publikation kein Zweifel bestehen. Die IKÖ als Organisation schien aber weiterhin nicht öffentlich auf, weshalb nur von einer Teillegalisierung die Rede sein kann.

Für diese Vorgangsweise sind zwei Gründe anzuführen: Erstens erwartete man ja eine deutliche Verschärfung der Klassenkämpfe und sah in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit einer erneuten drastischen Verschlechterung der demokratischen Rechte. Zweitens bestand das Hauptinterventionsfeld weiterhin in der Sozialdemokratie, wo man so und so nicht offen auftrat und wo man eine Zeitschrift, die nicht von einer Organisation herausgegeben wurde, leichter an politische Kontakte weitergeben konnte.

Der Mitte der 1950er Jahre einsetzende Prozess des Niedergangs der IKÖ und der Demoralisierung ihrer Mitglieder wurde im Herbst 1956 noch einmal angehalten. Auf die ungarische und polnische Revolution wurden große Hoffnungen gesetzt, man betrachtete sie als den Beginn der politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie und als Fanal für weitere revolutionäre Entwicklungen in Ost und West. Im November 1956 wurde eine Sondernummer der *internationale* herausgegeben, in der neben einem Aufruf des IS auch ein von der Redaktion der Zeitschrift am 7. November verfasster Beitrag veröffentlicht wurde, der eine erste ausführliche Zwischenbilanz der revolutionären Ereignisse in Ungarn und Polen zog.<sup>177</sup>

Die polnischen und ungarischen Arbeiter und Studenten und „die mit dem Stalinismus brechenden polnischen und ungarischen Kommunisten“ wären zur Bildung von Räten geschritten, zu

---

<sup>176</sup> In Wien wäre es sicher nicht ratsam gewesen, vor dem Abzug der Besatzungstruppen – besonders der sowjetischen Truppen, die für linksoppositionelle Kommunist/inn/en die größte Gefahr darstellten – offen als Organisation aufzutreten. Ob die von Thomas vorgeschlagene Gründung einer legalen Organisation in Westösterreich, die eine Übersiedlung einiger Genoss/inn/en erfordert hätte, in der Besatzungszeit tatsächlich einen wesentlichen Vorteil gebracht hätte und wie sich die westlichen Imperialist/inn/en dazu verhalten hätten, ist schwer zu sagen. 1955 stand aber die Legalisierung sicherlich auf der Tagesordnung.

<sup>177</sup> *Die antibürokratische Revolution in Polen und Ungarn*, die internationale, Sondernummer, November 1956

einer Organisationsform, „die den Arbeitern in den Betrieben den Übergang von bürokratischer Bevormundung und Selbstherrlichkeit zur demokratischen Selbstverwaltung finden ließ“.

*„Die Errichtung der Räte in Polen und Ungarn ist Ausdruck der spontanen, symbolischen Zielsetzung der politischen Revolution gegen die Bürokratie: Weiterentwicklung der nachkapitalistischen, auf Basis des vergesellschafteten Eigentums an den Produktionsmitteln sich entfaltenden Gesellschaft von der Diktatur der Bürokratie zur Demokratie des werktätigen Volkes, zur sozialistischen Räte Demokratie.“*

Spontan drängen die Massen im Osten in die allgemeine Zielrichtung: Sozialismus und Demokratie. Aber zum Sieg der politischen Revolution, wie zu jenem der sozialen Revolution gegen den Kapitalismus, genügt das spontane Drängen der Massen keineswegs. *Ein solcher Sieg erfordert ebenso eine bewusste revolutionäre Führung.“*

Die Bedeutung des Faktors einer revolutionären Führung hätte sich im unterschiedlichen Ablauf der Ereignisse in Polen und Ungarn gezeigt. In Polen hätte sich in der KP um Wladyslaw Gomulka eine Linksfraktion gebildet, hinter der sich die bewussten Teile des Proletariats gesammelt hätten und deren Unnachgiebigkeit einen entschlossenen und zielbewussten Kampf ermöglicht hätte. In der Folge seien in etwa 60 polnischen Großbetrieben Arbeiterräte entstanden, Forderungen nach politischer Arbeiterdemokratie laut geworden und Gomulka an die Spitze der Partei gekommen. Die Arbeiter hätten Gomulka bestärkt, nicht vor dem Kreml zu kapitulieren, was schließlich zum Einlenken der Sowjetbürokratie geführt hätte.

Die Massenkundgebungen für Gomulka, „die tagtäglichen Fortschritte der politischen Arbeiterdemokratie, die feierliche Gewährung des Streikrechtes, der Beschluss über die Auflösung der Geheimpolizei“ zeigten die Annäherung der polnischen politischen Revolution an die russische Oktoberrevolution von 1917.

*„Die beinahe friedliche Form, in der diese Revolution ihren ersten entscheidenden Sieg errang; die Tatsache, dass die Mobilmachung der Massen und die Besetzung der Betriebe genügte, um ohne militärischen Kampf die politischen Vertreter der Kremlobükratie von der Macht zu vertreiben, das alles erklärt sich hauptsächlich aus dem Vorhandensein einer bewussten Führung, die sich von Linkszentrismus zum revolutionären Marxismus hin bewegt.“*

Die politische Revolution in Polen sei keineswegs abgeschlossen. Nichtsdestotrotz müsse das „welthistorische Verdienst“ anerkannt werden, das den „tapferen polnischen Genossen“ (das heißt Gomulka & Co.) „genauso und vielleicht mehr noch als Tito für seine Tat von 1948 zukommt“.

In Ungarn hätte sich die Sache schwieriger entwickelt. Zwar sei das Drängen der oppositionellen Kommunisten in eine ähnliche Richtung gegangen wie in Polen: „Nagy an die Macht, völlige Rehabilitierung Rajks, Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Arbeiterorganisationen waren die Hauptlosungen des Kampfes.“ Das Zögern der Parteiführung und das „Fehlen einer geschlossenen linken Fraktion“ hätten zum Übergang des Kampfes um Reformen in den Beginn einer gewaltsamen Revolution und zu einem „chaotischen und führungslosen“ Verlauf geführt.

*„Der direkte Zusammenprall von Massen und Bürokratie, die offene Revolution und der bewaffnete Aufstand führte die Massen dazu, sofort, in noch reiferer Form als in Polen, ihre eigenen Selbstverwaltungsorgane, Arbeiterräte in den Fabriken, Soldaten- und Volksräte in den Städten zu bilden. Aber die Führungslosigkeit ermöglichte es ebenfalls politisch unklaren und reaktionären Kreisen, wieder an die Oberfläche zu gelangen und ihre eigenen unsauberen Ziele zu vertreten, was der Sowjetbürokratie den Vorwand zur offenen militärischen Intervention gegen die ungarische Revolution lieferte.“*

Wohlgemerkt: *den Vorwand.* (... Denn es sei) einfach lächerlich, zu behaupten, man müsse sieben Panzerdivisionen einsetzen, um mit einigen tausend Faschisten abzurech-

nen. *Wären denn auch die ungarischen Arbeiter, die ihre Fabriken – endlich auch subjektiv ihre eigenen Fabriken –, die ungarischen Dorfarmen, die den 1945 erhaltenen Boden verteidigen wollten, nicht stark genug gewesen, um mit dem reaktionären Gesindel aufzuräumen? War denn auch nur der geringste Versuch unternommen worden, um den revolutionären Massen, der revolutionären Regierung zu ermöglichen, die Ordnung wiederherzustellen?* Ist es nicht eine fürchterliche Selbstanklage seitens der Bürokratie, wenn sie behauptet, *nach fast zehn Jahren Volksdemokratie drohe die Gefahr, dass die Volksmassen den Faschisten folgen würden?*“

Die Militärintervention in Ungarn hätte der Sowjetunion erneut schwersten Schaden zugefügt. Wie fürchterlich aber *„auch immer die Verbrechen des Kreml sein mögen, es ist die Aufgabe des Proletariats und nicht des Imperialismus, seine Diktatur zu beseitigen*. Jeder Versuch der internationalen Reaktion, die jetzige Krise als Vorwand für ein militärisches Abenteuer gegen die Sowjetunion zu benützen, muss energisch abgewehrt werden.“

„Noch rollen die Panzer, noch rauchen die Geschütze, noch brennen die Arbeiterviertel Budapests. Aber ihr frohlockt zu früh, ihr Henker des Kreml und ihr Aasgeier der Wallstreet und der City, die schon von der neuen Beute träumen! (...) Morgen wird unsere rote Fahne, die Fahne des Kommunismus, stolzer und reiner als je zuvor über Ungarn, über Budapest flattern. (...) Dazu alles zu tun, das geloben wir den gefallenen Helden des ungarischen Proletariats.“

Insgesamt entsprach die Einschätzung der ungarischen und polnischen Ereignisse von 1956 durch die IKÖ der Linie des IS – und die Herangehensweise an Gomułka und Imre Nagy erinnerte stark an die Position des IS bezüglich dem Titoismus: Fraktionen der stalinistischen Bürokratie, die mit der Sowjetführung in Konflikt gerieten, wurde a) ein Bruch mit dem Stalinismus und b) ein Zubewegen auf den revolutionären Marxismus unterstellt. Die Folge waren illusionäre Hoffnungen in die jeweiligen bürokratischen Fraktionen – Hoffnungen, die sich meist recht rasch in Luft auflösten. Zu dieser politischen Anpassung an aufmüpfige Stalinist/inn/en kam ein Verständnis von politischer Revolution, das doch massiv suggerierte, dass eine solche Revolution – bei günstigem Verlauf und unter Führung einer „revolutionären“ Fraktion der Bürokratie – als eine Reihe von friedlichen Reformen über die Bühne gehen könnte. Wenn man davon ausgeht, dass Teile der Bürokratie die politische Revolution anführen, ist eine solche Auffassung freilich nicht überraschend. Letztendlich bedeutet dieses Verständnis nichts anderes als die Umwandlung der Trotzki'schen politischen Revolution in ein Reformkonzept gegenüber der stalinistischen Bürokratie.

Diese Aspekte im IKÖ-Artikel zu Ungarn/Polen 1956 illustrieren, dass sich die politische Linie des IS, die einige Jahre zuvor noch von einem Teil der IKÖ bekämpft worden war, nun eindeutig in der IKÖ durchgesetzt hatte. Das sollte in den nächsten Jahren auch für alle anderen wesentlichen politischen Fragen gelten, die in der *internationale* behandelt wurden.

Das war freilich auch insofern nicht verwunderlich als *die internationale* – im Unterschied zum *Spartakist* – als deutschsprachiges *Organ des Internationalen Sekretariats der IV. Internationale* herausgegeben wurde.<sup>178</sup> Daraus und aus dem Ziel, *die internationale* auch als Publikation für Deutschland zu verwenden, ergab sich auch eine andere Schwerpunktsetzung als beim *Spartakist*. Zu Österreich wurden ebenso wie zu Deutschland nur grundsätzliche Artikel oder kurze Stellungnahmen zu wichtigen Ereignissen veröffentlicht. Dazu kamen die Berichte und Resolutionen der 4. Internationale, Reprints von Trotzki-Texten (zu Spanien, zum Stalinismus...) und theoretische Artikel Ernest Germain's, d.h. Mandels, zu ökonomischen Fragen.

---

<sup>178</sup> Bis Ende 1962 schien Franz Modlik als Herausgeber auf. Ab Anfang 1963 zeichnete Pierre Frank (mit einer Pariser Adresse) verantwortlich, wobei von 1965 bis 1967 Franz Pokorny als deutschsprachige Kontaktadresse angegeben wurde. Ab 1968 wurde *die internationale* dann in Frankfurt/Main als Zeitschrift der deutschen Sektion des VS der 4. Internationale, der *Gruppe Internationale Marxisten* (GIM), herausgegeben.

Das Gros der Zeitschrift bestand aber aus Beiträgen zu internationalen Entwicklungen, wobei Übersetzungen von Texten des IS überwogen. Bei diesen internationalen Fragen dominierten wiederum vier Themen: erstens Einschätzungen der Weltlage; zweitens Stellungnahmen zu Ereignissen in den stalinistischen Ländern; drittens (ab 1960) Texte zur kubanischen Revolution; und viertens ausführliche Auseinandersetzungen mit der arabischen – besonders mit der algerischen – Revolution.

Die Solidarität mit der algerischen nationalen Befreiungsbewegung gegen den französischen Imperialismus stellte seit den späten 1950er Jahren einen Schwerpunkt der Aktivität des IS der 4. Internationale dar. Unter der Federführung Pablos, der später sogar Berater der algerischen Führung wurde, setzte man große Hoffnungen auf die Kolonialrevolution – und eben im Besonderen auf die revolutionären Entwicklungen in Algerien. Die Solidaritätsarbeit bestand neben einer Propagandakampagne auch darin, dass Genoss/inn/en verschiedener Sektionen der Internationale nach Algerien gingen, um den Kampf der Befreiungsbewegung zu unterstützen. Unter ihnen befand sich auch der österreichische Arzt und Trotzkist Heinrich Schüller, der schließlich im algerischen Unabhängigkeitskampf umkam.<sup>179</sup> Zu der propagandistischen und personellen Unterstützung für die algerische Befreiungsbewegung kam auch eine finanzielle und materielle, die neben dem Sammeln von Geld auch in der Herstellung von gefälschten Papieren und in der Beschaffung von Waffen für die algerischen Kämpfer/innen bestand.<sup>180</sup>

So wurde von der IKÖ in einer ihr zur Verfügung stehenden Druckerei unter anderem die offiziell unter „schwierigsten Bedingungen in einer Druckerei des Freien Algerien“ hergestellte Broschüre „Wahlprogramm der Algerischen Front der Nationalen Befreiung“ in Wien produziert. Auch der Druck der 23 erschienenen Nummern der Zeitschrift *Freies Algerien* in eben dieser Wiener Druckerei scheint zumindest wahrscheinlich.

Im Zuge dieser Solidaritätskampagne wurden im Juni 1960 Michel Raptis (d.i. Pablo) und Sal Santen, ein weiterer Führer des IS, in den Niederlanden verhaftet und unter vagen Vorwürfen in monatelanger Untersuchungshaft gehalten. Es entstand eine internationale Solidaritätsbewegung für Pablo und Santen, die neben den Sektionen des IS – darunter auch die IKÖ in der *internationale* – auch von linken britischen Labour-Abgeordneten und von zahlreichen prominenten Intellektuellen unterstützt wurde. Darunter befand sich unter anderen J.P. Sartre, dessen

---

<sup>179</sup> Heinrich Schüller war der trotzkistischen Bewegung seit etwa 1934 nahe gestanden. Nach dem Krieg schloss er sich der IKÖ an, wurde offiziell SP-Mitglied und praktizierte als Arzt in Wien/Brigittenau, wo er aufgrund seines sozialen und politischen Engagements sehr beliebt war. Gemeinsam mit Franz Drexler, Martin Gludowatz und Friederike Schlesak war er im Frühjahr 1947 an der Neugründung des *Arbeiter-Samariterbundes* (ASB) beteiligt – im provisorischen Bundesvorstand vom 3. Juni 1947 hatten die Linksoptionellen die Mehrheit und die Möglichkeit, den ASB als trotzkistische Tarnorganisation zu benutzen (Schüller blieb bis 1953 Vorsitzender des ASB). Bei der Spaltung der IKÖ 1949 stand Schüller auf Seiten der pablistischen Strömung um Franz Modlik. 1953 wurde Schüller von einem Erpresser wegen Schwangerschaftsabbrüchen angezeigt, sein Versuch, den Erpresser durch einen Kriminellen einschüchtern zu lassen, schlug fehl und führte dazu, dass die Affäre immer größere Dimensionen annahm. Schüller wurde zu einer unbedingten Haftstrafe verurteilt (die eineinhalb Jahre saß er in der Strafanstalt Stein ab) und verlor seine Zulassung als Arzt. Weiterhin für die IKÖ aktiv, folgte er einem Aufruf des IS der 4. Internationale zur Unterstützung des algerischen Freiheitskampfes gegen den französischen Kolonialismus und ging nach Tunesien, wo er in den Flüchtlingslagern der algerischen FLN als Arzt tätig war. Anfang der 1960er Jahre erkrankte er an der Ruhr, an der er schließlich in Tunesien starb, wo er ein Staatsbegräbnis erhielt. – Keller, Friedrich: Solidarität der österreichischen Linken mit der algerischen Widerstandsbewegung. Akademisch Proefschrift. – Universiteit van Amsterdam 2010, S.152ff.

<sup>180</sup> Dazu Friedrich Keller; er erinnert an „die anschauliche, von Heinrich Thomas (nom de guerre ‚Bruno‘) oftmals erzählte Geschichte über die von ihm – dem pragmatisierten städtischen Bibliothekar – ausgestandenen Ängste beim Transport von Waffen für den FLN im Kofferraum seines Autos über die Staatsgrenze nach Genua“. – ebenda, S.156

Erklärung<sup>181</sup> auch von Simone de Beauvoir und Jorge Amado unterzeichnet wurde. Obwohl das Gericht keinen konkreten Beweis erbringen konnte und sich vor allem auf eine Provokation des Geheimdienstes stützte, wurden Pablo und Santen zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt – und im September 1961 wieder freigelassen.<sup>182</sup>

Da die IKÖ über keine Publikation außer der *internationale* verfügte, bedeutete die darin vorgenommene Konzentration auf internationale Entwicklungen gleichzeitig eine Schwächung der publizistischen Unterstützung der politischen Praxis der IKÖ in Österreich. Es entstand zunehmend ein Nebeneinander der Publikation, die durchaus intern diskutiert wurde, und der tagtäglichen politischen Intervention in Betrieb und Sozialdemokratie.

Dieses Auseinanderfallen von der Tätigkeit im jeweiligen Interventionsfeld, wo man als kritische und linke SPler/innen auftrat, und dem revolutionären Organisationsleben und seinen Diskussionen, hatte freilich auch wesentlich objektive Ursachen. Die Basis der Sozialdemokratie wollte in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren von revolutionärer Politik ebenso wenig wissen wie die Betriebsarbeiter/innen/schaft. Daraus ergab sich eine „natürliche“ Dynamik zur zunehmenden Trennung der beiden politischen Bereiche.

Diese tendenzielle Trennung von Intervention und IKÖ verstärkte die Abwärtsentwicklung der IKÖ. Obwohl es in der IKÖ weiterhin Absprachen über die politische Linie in der Sozialdemokratie gab, verloren so manche Mitglieder, die sich in die Sozialdemokratie integriert hatte, die Überzeugung von der Sinnhaftigkeit der Organisation in der IKÖ. Dieses Element verband sich mit Desillusionierung angesichts enttäuschter Hoffnungen über die erwartete revolutionäre Entwicklung. Dazu kam die Ermüdung etlicher Mitglieder einer Organisation, die zu einem großen Teil aus „34ern“ – aus Arbeiter/inne/n, die sich durch den Februar 1934 radikalisiert hatten – bestand und der es kaum gelang, jüngere Mitglieder zu gewinnen.

In den späten 1950er Jahren, ab dem Zeitpunkt, als klar wurde, dass auch die ungarische Revolution nicht der Beginn einer internationalen revolutionären Welle war, beschleunigte sich der Niedergang der IKÖ. Es kam zu kontinuierlichen personellen Verlusten, die meist schleichend vor sich gingen: Mitglieder kamen zuerst seltener, dann gar nicht mehr zu den Sitzungen, sympathisierten dann noch einige Zeit mit der Organisation und arbeiteten vielleicht noch eine Weile mit den IKÖler/inne/n in der SPÖ zusammen, um schließlich weitgehend in der Sozialdemokratie aufzugehen. Dabei war die Haltung verschiedener ausgetretener Mitglieder durchaus unterschiedlich: Die einen brachen auch innerlich mit dem Trotzismus, während andere lediglich die Hoffnung und/oder die Kraft für eine weitere organisierte trotzkistische Tätigkeit verloren hatten – wobei die Übergänge hier sicherlich fließend waren. Ende der 1950er Jahre verließ mit Babnik erstmals ein Genosse aus dem engsten Führungskreis die IKÖ.

---

<sup>181</sup> In dieser Erklärung heißt es: „Die freien Menschen in der ganzen Welt müssen ihre Stimme gegen einen solchen Anschlag erheben, der unser aller Freiheit in Gefahr bringt. Diese Männer, treu ihren revolutionären Ansichten, bezahlen mit ihrer Freiheit das Recht und die Pflicht aller jener, die sich das Vertrauen in den Menschen bewahrt haben, unablässig gegen den Kolonialismus zu kämpfen. Ungeachtet möglicher Differenzen mit den politischen Auffassungen dieser beiden Kämpfer, mit ihrer Organisation, der trotzkistischen IV. Internationale, steht die Rettung der menschlichen Würde, das Recht des Menschen, für sein Ideal zu kämpfen, das Recht des algerischen Volkes auf die aktive Hilfe aller Linken auf dem Spiel. Deshalb richten wir an alle Intellektuellen, an alle Arbeiterführer und Studenten die Aufforderung, eine große, gegen die holländische Regierung gerichtete Protestwelle zu entfachen, um diese infame kolonialistische Provokation vollständig zu beseitigen.“ (zitiert nach: die internationale Nr.4/1960, Nr.1/1961 (Februar-März 1961))

<sup>182</sup> Pablo war dabei noch kurz vor seiner Freilassung einer tödlichen Gefahr ausgesetzt, als die rechts-extreme griechische Regierung – Pablo/Raptis stammte ja aus Griechenland und war vor dem Zweiten Weltkrieg im Widerstand gegen das rechtsextreme Metaxas-Regime tätig gewesen – seine Auslieferung verlangte. Unter dem Druck der niederländischen und internationalen Öffentlichkeit wurde der griechische Antrag allerdings abgelehnt.



Zu den beschriebenen Ursachen für den Niedergang der IKÖ kamen außerdem die weiterhin latent existierenden Spannungen zwischen der Strömung um Modlik und der ehemaligen Mehrheit. Als sich ab 1961 im IS die Differenzen zwischen Pablo, der für ein föderalistischeres Organisationskonzept und für eine stärkere Anpassung an bürgerlich-nationalistische Befreiungsbewegungen in der *Dritten Welt* eintrat, und der Mehrheit des IS um Mandel, Frank und Maitan verstärkten,<sup>183</sup> wirkte sich das – obwohl man, wie Drexler rückblickend meinte, nie einen wirklichen Einblick in die Vorgänge im IS hatte – auch auf die IKÖ dementsprechend aus: Modlik blieb Pablo treu und versuchte, in der IKÖ, die 1960 über etwa 20 Mitglieder verfügt haben dürfte, eine Mehrheit für die Linie Pablos zu erringen. Thomas solidarisierte sich als Vertreter der alten Mehrheit in der IKÖ<sup>184</sup> mit der Mehrheit des IS um Mandel, Frank und Maitan. Drexler und eine Reihe von anderen Mitgliedern, bei denen sich eine allgemeine Ermüdung damit verband, dass sie keinen erneuten Fraktionskampf auf sich nehmen wollten, verließen in dieser Phase die IKÖ.<sup>185</sup>

1963 begann Modlik ohne Wissen und Einwilligung der Leitung der österreichischen IKÖ mit der Publikation der Zeitschrift *arbeiterkampf* auf der Linie von Pablo. Durch internationale Intervention wurde Modlik zwar nicht ausgeschlossen, wie Heinrich Thomas verlangt hatte, erhielt aber angesichts dieser Eigenmächtigkeit ein Jahr Funktionsverbot.<sup>186</sup> Der *arbeiterkampf* erschien nun für kurze Zeit unter Kontrolle der Leitung weiter.

Es gelang Modlik aber, eine Reihe junger Genossen von der Richtigkeit der Linie Pablos zu überzeugen. Peter Hallstein und Manfred Marschalek machten sich auch 1963 nach dem Sieg der FLN nach Algier auf<sup>187</sup> – zur Unterstützung der algerischen Revolution und auch aus fraktionellen Interessen heraus: Sie wollten Pablo, der 1962 aus der Haft entlassen worden und zu einem wichtigen Berater Ben Bellas aufgestiegen war, besuchen und sollten – so Modliks Plan – noch von Algerien aus wie auch ein dritter Genosse den Antrag auf Mitgliedschaft stellen und damit die Mehrheitsverhältnisse in der IKÖ verändern, denn im September 1963 konnte die Pablo-Tendenz nur auf vier Mitglieder (ein weiterer war noch auf Urlaub und noch nicht kontaktiert worden) zählen. Modliks Plan ging auf – mit Hilfe einiger neuer junger Mitglieder (Peter Hallstein, Manfred Marschalek, Fritz Vancura und ein Sohn von Ferdinand Dworak) konnte eine knappe Mehrheit erreicht werden.

Modlik drängte Ende 1963 auf die Verabschiedung einer Resolution gegen das Vereinigte Sekretariat auf der Linie Pablos, woraufhin die Strömung um Heinrich Thomas eine Abstimmung darüber mit Hinweis auf die mangelnde Diskussion darüber ablehnte und eine weitere Zusammenarbeit mit Modlik für unmöglich erklärte. Das war das Ende der IKÖ. Von den Unterstützer/innen des VS blieben nach diesem demoralisierenden Zusammenbruch nur noch Thomas

---

<sup>183</sup> Drexlers Einschätzung ist dabei die, dass Mandel von seinem Typ her nicht für fraktionelle Auseinandersetzungen geschaffen war und dass er deshalb die Austragung des Konfliktes mit Pablo weitgehend Frank überließ.

<sup>184</sup> Auch wenn zwischen 1949 und 1954 zwischen Pablo, Mandel und Frank kaum ein erkennbarer Unterschied bestanden hatte, so war Pablo doch der Hauptvertreter der damals von der IKÖ-Mehrheit bekämpften Linie, der nun noch stärker in diese Richtung drängte. Insofern standen Mandel und Frank mit ihrer Position in den frühen 1960er Jahren der alten IKÖ-Mehrheit vergleichsweise näher als Pablo.

<sup>185</sup> Drexler, der als SP-Funktionär schließlich sogar stellvertretender Bezirksvorsteher von Wien/Innere Stadt wurde, blieb gleichzeitig bis in die 1980er Jahre hin ein loser Sympathisant des VS der 4. Internationale. Dass er am Kampf gegen Modlik/Pablo Anfang der 1960er Jahre nicht mehr teilgenommen hatte, dürfte ihm Thomas nie verziehen haben. In den 1990er Jahren radikalisierte sich Drexler noch mal und trat in die Arbeitsgruppe Marxismus (AGM) ein.

<sup>186</sup> Angabe nach: Gesprächsprotokoll mit Franz Modlik vom Februar 1975, zitiert nach: Winfried Wagner: *Trotzkismus in Österreich*, 1976

<sup>187</sup> Keller, *Solidarität der österreichischen Linken mit der algerischen Widerstandsbewegung*, a.a.O., S.158f.

und Pokorny übrig, die später Hallstein (und Grete und Karl Kraupa) für sich gewinnen konnten und ab 1966 wieder am Aufbau einer österreichischen Sektion des VS der 4. Internationale arbeiteten. Die Pablo-Unterstützer/innen um Modlik arbeiteten am Aufbau einer neuen Gruppe.

Was die Bilanz der IKÖ insgesamt betrifft, so handelte es sich letztlich sicherlich nicht um einen riesigen Erfolg. Ein solcher war unter den Bedingungen des jahrzehntelangen kapitalistischen Booms und der daraus resultierenden und in Österreich besonders massiven Dominanz des Reformismus in der Arbeiter/innen/bewegung auch nicht möglich. Um was es gehen konnte, war die Aufrechterhaltung einer revolutionären Organisation über diese Zeit hinweg, die von einer möglichst günstigen Position aus in die politischen Radikalisierungen ab Ende der 1960er Jahre eingreifen und sie für sich nutzen hätte können. Die IKÖ versuchte von Ende der 1940er bis Anfang der 1960er Jahre, der völligen Abschottung von der realen Arbeiter/innen/bewegung durch ihre Arbeit in der Sozialdemokratie zu entgehen. Das musste – unter diesen objektiven Bedingungen – unvermeidlich gewisse Tendenzen der politischen Anpassung mit sich bringen. Auch waren Fortschritte im Organisationsaufbau in diesen Jahrzehnten kaum möglich. Dass aber die Intervention in die Sozialdemokratie letztendlich in einem weitgehenden Aufgehen in dieser endete und die IKÖ schließlich zusammenbrach, war wohl auch von der politischen Linie, die vom IS auch in Österreich durchgesetzt wurde, mitverschuldet – von den unrealistischen Perspektiven eines baldigen revolutionären Aufschwunges, der letzten Endes nur zu Enttäuschungen führte, und vom Konzept des *tiefen Entrismus*.

Die letzte Spaltung der IKÖ war, wie wir gesehen haben, mitten durch die geschrumpfte Organisation gegangen und mit dem Namen Franz Modlik verbunden. Abschließend zu diesem Teil wollen wir uns nun noch mit der Gruppe um die Zeitschrift *arbeiterkampf* – Ausdruck dieser Spaltung – beschäftigen.